Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (06.07.2007)

Sand im Getriebe 60

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at,** mail an die Redaktion**: sig@attac.de**



In den Protesten gegen die G8-Strukturen zeigt sich eine neue Generation von Unduldsamen

Die Ohnmacht ist vorbei

Diese Nummer enthält vor allem Einschätzungen der großen Proteste gegen das G8-Treffen der Mächtigen der Welt in Heiligendamm. Denn diese Woche war nicht nur irgendeine Protestaktion unter vielen. Es könnte der Anfang eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs gewesen sein, der –wie vor 40 Jahren – nachhaltige Spuren in der Gesellschaft hinterlassen wird.

Das Paket für Heiligendamm war gut geschnürt: breiteste Bündnisse, akkurate Vorbereitung, Massendemonstrationen, Gegengipfel mit Anhörungen und Workshops, Blockaden, Camps, nächtelange Debatten, Vielfältigkeit und Kreativität in Aktion: Kunst; Inszenierungen, Masken, Puppen, Plakate, Musik. Aber vor allem die große Blockade mit ihrer Botschaft: **man kann** – mit taktischem Geschick und guter Organisation – Verbote und Repressionen überwinden. Es war nicht der Geist von Gleneagles 2005, auf dem - mit heuchlerischen Versprechungen **-** die Proteste von den Regierenden vereinnahmt werden konnten. Es war der Geist von Genua 2001, auf dem kämpferisch die ungerechte Weltordnung angeprangert wurde.



Bemerkenswert der **doppelte Erfolg** der Mobilisierung nach Heiligendamm: Einerseits ist Globalisierungskritik in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Noch nie wurden in Vorbereitung auf das G8-Treffen globalisierungskritische Themen in einer solchen Breite und manchmal auch Tiefe bis hinein in den Mainsteam diskutiert. Gleichzeitig deutet sich eine Radikalisierung der Bewegung an: eine neue Generation von jungen Rebellen, die massenhaft zu zivilem Ungehorsam bereit sind, die Aufklärung mit Aktion verbinden, die höchst effektiv in Netzen von Bezugsgruppen organisiert sind und 40 Jahre nach dem 2. Juni 1967 der Gesellschaft zurufen: der Zustand der Welt ist nicht akzeptabel! Der Kampf um das große Projekt der Freien und Gleichen geht weiter!

Neben den Berichten und Kritiken an Einzelaspekten der G8-Mobilisieurung wird in mehreren Beiträgen untersucht, **wie** es **weiter** gehen kann mit der globalisierungskritischen Bewegung.

Vor allem muss das **Kriegsthema** wieder verstärkte Aufmerksamkeit in der Bewegung finden, meint **Walden Bello** in seiner Rede in Rostock, die von Teilen der Presse in schändlicher Weise völlig verzerrt wiedergegeben wurde. Inzwischen wird von einer wachsenden Mehrheit in der Welt der Krieg in Afghanistan *„als eine ausgewachsene imperialistische Besatzung betrachtet“* (**Tariq Ali**). Die Kampagne für den Abzug der deutschen Truppen (Großdemo am 15.9. in Berlin) kann zu einer Wende in der Außenpolitik Deutschlands beitragen.

Debattiert wird auch über einen Paradigmenwechsel von Attac. **Thomas Seibert** sieht in beidem, im *„Erfolg der Mobilisierung und in der Gründung der LINKEN, eine Verschiebung des politischen Feldes nach links“* und fordert uns auf, den Schwung und den Enthusiasmus zu nutzen und darüber nachzudenken, *„ob die ‚Formel von Porto Alegre' – gleicher Abstand der Zivilgesellschaft und der Bewegungen zu allen Parteien - angesichts dieser Entwicklung noch zu halten ist.“* **Ulrich Brand** dürfte ihm da nicht zustimmen, aber auch er sieht eine historische Verschiebung: *„'Heiligendamm' ist ein Einschnitt in die Geschichte linker Kritik und Bewegungen in diesem Land; vielleicht sogar mit Auswirkungen auf Nachbarländer“*. Peter Wahl formuliert 9 Thesen unter dem Titel *„Attac reloaded“* . **HJ Krysmanski** untersucht die „Reichen von Heiligendamm“ und die rasante soziale Polarisierung im Norden und Süden. Seine Schlussfolgerung *„Uns ..bleibt im Augenblick nur die Rückbesinnung auf die eigenen Interessen und Utopien. Die Klassenkonflikte des 21. Jahrhunderts werden von oben provoziert. Wir werden sie auf der Basis der eigenen geklärten Interessen bestehen müssen“*. **Alex Demirovic** meint, es *„ gehört zu den zentralen Aufgaben von Attac, eine Ausdehnung der Demokratie auch auf die Wirtschaft zu fordern. Die sozialen Bewegungen und ihre Organisationen müssen deswegen heute die Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln und ihrer Vergesellschaftung stellen. Nach der Welle der Privatisierung in Deutschland und Europa sollte es eine Welle der Wiederaneignung und Vergesellschaftung geben.“* Die Diskussion um die Orientierung von Attac nach Heiligendamm ist eröffnet. Vielleicht wird die **Eigentumsfrage** zum Graviationszentrum im pluralen Spektrum von Attac?

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig@attac.de

Tariq Ali

Für den Abzug aus Afghanistan

Die Afghanen konnten es nie leiden, besetzt zu sein.

Wenige Tränen wurden in Afghanistan und anderswo vergossen, als die Taliban gestürzt wurden, und die Hoffnungen, die westliche Demagogie geweckt hatte, währten nicht allzu lange. Es wurde schnell klar, dass die **neu eingepflanzte Elite** sich den Löwenanteil der ausländischen Hilfsgelder unter den Nagel reißen und ihr eigenes Netzwerk aus Bestechung und Vetternwirtschaft schaffen würde. Das Volk litt. Eine Lehmhütte mit einem Strohdach, um eine Familie obdachloser Flüchtlinge einzuquartieren, kostet weniger als fünftausend US-Dollar. Wie viele sind errichtet worden? Kaum welche. Es gibt jährlich Berichte darüber, wie jeden Winter hunderte obdachlose Afghanen zu Tode frieren. Stattdessen wurde kurzfristig eine Wahl organisiert, unter hohen Kosten durch westliche PR-Firmen und im Grunde zur Gewinnung der öffentlichen Meinung im Westen. Die Ergebnisse vermochten nicht, die Unterstützung für die NATO im Lande zu stärken. Hamid Karzai, der **Marionettenpräsident**, setzte ein Zeichen seiner Isolation und seines Selbsterhaltungsinstinktes, indem er es ablehnte, sich von Sicherheitskräften aus seiner eigenen paschtunischen ethnischen Basis schützen zu lassen. Er wollte harte, terminator-mäßige US-Marines, und die bekam er auch.

Hätte Afghanistan sicherer gemacht werden können durch eine beschränktes Eingreifen im Stile des **Marshallplans**? Es wäre natürlich denkbar, dass der Bau frei zugänglicher Schulen und Krankenhäuser, finanziell gefördertes Wohnen für die Armen und der Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur, die nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 zerstört worden war, das Land hätte stabilisieren können. Es hätte auch staatliche Hilfe an die Agrar- und Wollindustrie erfordert, um die Abhängigkeit vom Mohnanbau zu verringern. 90% der Weltopiumproduktion ist in Afghanistan angesiedelt. UN-Schätzungen legen nahe, dass das Heroin für 52% des Bruttoinlandsprodukts des Landes aufkommt, und der Opiumanteil innerhalb der Landwirtschaft wächst zügig weiter. **All dies hätte einen starken Staat und eine andere Weltordnung erfordert.** Nur ein leicht verrückter Utopist hätte von den NATO-Ländern erwarten können, die doch munter ihre eigenen Länder privatisieren und deregulieren, sich für aufgeklärte soziale Experimente im Ausland einzusetzen.

Und so wuchs die Korruption unter den Eliten wie ein unbehandelter Tumor. Westliche Gelder, die einige Wiederaufbauprojekte unterstützen sollten, wurden umgeleitet, um extravagante Wohnungen für deren Umsetzer zu bauen. Im Jahr 2 der Besatzung gab es einen riesigen Bauskandal. Kabinettminister hatten sich und ihren Günstlingen Grundstücke in Kabul vermacht, wo die Grundstückspreise nach der Besatzung ein Hoch erreicht hatten, da die Besatzer und ihr Anhang so wohnen wollen, wie sie es nun mal gewöhnt sind. Karzais Kollegen errichteten ihre großen Villen, geschützt von NATO-Truppen und in Sichtweite der Armen.

Zusätzlich muss man noch anführen, dass Karzais jüngerer Bruder, Ahmad Wali Karzai, zu einem der größten Drogenbarone des Landes geworden ist. Bei einem jüngst erfolgten Treffen mit Pakistans Präsident, als Karzai über Pakistans Unfähigkeit jammerte, den grenzübergreifenden Schmuggel zu unterbinden, schlug General Musharraf vor, dass Karzai vielleicht ein Beispiel setzen sollte, indem er sein Geschwisterteil unter Kontrolle bringt.

Während sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verbesserten, zielten Luftangriffe der NATO häufig auf unschuldige Zivilisten, was letztes Jahr zu gewalttätigen anti-amerikanischen Protesten in der Hauptstadt führte. Was anfänglich von einigen Einheimischen als eine notwendige Polizeiaktion gegen al-Qaida im Anschluss an die Anschläge von 11. September gesehen worden war, wird nun von einer wachsenden Mehrheit in der ganzen Region als **eine ausgewachsene imperialistische Besatzung** betrachtet. Die Taliban gedeihen und schaffen sich neue Allianzen nicht deshalb, weil ihre sektenhaften religiösen Praktiken jetzt Anklang finden würden, sondern weil sie die einzige mögliche Plattform für die nationale Befreiung sind. Wie die Briten und Russen auf eigene Kosten im Laufe der vorhergehenden zwei Jahrhunderte lernen mussten, konnten es die Afghanen nie leiden, besetzt zu sein.

Es gibt keinen Weg, wie die NATO diesen Krieg jetzt noch gewinnen kann. Mehr Truppen schicken wird zu mehr Toten führen. Und intensive Kämpfe würden das benachbarte Pakistan destabilisieren. Musharraf hat schon die Schuld für einen Luftangriff auf eine muslimische Schule in Pakistan auf sich genommen. Dutzende Kinder sind getötet worden, und die Islamisten in Pakistan haben Straßenproteste organisiert. Insider legen nahe, dass der „präemptive“ Luftangriff in Wirklichkeit von US-Kampfflugzeugen ausgeführt worden sei, die vorgeblich auf eine Terroristenbasis abzielten, aber die pakistanische Regierung hielt es für besser, die Verantwortung auf sich zu nehmen, um eine Explosion des anti-amerikanischen Zorns zu vermeiden.

Das Scheitern der NATO kann nicht der pakistanischen Regierung zur Last gelegt werden. Wenn überhaupt, war es Afghanistan, das eine kritische Situation in zwei pakistanischen Provinzen herbeigeführt hat. Die paschtunische Mehrheit in Afghanistan hat immer enge Beziehungen zu ihren Mitpaschtunen in Pakistan gepflegt. Die Grenze war ein Konstrukt der Briten, und sie ist immer durchlässig gewesen. Gekleidet in paschtunische Kleidung habe ich sie selbst 1973 ohne irgendwelche Hinderungen überquert. Es ist praktisch unmöglich, einen texanischen Zaun oder eine israelische Mauer über die bergige und weitgehend unmarkierte Grenze zu bauen, die die beiden Länder trennt. Die Lösung liegt im politischen Bereich, nicht im militärischen.

Washingtons strategische Ziele in Afghanistan scheint es nicht zu geben, wenn sie den Konflikt nicht brauchen, um ihre europäischen Alliierten zu disziplinieren, die sie im Irak verraten hatten. Richtig, die al-Qaida-Führer sind immer noch frei, aber ihre Festnahme wird das Ergebnis von effektiver Polizeiarbeit sein, nicht von Krieg und Besatzung. Was werden die Folgen eines NATO-Abzugs sein? Hier werden Iran, Pakistan und die zentralasiatischen Staaten von grundlegender Wichtigkeit dafür sein, eine konföderative Verfassung zu garantieren, die die ethnische und religiöse Vielfalt berücksichtigt. Die NATO-Besatzung hat diese Aufgabe nicht einfacher gemacht. Ihr Scheitern hat die Taliban wieder belebt und die Paschtunen scharen sich zunehmend um sie.

Die Lehre hierbei, wie im Irak, ist eine grundsätzliche. Es ist viel besser, wenn die **Veränderung** eines Regimes **von unten** bewirkt wird, sogar wenn das ein langes Warten wie in Südafrika, Indonesien oder Chile bedeutet. Besatzungen unterbinden die Möglichkeit eines organischen Wandels und schaffen ein viel größeres Problem, als vorher da war. Afghanistan ist dafür nur ein Beispiel.

Counterpunch / ZNet 27.02.2007

Aufruf zur bundesweiten Afghanistan-Demo am 15. September

Frieden für Afghanistan
– Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

"... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!" (Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg "Operation Enduring Freedom" und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen "Krieg gegen den Terror" sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Problem e gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.
Di e Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

Dieser Aufruf wird von Attac Deutschland unterstützt (Beschluss der Ratsversammlung am 1.7.2007).
Mehr Infos: http://www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de http://www.afghanistandemo.de
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/bewegung/afgh/Welcome.html

G8: Treffen der Scheinheiligen

Walden Bello

Quasselbude der saturierten Reichen

Analyse des offiziellen G8-Dokuments von Heiligendamm

5.Juni 2007 (Rostock, Deutschland)

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel möchte, dass die reichen Länder sich verpflichten, die globale Erwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Dies würde das Beschneiden des Ausstoßes von Treibhausgasen auf 50 % ihres Niveaus der 1990er im Jahre 2050 und eine um 50 % gesteigerte Energieeffizienz bis 2020 bedeuten. Dies hat die vorhersehbare Gegnerschaft von George W. Bush hervorgerufen. Um jedoch weiteren Schaden an seinem bereits ramponierten Ansehen zu begrenzen, verkündete Bush seine Absicht, eine Konferenz der größten Treibhausgassünder einzuberufen, um die globale Erwärmung anzugehen. Dies alarmierte Merkel, die das Verfahren innerhalb der Vereinten Nationen gesichert sehen möchte.

Man könne verführt sein, Merkel zu gratulieren, so wie es viele taten. Allerdings schaut jeder neben Bush gut aus. Tatsächlich ist der Entwurf der G 8 Resolution mehr ein Streit um Kleinigkeiten als um den eigentlichen Gehalt.

Angesichts der nahen extremen Bedrohung durch die globale Erwärmung, bestärkt durch den jüngsten Bericht der Internationalen Kommission zum Klimawandel (IPCC – International Panel on Climate Change) ist die 50 % Minderung vom Niveau der 1990er bis zum Jahre 2050 einfach **zu wenig** und **zu spät**. Wie die Grünen-Bundstagsabgeordnete Bärbel Höhn auf einer Berliner Konferenz am Sonntag feststellte, sollten die reichen Länder über eine Kürzung von mindestens 80 % reden.

Wachstum ist immer noch heilig

Der Entwurf offenbart, warum Merkel nicht mehr zu bieten hat. Das Leitmotiv des Ansatzes im Dokument zum Klimawandel ist das „Abkoppeln des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch“. Mit anderen Worten: **Wirtschaftswachstum** bleibt zentral und **unantastbar.** Es werden keinerlei Einschnitte beim Konsumniveau vorgeschlagen. Zum Beispiel wird in der Resolution, anstatt nach einem radikalen Rückgang bei der Nutzung von Kraftfahrzeugen zu rufen, als vorgegeben akzeptiert, dass sich die Zahl der motorisierten Fahrzeuge bis zum Jahre 2020 auf 1,2 Milliarden verdoppeln wird und dass die Herausforderung lediglich darin liegt, die Produktion von nicht-fossilen Brennstoffalternativen (z.B. synthetische Biokraftstoffe und CO2-freier Wasserstoff) für künftige Fahrzeuge zu beschleunigen.

Der Grund, warum der Resolutionsentwurf nicht nach tieferen Einschnitten beim Ausstoß von Treibhausgasen rufen kann, liegt darin, dass seine Autoren sehr wohl wissen, dass die Aufrechterhalten einer wachsenden „effizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft“ bei gleichzeitiger radikaler Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen gegenwärtig technisch nicht machbar ist. Die Lösung: man setzte die Zielgrößen herab und versuche die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass man einfach nur realistisch ist.

Der G 8 Ansatz:
Schauen nach Techno-Lösungen

Es gibt drei Komponenten in der Strategie der Resolution, um mit dem Klimawandel umzugehen.

Eine ist die Steigerung der **Energieeffizienz** – also: mehr aus jeder erzeugten Energieeinheit herausholen.

Eine zweite Komponente ist das Diversifizieren der Mittel zur Energieerzeugung. Hier bietet die Resolution die übliche Verbeugung in Richtung erneuerbarer Energiequellen wie Wind und Sonne an. Allerdings liegt der Schwerpunkt auf der **Kernenergie**. Tatsächlich bemüht sich der G 8 Entwurf über alle Maßen, <u>eine</u> Energiequelle in ein günstiges Licht zu stellen, die seit Langem durch die Umweltbewegung wegen ihrer nachgewiesenen Gefahren abgelehnt wird. Dies wegen ihres angeblich minimalen Beitrages zur globalen Erwärmung. Der Entwurf stellt besonders fest, dass die G 8 Führer *„die friedliche Nutzung von Kernenergie durch die interessierten Länder unterstützen, die auch der Nichtverbreitung von Kernwaffen und den internationalen nuklearen Sicherheitsstandards verpflichtet sind. … Sie bekräftigen internationale Initiativen zur Weiterentwicklung der friedlichen und kohlenstofffreien Kernenergie und sie erkennen das Potentials der Kernenergie, um die Energiebedürfnisse der Entwicklungsländer zu decken… Sie werden kreative Wege überprüfen, wie das internationale Finanzwesen den Entwicklungsländern die Kernenergie besser zur Verfügung stellen kann.“*

Die dritte Komponente ist **technologische Innovation**. Hier betont das Dokument eine beschleunigte Entwicklung futuristischer Technologien, um die globale Erwärmung anzugehen. Das Papier drängt darauf *„nationalen und internationalen Forschungs- und Technologieanwendung Vorrang zu geben … um verschiedene Technologien, die Kohlenstoff einfangen, zu entwickeln und die geo-technologischen Bedingungen zur sicheren Einlagerung von CO2 zu klären.“* Es ist tatsächlich so, dass dies ein Dokument ist, das von technologischen Lösungen besessen ist, darunter *„saubere Kohle, Einfangen und Einlagerung von Kohlenstoff, Windkraft auf offener See, Biokraftstoffe der zweiten Generation, Wasserstoff…“* James Lovelock mit seinem Gaia-Ruhm liegt vielleicht falsch mit seinem Eintreten für Kernenergie als einer Möglichkeit, dem Klimawandel zu begegnen, aber er hat Recht, dass es so etwas wie eine 40-Jahre-Lücke gibt, bevor derartige neue Technologien wirklich realisierbar werden – und dann wird es zu spät sein.

Der Abschnitt zum Klimawandel in der G 8 Resolution ist wahrlich eine einzige lange und allzu fadenscheinige Übung, sich um die Tatsache herumzumogeln, dass die einzige wirklich effektive Antwort auf den Klimawandel darin liegt, für radikal verminderte wirtschaftliche Wachstumsraten und Konsumniveaus zu sorgen, besonders im Norden und in der sehr nahen Zukunft.

Förderung von Investment und Intellektuellem Eigentum (TRIPs*)*

Seltsamerweise beginnt die Erklärung mit einem langen Loblied auf die Vorteile ausländischer Investitionen in Entwicklungsländer. Diese werden gewarnt, dass das „Errichten von Schranken“ für Kapitalströme mit einen *„Verlust an Wohlfahrt bringt“* bezahlt werden muss. Laut Doku-

ment „*ist Freiheit für Investitionen einer der wichtigsten Stützpfeiler für wirtschaftliches Wachstum, Wohlfahrt und Beschäftigung*“. Es braucht nicht lange um zu merken, dass die G 8 besonders China, Brasilien, Indien und anderen dynamisch sich entwickelnden Wirtschaften sagen wollen, dass ihre Investitionspolitik gastfreundlicher für westliche Investoren werden müssen.

Auch der zweite Teil des Dokumentes richtet sich an Entwicklungsländer. Innovation, so wird gesagt, ist zentral fürs Wirtschaftswachstum, und sie kann nur dann weiterhin diese Rolle spielen, wenn es „*einen starken Schutz und die Erzwingung von Rechten an geistigem Eigentum gibt*“. Dies ist die Handschrift der pharmazeutischen Industrie des Nordens und der High-Tech Lobbyisten. Wiederum bedarf es keiner besonderen Anstrengung zu erkennen, dass die G 8 Thailand, Brasilien und die afrikanischen Länder warnen, dass sie aufhören sollen, Methoden wie Zwangslizensierungen anzuwenden, um ihren Bevölkerungen den Zugang zu billigen Medikamenten gegen HIV-AIDS und anderen Seuchen zu ermöglichen. Und sie sagen China und den südost-asiatischen Ländern, dass sie das Verbreiten von fortschrittlichen Technologien behindern sollen, indem sie geistige Eigentumsrechte der Konzerne erzwingen.

Auf China zielen, Afrika wiederverwerten

Interessanterweise gibt es einen Abschnitt mit der Überschrift „*Verantwortung für Rohstoffe: Transparenz und nachhaltiges Wachstum*“. Die G 8, so das Dokument, streben an „*rohstoffreiche Länder in ihrem Bemühen zu unterstützen, ihr Rohstoffpotential künftig auszudehnen und dabei nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und gutes Regieren zu unterstützen*“. Warum, fragt man, macht sich die G 8 mit einem Male Sorgen um „erhöhte Transparenz“ im Rohstoffsektor, wenn sich ihre Unternehmen doch so lange allen Bemühungen widersetzt haben, ihre Raubzüge in der sich entwickelnden Welt kontrollieren zu lassen?
Die Antwort wird deutlich in ihrem „*Ruf an unsere Handelspartner, sich bei Handelsbeschränkungen und Wettbewerbsverzerrungen unter Umgehung der WTO-Regeln zurück zu halten und marktwirtschaftliche Prinzipien zu beachten*“. China, das Mineralgewinnungs-Abkommen in Afrika, Lateinamerika und Südost-Asien abgeschlossen hat, ist zweifellos das Hauptziel dieses Abschnittes. Das Dokument spiegelt die Angst vieler Regierungen und Unternehmungen reicher Länder wieder, dass die Chinesen sie am Ende von vielen rohstoffreichen Gebieten ausschließen könnten.

Und was die G 8 Erklärung zu Afrika betrifft, so ist es zumeist eine Wiederverwertung der alten gebrochenen Versprechen der Erhöhung von Entwicklungshilfe, zusammen mit den üblichen Plattitüden über das Fördern von gutem Regieren, Institutionalisierung „marktfreundlicher“ Entwicklungsrahmenbedingungen, effektiveren und saubereren öffentlichen Finanzmanagements und der „Verbesserung unser Antwort auf zerbrechende Staaten“. Die Financial Times stellt fest: „*Auf dem Gleneagles Gipfeltreffen 2005 verpflichteten sich die G 8 auf die Steigerung des jährlicher Gesamtniveaus der Entwicklungshilfe um 50 Milliarden US $ bis 2010 und der Verdopplung der Hilfe an Afrika. Offizielle Zahlen zeigen, dass nahezu alle diese Länder hinter ihren Zielen zurück liegen.*“

Normalerweise finden wir ja nicht viel auf der Titelseite der Financial Times, dem wir zustimmen können, aber dieses Mal kann man nichts gegen ihr Urteil sagen: „*Niemand erwartet viel von dieser im zunehmenden Maße überholten Quasselbude der saturierten Reichen*“.

**Walden Bello ist geschäftsführender Direktor von Focus on Global South und Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen. Auf deutsch ist sein Buch „Deglobalisierung“ bei VSA in Hamburg erschienen*
http://www.focusweb.org/the-climate-change-flap-at-the-g8-a-spat-over-detail-not-substance.html?Itemid=1



Stefan Niggemeier

Geschichte einer horrenden Falschmeldung

Wie die Rede von Walden Bello auf der Abschlusskundgebung verfälscht wurde

Am Samstag um 18.41 Uhr bringt die Nachrichtenagentur dpa einen Bericht ihres Korrespondenten Helmut Reuter aus Rostock, in dem es heißt:
Um 17.30 Uhr werden die ersten Autos angezündet, während unweit vom Tatort auf der Kundgebungsbühne ein Redner die militante Szene noch mit klaren Worten aufstachelt: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts."
Es ist eine Falschmeldung. Das Zitat ist weder wörtlich noch sinngemäß gefallen. Walden Bello hatte auf der Kundgebung um 17.17 Uhr im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg gesagt:
„Two years ago they said: Do not bring the war into the discussions. Just focus on poverty reduction. Well, we say: We have to bring the war right into this meeting. Because without peace there can be no justice."
Und der Übersetzter auf der Bühne hatte es unmittelbar darauf so übersetzt:
„Vor zwei Jahren hat es geheißen: Wir sollen den Krieg nicht in die Diskussion mit reinbringen. Wir sollen uns nur auf Armutsbekämpfung konzentrieren. Aber ich sage: Wir müssen den Krieg hier mit reinbringen. Denn ohne Frieden kann es auch keine Armutsbekämpfung geben."
Bellos Sätze sind im Original bereits eine halbe Stunde, nachdem er sie gesagt hat, bei MyVideo zu sehen.
Drei Tage wird dpa brauchen, den Fehler zu korrigieren. Drei Tage sind eine lange Zeit.

Samstag.

Bild.de übernimmt Teile des dpa-Berichtes:
„Auf der Kundgebungs-Bühne stachelt ein Redner die militante Szene noch auf: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration rein tragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts."
„Spiegel Online" übernimmt das falsche Zitat in seinem Live-Ticker und macht daraus die Überschrift des Artikels:
„Wir müssen den Krieg in diese Demo tragen"
Das „Spiegelfechter"-Blog beweist anhand des MyVideo-Ausschnittes, dass Bello dies nicht gesagt hat.
Um 21.39 Uhr berichtet dpa-Korrespondent Marc Herwig:
Stundenlang lieferten sich gewalttätige Autonome Straßenschlachten mit der Polizei – angestachelt von den Anfeuerungsrufen tausender Demonstranten, die zunächst friedlich gegen den G8-Gipfel kommende Woche in Heiligendamm protestiert hatten. Einer der Redner forderte über die Lautsprecheranlage sogar zum „Krieg" gegen die Polizei auf.

Sonntag.



Die Berliner Boulevardzeitung „B.Z." schreibt:
Kurz darauf stachelt ein Redner der militanten Szene die Chaoten weiter auf. Von der Bühne der offiziellen Kundgebung ruft er ins Mikrofon: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts."
Um 11.40 Uhr gibt Udo Pastörs, der Chef der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, eine Presseerklärung heraus, in der er die „etablierten Parteien" für den „entfesselten linken Mob" verantwortlich macht:
Es sei (…) nicht hinnehmbar, daß sich unter den Augen der Versammlungsleitung in Rostock, Gewalttäter und Chaoten versammeln können, ja sogar die Kundgebungsbühne für Aufrufe wie: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts.", genutzt werden darf.
Um 15.20 Uhr bringt dpa eine „Chronologie" über die „Eskalation der Gewalt":
17.30 – Die Stimmung schlägt um. Autos werden angezündet. Auf der Bühne stachelt ein Redner die militante Szene auf: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts."

Um 15.59 Uhr verschlimmbessert dpa:
Der Aufruf zum „Krieg", mit dem ein Redner während der Krawalle am Samstag in Rostock die militante Szene angestachelt hatte, war nach Darstellung der Protest-Organisatoren ein Übersetzungsfehler. Der zitierte Redner Walden Bello habe in seiner englischsprachigen Rede dazu aufrufen wollen, gegen den Krieg im Irak zu protestieren, teilte die globalisierungskritische Organisation Attac am Sonntag mit. In der deutschen Übersetzung wurde daraus: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts." Die Äußerung sei in diesem Zusammenhang missverständlich gewesen. Sie habe aber nicht auf Krawalle bei der Anti-G8-Demonstration abgezielt, betonte Attac.
Um 16.04 baut dpa-Korrespondent Helmut Reuter die neue, falsche Version in einen weiteren Korrespondentenbericht ein:
Auf der nahen Kundgebungsbühne spricht ein Redner – auf Englisch. Die Übersetzung stachelt die militante Szene weiter an: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts." Am Sonntag spricht Attac von einem Übersetzungsfehler.
Um 16.17 übermittelt dpa noch einmal die „Chronologie" mit der neuen, anders falschen Version:
17.30 – Die Stimmung schlägt um. Autos werden angezündet. Auf der Bühne wird ein englischer Redner missverständlich übersetzt: «Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts.» Die militante Szene fühlt sich angestachelt. Gemeint war, der Irak-Krieg müsse auch bei der Demonstration thematisiert werden.

Montag.

Korrespondent Fritz Dinkelmann berichtet aus Rostock in verschiedenen Schweizer Zeitungen:
Doch auch offizielle Demo-Redner wie etwa Walden Bello von der interventionistischen Linken hatten vorher eine Stimmung geschürt, die Grenzen verwischte zwischen friedlichen Demonstranten und jenen, die prügeln wollten: „Wir haben hier den Geist von Genua", rief der Soziologieprofessor aus Manila in das Mikrophon (…).
In anderen Schweizer Zeitungen fantasiert Berlin-Korrespondent Helmut Uwer:
Einer der laut Polizeiangaben 3000 Militanten kletterte auf eine Bühne und gab die Parole aus: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts."
In den Stuttgarter Nachrichten reichern Peter Gärtner und Axel Büssem die falsche Meldung mit neuen Details an:
Während ein Attac-Vertreter aufrief, Ruhe zu bewahren, heizte ein Redner der Autonomen die Stimmung noch an: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln errei-

chen wir nichts." Viele pfiffen und buhten daraufhin.
Auch Annika Fischer, die Autorin der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung", hat die dpa-Ente ausgeschmückt:
„Wir müssen den Krieg in diese Demo tragen!", ruft ein junger Mann ins Megafon, aber vorn an der Bühne stehen immer noch die (farben-) frohen Linken, beschwören eine „andere Welt" und reden von einer „schönen Veranstaltung".
Das viel gelesene islamfeindliche Hassblog „Politically Incorrect" macht sich „auf die Suche nach den letzten Spuren der Wahrheit" und meint, sie in der zu diesem Zeitpunkt immerhin halb dementierten ersten dpa-Version gefunden zu haben. Die ersten Korrekturen der Falschmeldung nennt „PI" eine „entschuldigende Massenverblödung".
Für die „Kölnische Rundschau" berichten drei Korrespondenten, von denen offenbar keiner wusste, dass Menschen, die Reden auf englisch halten, nicht unbedingt englische Redner sind (Walden Bello ist Philippiner):
Zu der neue Eskalation nach leichter Beruhigung trug offenbar ein Übersetzungsfehler bei: „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts", sollte ein englischer Redner gesagt haben. Die militante Szene fühlte sich angestachelt. Gemeint war aber, der Irak-Krieg müsse auch bei der Demonstration thematisiert werden.
Um 18.39 Uhr nimmt sich ZDF Online des Themas an und widerlegt in seinem Blog zum G8-Gipfel mit einem Video auch die zweite dpa-Version, wonach das Zitat auf der Bühne falsch übersetzt wurde.

Die Nachrichtenagentur dpa braucht danach noch weitere 18 Stunden, bis sie endlich ihren Fehler einräumt und korrigiert.

Dienstag.

Um 12.59 Uhr meldet dpa endlich:
In einem Korrespondentenbericht zu den Ausschreitungen während der Demonstrationen gegen den G8-Gipfel in Rostock am 2. Juni (…) zitiert dpa einen Redner bei der Kundgebung mit den Worten „Wir müssen den Krieg in diese Demonstration reintragen. Mit friedlichen Mitteln erreichen wir nichts.". Diese Formulierung ist – wie aus einem TV-Mitschnitt von „Phoenix" ersichtlich ist – weder in der englischen Original-Rede noch in der deutschen Übersetzung des Beitrags so gefallen.
(…) Die sinnentstellte Fassung des Zitats in den Meldungen der dpa ist auf einen Übermittlungsfehler zurückzuführen, für den dpa allein die Verantwortung trägt. Die dpa hat den Fehler in ihren Archiven entsprechend gekennzeichnet. Wir bitten – auch mit Blick auf den betroffenen Redner Walden Bello – um Entschuldigung.
Um 14.27 Uhr wiederholt dpa noch einmal:
Einen Aufruf eines Redners zum „Krieg" bei den Demonstrationen von Rostock am vergangenen Samstag hat es nicht gegeben. Eine Überprüfung des Redetextes hat gezeigt, dass die Ansprache des Redners Walden Bello bei einer Kundgebung in Rostock auch nicht falsch übersetzt worden war, wie die Deutsche Presse-Agentur dpa am Samstag berichtet hatte. dpa bedauert die fehlerhafte Berichterstattung und hat sich bei den Veranstaltern entschuldigt.
„Spiegel Online" hat den Artikel mit der Falschmeldung relativ früh berichtigt und dokumentiert auch die Entstehungs- und Korrekturgeschichte. Aber das ist die Ausnahme. Die meisten Artikel, die die dpa-Ente übernommen haben, scheinen unverändert online zu sein.
(…)
Und die Medien, die diese Falschmeldung weitertrugen, obwohl sie es besser hätten wissen können, und teilweise mit eigenen Details noch ausschmückten?
„Frankenpost", „Neue Presse" Coburg und „Südthüringer Zeitung" brachten am Mittwoch in ihrem gemeinsamen Mantelteil immerhin folgende Meldung:
Kein Aufruf zum „Krieg"
ROSTOCK – Einen Aufruf zum „Krieg" bei den Demonstrationen von Rostock am Samstag hat es nicht gegeben. Das hat eine Überprüfung des Redetextes gezeigt, den der Redner Walden Bello bei einer Kundgebung in Rostock vorgetragen hat. Die Deutsche Presse-Agentur dpa bedauert jetzt die fehlerhafte Berichterstattung und hat sich entschuldigt. In einem Bericht zu den Ausschreitungen während der Demonstrationen am 2. Juni hatte dpa Bello irrtümlich mit der Aufforderung zitiert, „den Krieg in die Demonstration reinzutragen".
(…) Ein interessanter Fall ist schließlich noch die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", die sich die dpa-Ente in einer eigenen Reportage zu eigen machte. Eine Korrektur scheint es nicht gegeben zu haben; eine Anfrage von mir bei Ulrich Reitz, dem Chefredakteur der „WAZ", blieb unbeantwortet.
Die WAZ hat Anfang Mai im Rahmen eines bizarren Festaktes in der Essener Philharmonie öffentlichkeitswirksam einen „Verhaltenskodex" unterzeichnet, in dessen Präambel es heißt:
Regionalzeitungen genießen im Vergleich mit anderen Medien ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit. Dieses Vertrauenskapital darf nicht gefährdet werden. Der Verhaltenskodex der WAZMediengruppe legt fest, welche Regeln strikt einzuhalten sind.
In dem gesamten, über fünfseitigen Schriftwerk (pdf) steht kein Wort darüber, dass zur „Glaubwürdigkeit" auch der Versuch gehören könnte, möglichst wahrheitsgetreu zu berichten, und die Verpflichtung, Fehler in irgendeiner Form richtigzustellen. Ich fürchte, bei der „WAZ" sähe man, im Gegenteil, das eigene „Vertrauenskapital" gefährdet, wenn man offensiv und transparent mit Fehlern umginge, Verantwortung übernähme und sich zu allererst einer korrekten Information der Leser verpflichtet fühlte. Sie ist damit in Deutschlands Medienwelt in guter Gesellschaft.

Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" hat versucht, ihre Behauptung richtigzustellen, ein „junger Mann" habe auf der Rostocker Kundgebung gegen den G8-Gipfel in Mikro gerufen: „Wir müssen den Krieg in diese Demo tragen". Nicht in der Zeitung, aber online. Auf der Ressortseite Politik steht folgende „Korrektur":

KORREKTUR

Umstrittenes Zitat

Die WAZ hat am 4. Juni ein Zitat aus einem Text der Deutschen Presseagentur (dpa) über die G-8-Proteste in Rostock gedruckt. Dieses Zitat war sinnentstellend, dpa hat die Meldung berichtigt.

Das Zitat eines Globalisierungskritikers "Wir müssen den Krieg in diese Demo tragen" war in Zusammenhang mit dem Irak-Krieg gefallen und keine Aufforderung zu mehr Krawallen in Rostock.

Nein. Dieses Zitat ist, wie inzwischen vielfältig dokumentiert, nicht nur in einem anderen Zusammenhang gefallen, sondern **gar nicht**.
Wird es der „WAZ" noch gelingen, den Fehler zu korrigieren? Kann es die Korrektur sogar noch aus dem Online-Auftritt in die gedruckte Zeitung schaffen? Überwindet sich die „WAZ" gar noch, nicht nur dpa die Verantwortung zu geben, sondern eigene Fehler einzuräumen?
Bleiben Sie dran!

13. Juni 2007, 12:55 — http://www.stefan-niggemeier.de/blog/index.php?s=Bello

Gegengipfel: Forum der Völker in Sikasso

Wir, die Vertreter der einzelnen Gruppen der in Sikasso vom 4. bis zum 7. Juni 2007 zum 6. Forum der Völker zusammengetretenen Zivilgesellschaft und der sozialen Bewegungen der Länder Afrikas (Bénin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali), Europas (Belgien, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien), Amerikas (Kanada), haben breite demokratische Debatten über die grundlegenden Fragen geführt, die sich sämtlichen Völkern aufdrängen (Schulden, Abkommen über Wirtschaftspartnerschaft EU-AKP, Ernährungssouveränität, Armut, Zugang zu Trinkwasser, Klimaerwärmung ...) Die beim Abschluss der Debatten allgemein festgestellte Bilanz ist empörend:

Es ist vor aller Augen offenkundig geworden, dass der G8, dieses unrechtmäßigen Weltvorstands, unfähig ist, seine Hilfeversprechen den ärmsten Ländern gegenüber zu halten und die strukturelle Verschuldungskrise zu lösen, für die er der Hauptverantwortliche ist. Sein Engagement zu Gunsten der armen Länder hatte 2005 zur Streichung eines Schuldenbetrags von lächerlichen 39 Milliarden US-Dollar Schulden für die Länder Afrikas und Lateinamerikas geführt. Heute belaufen sich die Schulden, die dieselben Länder zurückzahlen müssen für Afrika auf 215 Milliarden US-Dollar und für Lateinamerika auf 723,6 Milliarden US-Dollar. Laut Oxfam Großbritannien, müssen die ärmsten Länder der Welt weiterhin jeden Tag 100 Millionen US-Dollar abzahlen!

So sieht der Hintergrund aus, vor dem das Gipfeltreffen der G8 in Heiligendamm (Deutschland) eröffnet worden ist. Offiziell stehen die Stabilität des Weltmarkts, die Entwicklung Afrikas, die Bekämpfung der Klimaerwärmung und die Energieversorgung auf der Tagesordnung. Leider kommen die Antworten der Regierungschefs der reichen Länder auf diese Fragen dem Eingeständnis eines Versagens, von Heuchelei und Unverantwortlichkeit gleich. Die in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen waren nur folgenlose Ankündigungen, verbunden mit tiefer Verachtung für die Leiden unserer Völker.

Seit der zu Gunsten der hoch verschuldeten armen Länder 1999 verstärkten Initiative von Köln (Deutschland) bis hin zu den multilateralen Engagements von Gleneagle (Vereinigtes Königreich) von 2005 hat sich die Lage nicht geändert. Zum Beweis: 2005 betrugen die Nettokapitaltransfers vom Süden zum Norden 354 Milliarden US-Dollars, während parallel die Entwicklungshilfe der G8-Länder seit 2006 stetig abnimmt, und der Schuldenbetrag dagegen die schwindelnde Höhe von 2 800 Milliarden US-Dollars erreicht hat!

Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Klimaerwärmung stellen die G8-Mächte ihren unmenschlichen, unverantwortlichen und hegemonialen Raubtiercharakter zur Schau, lassen sich auf einen zügellosen Wettkampf um die Kontrolle der Rohstoffe und der Kohlenwasserstoffreserven ein, wie wir es am Beispiel des Irakkrieges oder der von Russland geführten Erpressungsmanövern mit dem Gas erleben...

Wieder bekräftigt das Forum der Völker die Unrechtmäßigkeit des G8 und verurteilt entschlossen die Unterdrückung der globalisierungskritischen Aktivisten durch die deutschen Ordnungskräfte.

Das sechste, in Mali abgehaltene Forum der Völker findet im Rahmen einer allgemeinen Krise statt: Rückgang des Öffentlichen Dienstes und vollständiger Abbau der letzten strategischen Bereiche (CMDT, HUICOMA und Eisenbahn)

Die Folgen dieser Privatisierungen sind auf Grund massiver Entlassungen von Arbeitnehmern, der Zuspitzung von Armut und Elend in aller Härte spürbar. Dazu kommt auch das Fehlen einer demokratischen und durchschaubaren Kontrolle über die strategischen Ressourcen des Mali, insbesondere das Gold, die Zwangseinführung genveränderter Organismen in die Landwirtschaft, die geplante Umsetzung der Abkommen über die wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Ländern der AKP, der Einführung neuer Abkommen zur Einwanderung. Diese neuen Abkommen zur Einwanderung machen Mali wie auch die Nachbarländer und die um das Mittelmeer schlicht zu Gendarmen mit dem Auftrag, die willkürlichen und unrechtmäßigen Abschiebungen aus den EU-Ländern mit Beflissenheit umzusetzen, unter offener Verletzung sämtlicher internationaler Vereinbarungen über die Menschenrechte und den freien Verkehr von Menschen und Gütern.

Die Teilnehmer am Forum der Völker fordern noch einmal:

- Die vollständige und bedingungslose Streichung der Auslandsverschuldung der Länder der Dritten Welt, die sich laut dem Weltbankbericht von 2007 auf 2800 Milliarden Dollar beläuft.
- Die Auflösung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als Werkzeuge zur Förderung und Verstärkung der neoliberalen Ideologie und ihr Ersetzen durch die Bank des Südens, die sämtliche Entwicklungs- und Schwellenländer einbezieht, zur Schaffung der Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung, die auf einander ergänzenden und fairen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten beruht.
- Die Transparenz und die Kontrolle der Finanzflüsse durch Einführung globaler Steuern und die Rückzahlung der von den westlichen transnationalen Konzernen und den korrupten Regierungen hinterzogenen Gelder.
- Die Abschaffung von Agrarsubventionen für Ausfuhren in den Süden und die Anerkennung des Rechts dieser Länder auf Eigenversorgung und Nahrungssicherheit.
- Die Abschaffung der Visa für Kurzaufenthalte, sämtlicher dem Verlassen eines Hoheitsgebiets entgegenstehenden Schranken sowie detaillierte und nachprüfbare Rechtfertigung bei der Verweigerung von Niederlassungsvisa mit einer strengen Symmetrie afrikanischer und europäischer Ausstellungsbedingungen für solche Visa.
- Die Schließung sämtlicher Einweisungsorte und anderer Vorrichtungen zur Zurückhaltung von Personen an den Grenzen.
- Die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen, die die Familienzusammenführung behindern.
  Die vollständige und bedingungslose Legalisierung des Aufenthalts aller Personen ohne gesetzlichen Aufenthaltsstatus in Frankreich und in den anderen Ländern des Geltungsbereichs des Schengen-Abkommens.

Die Teilnehmer am Forum der Völker empfehlen:

- Die Schaffung einer von den Bauern selbstverwalteten Landwirtschaftsbank
- Die Diversifizierung des landwirtschaftlichen Materials je nach ökologischer Anbauzone
- Eine Reform der Grundeigentumsrechte
- Die Förderung des natürlichen Düngers der zu Gunsten chemischer Düngemittel aufgegeben wurde.
- Die Förderung des Verbrauchs lokaler Produkte.
- Den Schutz unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor der internationalen Konkurrenz .
- Eine systematische Ablehnung der AWP und GVOs
- Die Eröffnung einer landesweiten Debatte über das landwirtschaftliche Orientierungsgesetz außerhalb der institutionellen Strukturen und mit Beteiligung des Obersten Landwirtschaftsrats.

Sikasso, den 7. Juni 2007
http://www.forumdespeuples.org/IMG/pdf/declaration-fdp-sikasso-2007.pdf

Martin Khor

Norden muss Klimaschulden anerkennen

Der malaysische Ökonom Martin Khor macht die Industrieländer für die Klimakrise verantwortlich. Daher müssten sie für die Anpassungsmaßnahmen im Süden zahlen und die nötige Technologie zur Verfügung stellen - ohne Patentschutz

taz: Herr Khor, Sie beraten viele Regierungen des Südens. Was empfehlen Sie denen im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Bali im Dezember?
Martin Khor: Die Entwicklungsländer sollten zunächst den Klimawandel als ernstes Problem anerkennen. Das ist gar nicht so einfach, denn viele andere Probleme wie Hunger, Aids oder Wirtschaftskrisen erscheinen dort viel dringender. Aber durch die Berichte des Weltklimarats (IPCC) haben die Entwicklungsländer jetzt endlich verlässliche Informationen darüber, was sie zu erwarten haben.

In den IPCC-Verhandlungen vergangene Woche in Bangkok forderten China, Brasilien und Indien, dass der Weltklimarat erst mal auflistet, wer für das überschüssige CO_2 in der Atmosphäre verantwortlich ist. Was soll das bringen?
Die reichen Länder sind für die Klimakrise verantwortlich, und darum müssen sie auch haftbar gemacht werden. Die Daten sind wichtig, um die historischen Klimaschulden der Länder des Nordens aufzuzeigen. Die armen Länder könnten sie dann in die Klimaverhandlungen einbringen und Forderungen stellen. Selbst sollten sie sich jedoch nicht auf verbindliche Emissionsziele einlassen.

Aber auch die Entwicklungsländer werden etwas tun müssen. Laut IPCC haben wir nur noch 8 Jahre, um die weltweiten Emissionen zu senken.
Der Norden muss deswegen endlich handeln. Die Logik des Kioto-Protokolls ist ja, dass die reichen Länder voranschreiten und die Entwicklungsländer erst später einsteigen. Aber die Industrieländer haben bisher nicht einmal ihre Reduktionsverpflichtungen von Kioto eingehalten - und die waren wirklich nicht besonders ehrgeizig. Unter diesen Umständen haben die Industrieländer kein moralisches Recht, die Entwicklungsländer um irgendetwas zu bitten.

Unter welchen Umständen sollte der Süden denn etwas beitragen müssen?
Nur unter zwei Bedingungen: Erstens muss der Norden einsehen, dass er mehr tun muss als bisher. Zweitens muss er seine historischen Klimaschulden anerkennen.

Und die reichen Länder sollen diese Klimaschulden jetzt zurückzahlen?
Genau. Die meisten armen Länder haben nicht das Geld für die Anpassung an den Klimawandel. Die Industrieländer sollten in einen globalen Fonds einzahlen, aus dem die Entwicklungsländer ihre Anpassungsmaßnahmen finanzieren können. Daneben brauchen wir einen Technologiefonds, um die Forschung zu finanzieren für erneuerbare Energien, effizientere Maschinen, Häuser und Fahrzeuge und modernere Landwirtschaftstechnik.

Viele klimafreundliche Technologien gibt es ja schon heute.
Aber nicht in den Entwicklungsländern. Die Frage ist doch: Wie können wir es schaffen, dass bestehende Umwelttechnik auch weltweit verbreitet wird? Hier haben wir ein Problem mit dem Patentschutz. Patentgeschützte Umwelttechnik ist meist viel zu teuer für Entwicklungsländer oder gar nicht verfügbar. Ein Patent läuft 20 Jahre. Wenn wir den Klimawandel stoppen wollen, haben wir aber keine 20 Jahre.

Gerade in Deutschland heißt es, der Vorsprung unserer Unternehmen bei der Umwelttechnik sichert unseren Wohlstand.
Dieses Argument ist unethisch. Wir sollen uns zu Klimaschutz verpflichten, und ihr wollt damit Gewinne machen? Das hat nichts mit Klimagerechtigkeit zu tun. Das ist eine Politik, die das Klimathema ausnutzt.

Aber um das Klima zu retten, braucht man teure Forschung und Entwicklung. Und Anreize dafür schafft nun mal die Aussicht auf ein Patent.
Natürlich müssen Unternehmen ihre Forschungskosten refinanzieren können. Ihr könnt eure Patente in Deutschland und den anderen Industrieländern ja auch behalten. Das reicht als Anreiz, denn für Unternehmen sind das die relevanten Märkte. Aber erlaubt bitte Indien, Malaysia oder Mali, eure Technologie ohne Patente zu nutzen.

Das Thema Patentschutz steht tatsächlich auf der Agenda des G-8-Gipfels in Heiligendamm. Aber es scheint eher um eine Verschärfung zu gehen.
Wenn die G 8 nicht bereit sein sollten, eine Ausnahme wenigstens für Klimatechnik zu machen, dann werden wir den Regierungen des Nordens sagen: Ihr nehmt den Klimawandel nicht ernst! Wie könnt ihr von Entwicklungsländern erwarten, die Emissionen zu senken, wenn sie nicht die Technologien dazu haben und ihr nicht bereit seid, sie mit ihnen zu teilen?

Angenommen, der Norden erfüllt all Ihre Bedingungen. Verpflichtet sich der Süden dann auch zu einer Emissionsverminderung?
Wenn der Norden seine eigenen Verpflichtungen glaubwürdig erfüllt und dem Süden hilft, sollte auch der Süden eigene Aktionspläne entwickeln. Das würde dann so funktionieren: Wenn ein Entwicklungsland Geld aus dem globalen Klimatopf bekommt, muss es mit diesem Geld auch seine Klimabilanz verbessern. Insgesamt sollten Emissionsreduzierungen im Süden immer abhängig vom Wachstum sein.

Sie wollen also Emissionsspielraum lassen für weiteres Wirtschaftswachstum.
Wenn wir vom Norden lernen können, wie man wachsen kann, ohne dass die Emissionen mitwachsen, dann sollten wir das so schnell wie möglich umsetzen.

Hat das Klimathema die Nord-Süd-Beziehungen verändert?
Ja, wir lernen, dass wir in einer einzigen Welt leben - zumindest was die Umwelt angeht. Sozial und wirtschaftlich leben wir allerdings immer noch in zwei oder sogar drei Welten.

INTERVIEW: NIKOLAI FICHTNER, TAZ

Siehe. auch
„Scheinheiliges aus Heiligendamm G8-Erklärung zur Weltwirtschaft und Afrika: Eine harte Agenda gegen Entwicklung und Klimaschutz - WEED Factsheets zum G8-Gipfel in Heiligendamm www.weed-online.org

Lo Sze Ping, (Greenpeace China)

"Nicht allein Problem Chinas"

China produziert mehr Treibhausgase als die USA - der Westen trägt eine Mitschuld

taz: Herr Lo, in der vergangenen Woche wurde eine niederländische Studie veröffentlicht, wonach China inzwischen die USA als größten Produzenten von Treibhausgasen überholt hat. Hat Sie das überrascht?
Lo Sze Ping: Wir haben diese Entwicklung kommen sehen. Egal, ob die Datenbasis jetzt schon korrekt ist oder nicht - es ist nur eine Frage der Zeit, dass China zum größten Treibhausgasemittenten der Welt wird. Aber das ist nicht allein ein chinesisches Problem.

Sondern?
Diese Entwicklung ist Teil der Globalisierung. Europa und Nordamerika exportieren einen Teil ihrer Klimabilanz nach China, weil sie die Produktion aus ihren Ländern in die Schwellenländer verlagern. Die dort hergestellten Waren werden aber weiterhin in den Industrieländern verbraucht. Damit ist der wachsende CO_2-Ausstoß in China ebenso ein Problem der Industriestaaten. Hinzu kommt, dass Europa und die USA in der Vergangenheit bereits große Mengen CO_2 in die Luft geblasen haben. Und beim Pro-Kopf-Ausstoß liegt China noch immer hinter den Industriestaaten.

Also kann sich China zurücklehnen, bis USA und Europa aktiv werden?
Nein. Aber es geht darum, die Verantwortung zu teilen. China hat einen nationalen Klimaplan vorgelegt, der gute Maßnahmen enthält. Zum Beispiel soll die Energieeffizienz innerhalb von fünf Jahren um 20 Prozent erhöht werden. Das reicht nicht, um die Probleme zu lösen. Aber ich glaube, kein anderes Land hat derzeit ein ähnlich ambitioniertes Ziel.

Sie klingen sehr diplomatisch, wenn es um die Bewertung der chinesischen Regierungspolitik geht.
Wir sind nicht weniger diplomatisch, pragmatisch und radikal als unsere Greenpeace-Kollegen in anderen Ländern. Die Frage ist doch: Welches ist der effektivste Weg in dem jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang, um positive Veränderung herbeizuführen.

Auch das klingt wie Politikersprache.
Mir geht es um Folgendes: Die derzeitige Debatte um Klimaschutz ist zu europazentriert. Das bedeutet nicht, dass Entwicklungsländer keine Klimaschutzmaßnahmen ergreifen müssen oder ihre Treibhausgasemissionen nicht senken müssten. Natürlich müssen sie das. Aber im Moment zeigen die verschiedenen Länder mit dem Finger aufeinander und keiner bewegt sich. Dafür haben wir keine Zeit. Wir müssen eine pragmatische Lösung finden, um alle Länder an Bord zu holen.

Wären für alle gültige Obergrenzen für den CO_2-Ausstoß eine solche Lösung?
Es gibt viele Wege, ein internationales Klimaschutz-Regime zu formen. Eine Deckelung der Treibhausgase ist nur einer davon. Ich glaube aber nicht, dass das von großen Entwicklungsländern wie China, Brasilien oder Indonesien akzeptiert wird. Sie sehen eine Deckelung als Anti-Entwicklungsinstrument. Wie müssen ein innovatives internationales System finden, das den Bedenken solcher Länder Rechnung trägt.

Wie könnte das aussehen?
Es könnte zum Beispiel Anreize für Brasilien oder Indonesien enthalten, die Abholzung zu verringern. Außerdem wurde den Entwicklungsländern in den vergangenen zehn Jahren immer wieder der Transfair von umweltfreundlicher Technologie versprochen. Wir brauchen ihn jetzt. Dann kann es auch relevante Selbstverpflichtungen geben. Und die Industrienationen müssen sich spätestens bis 2040 zu einem Null-Emissions-Ziel verpflichten. Sonst gibt es für die Entwicklungsländer keinen Spielraum mehr, ihren Lebensstandard zu erhöhen.

Interview: Stephan Kosch



HJ Krysmanski

Die Reichen von Heiligendamm

Beitrag auf dem Alternativen G8-Gipfel in Rostock im Rahmen des Attac-Forums „Wem gehört die Welt?!"... drei Runden um Eigentumsfragen

Dies ist also die 2. Runde unter dem Titel *‚Reale Besitz-, Verteilungs- und Machtverhältnisse in der globalisierten Welt'*. Die Stichworte lauten ‚Transnationale Konzerne', ‚Geld-Macht-Komplex', ‚Institutionelle Anleger' und ‚Finanzmarktakteure'. Ich nenne das Ganze ‚Strukturen und Akteure des Reichtums'.

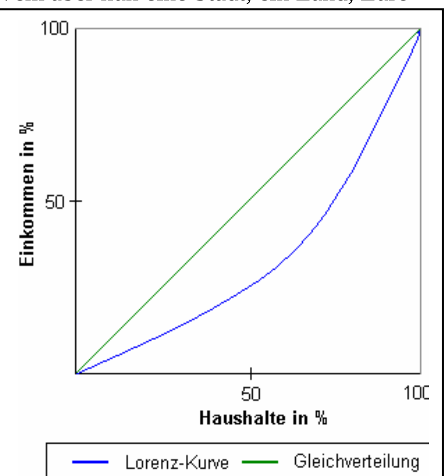
Was ich hier vortrage, ist experimentell - es ist der Versuch, eine Argumentationskette zu entwickeln, die innerhalb der Linken in Deutschland, im Gegensatz etwa zu den USA, noch unterentwickelt ist. Auch ist hier ‚grassroots research', ‚Forschung von unten nach oben', gefragt.

Transnationale Konzerne

Beginnen wir mit dem ersten Stichwort. Für den Soziologen[1] sind transnationale Konzerne Schaltzentralen, welche die entscheidenden Prozesse der Globalisierung kontrollieren. Ihre Lenker selbst sprechen von ‚global corporate statesmanship', von globaler Konzern-Staatskunst - und sie meinen es. Sie haben, im Gegensatz zu vielen Regierungen, auch die technischen Möglichkeiten zur Ausübung dieser Kunst. Das gilt noch mehr für Großbanken und die großen Investmentfirmen. Denn der Stellenwert der Finanzmärkte für Struktur und Entwicklung des Kapitalismus hat sich enorm erhöht (vgl. Huffschmid). Es gibt einen nie dagewesenen Überfluss an liquiden Mitteln. So stehen in diesem neuen Kapitalismus statt Unternehmensinvestitionen reine Finanztransaktionen und riesige spekulative Raubzüge im Vordergrund. „Wir verwalten Milliarden von Dollar", sagt der Chef einer großen New Yorker Investmentfirma, „und wissen ganz genau, wo jeder einzelne Cent im Augenblick steckt. Wir verlassen uns nicht mehr auf irgendwelche Berichte, wir können es jetzt mit eigenen Augen sehen, und zwar in Echtzeit."[2] Die Antwort auf die Frage danach, wem die Welt gehört, steckt auch in diesen technischen Kontrollmöglichkeiten.

Aber was heißt eigentlich ‚gehören'? So lange wir nur die Frage stellen, wem eine bestimmte Immobilie, ein Handwerksbetrieb, ein Gemälde usw. gehören, erlaubt das bürgerliche Eigentumsrecht ziemlich präzise Antworten. Fragen wir aber, wem ein Konzern, eine Bank, die Deutsche Bahn AG, der Hamburger Hafen usw. gehören, so wird die Feststellung der Eigentumsverhältnisse schon schwieriger. Schließlich stößt man auf mächtige private Anteilseigner und damit erstens auf die Konzentration von riesigen, aus vielen unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen gefilterten Geldvermögen in den Händen einiger weniger Personen und Familien; und zweitens auf die Verschiebung öffentlichen Eigentums (des Staates, der Kommunen) und gesellschaftlichen Eigentums (Wasser, Natur usw.) durch Privatisierung in eben diese Sphäre privaten shareholder-Eigentums.

Wem aber nun eine Stadt, ein Land, Europa oder gar ‚die ganze Welt' gehören - eine solche Frage ist seit dem Feudalismus nicht mehr gestellt worden.



Ordnet man die Haushalte aufsteigend nach der Höhe ihres Einkommens, lässt sich mit Hilfe der Lorenz-Kurve, ablesen, wie viel Prozent der Haushalte wie viel Prozent der Einkommen beziehen. Durch Globalisierung und neoliberale Politik verschärft sich die Ungleichheit der Verteilung. Der Abstand zur Gleichverteilungslinie nimmt zu.

Handelt es sich vielleicht gar nicht um die Frage des Gehörens, sondern um die usurpatorische Aneignung durch Enteignung - wie einst im Feudalismus? In Europa sind in den fünfzehn Jahren nach Abschluss des Maastrichter EU-Vertrags die national-staatlichen, eigentumsrechtlichen und verteilungspolitischen Strukturen zutiefst verändert worden. Für die neuen Herrschafts- und Verfügungsstrukturen sind demokratische Entscheidungsprozesse zum Teil nur noch Garnierung. Unter dem Schleier der neoliberalen Deregulierungsideologie erleben wir einen Zusammenbruch der Steuerungsinstanzen des bürgerlich-kapitalistischen Welt.[3] Noch vorhandene Positionsvorteile, Klassenprivilegien usw. werden zur immer rücksichtsloseren Akkumulation von Geld, bis hin zu systemischer Korruption, eingesetzt. Das ist ein neuartiges Regime.

Dieses neue Regime können wir hier an der Ostseeküste mit Händen greifen. Der Mauerzaun ist ja nicht nur symbolisch, er ist handfest da. Er teilt unsere Gesellschaft in Klassen ein, in die da drinnen und die hier draußen. Diese scheinbar unüberwindlichen Absperrungen gibt es auch an vielen anderen Orten unserer ‚Industrie'-Gesellschaften. Versucht doch mal, in einen der Wohnwolkenkratzer um den Central Park in New York hinein zu kommen, in eine ‚gated community', in den Yachthafen von Valencia, in bestimmte Clubs, aber auch - in den USA, bald auch bei uns - auf den Campus von Spitzenuniversitäten. Überall hinter solchen Mauerzäunen trifft man auf eine Gruppe, die sogar eine Studie des strategischen Militärinstituts des britischen Verteidigungsministeriums als die ‚schamlosen Superreichen' bezeichnet hat. Davon gleich mehr.

Hier an diesem Mauerzaun zeigt sich konkret die traurige Tatsache, dass auch die politische Elite sich abschirmt und an die Exklusivität der Superreichen anpasst.

Unter dem Titel ‚Future Strategic Context' warnt das eben erwähnte strategische Militärinstitut des britischen Verteidigungsministeriums davor, dass sich in dreißig Jahren, im Jahre 2037, mehr als 60 Prozent der Menschen weltweit in verslumten, ghettoisierten Städten zusammendrängen werden. Diese Zusammenballung von Not, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit stelle einen gewaltigen sozialen Sprengsatz dar. Die fortschreitende internationale Integration bringe Kriege zwischen Staaten praktisch zum Erliegen. An deren Stelle träten Konflikte innerhalb der Gesellschaften - Bürger-, Sippen- und Klassenkriege. In dieser Situation, fahren die britischen Militärstrategen fort, könnten „die Mittelklassen eine revolutionäre Klasse werden, und jene Rolle übernehmen, die Marx für das Proletariat vorgesehen hatte". Aufgerieben zwischen „wachsender sozialer Verelendung einerseits und dem schamlosen Leben der Superreichen andererseits" könnten sich die „Leistungs- und Wissenseliten, die früher einmal Bildungsbürger und Facharbeiter genannt wurden", zu einem schlagkräftigen Interessenverbund zusammentun

und gegen den Kapitalismus der Superreichen kämpfen.[4]

So weit ist es noch nicht, aber wir sind schon dabei ... Und dieser G8-Gipfel ist eine Veranstaltung, die diese Prozesse beschleunigen, nicht verhindern wird. Die Superreichen sind auf diesem Gipfel nur unsichtbar vorhanden, als eine Interessen- und Geldmacht im Hintergrund. Auf diesem Gipfel und überall sonst in der Medienöffentlichkeit bewegt sich sichtbar nur ihre Dienstklasse, die Dienstklasse des Geld-Macht-Komplexes ... Was ist das, der ‚Geld-Macht-Komplex'?

Geld-Macht Komplex

Eine der schönsten und klügsten Analysen der hegemonialen Funktionen des geldheckenden Finanzsystems stammt von dem linken New Yorker Wall Street Broker - das gibt es! - Doug Henwood. Er bezieht sich zwar auf die USA, meint aber die ganze Welt. Einerseits, so Henwood, erfüllt das U.S. Finanzsystem seine angebliche Aufgabe, die Ersparnisse der Gesellschaft in Richtung der besten Investitionen zu lenken, nur höchst kümmerlich. Das System ist wahnsinnig teuer, gibt falsche Signale zur Lenkung der Kapitalströme und hat kaum etwas mit wirklicher Investitionstätigkeit zu tun. Auf der anderen Seite aber macht der Finanzmarkt eines sehr gut: er bewirkt die Konzentration von Reichtum. Der Mechanismus ist einfach: mithilfe staatlicher Verschuldung werden Einkommen von unten, von den einfachen Steuerzahlern, nach oben, zu den reichen Inhabern von Wertpapieren, verschoben. Statt die Reichen zu besteuern, borgt die Regierung von ihnen, und bezahlt für dieses Privileg auch noch Zinsen. Auch die Konsumentenkredite bereichern die Reichen; wer bei stagnierenden Löhnen und Gehältern seine VISA-Karte benutzt, um über die Runden zu kommen, füllt mit jeder Monatsrate auf sein Kreditkonto die Brieftaschen der Gläubiger im Hintergrund. Unternehmen des produktiven Sektors zahlen ihren Aktionären Milliarden an jährlichen Dividenden, statt ins Geschäft zu investieren. Kein Wunder also, dass der Reichtum sich auf spektakuläre Weise immer mehr ganz oben zusammenballt.

"Lässt man einmal", schreibt Henwood, „die Frage beiseite, wo sie ihren Hauptwohnsitz haben (Bahamas, Cayman Islands, Europa), verfügt das reichste halbe Prozent der U.S. Bevölkerung über einen größeren Anteil am nationalen Reichtum als die unteren 90 Prozent, und die reichsten 10 Prozent verfügen über dreiviertel des gesamten Reichtums. Und mit diesem Reichtum geht außerordentliche soziale Macht einher - die Macht, Politiker, Publizisten und Professoren einzukaufen, die Macht, die Politik des Gemeinwesens ebenso wie die Politik der Konzerne zu diktieren."[5]

In dieser Umgebung zunehmender Liquiditätsüberschüsse, in dieser Welt frei verfügbarer ungeheurer Geldmengen, die nach Verwertung drängen, wirkt die Dienstleistungsbranche der Finanzinvestoren. Investmentfirmen übernehmen für die großen Geld- und Vermögensbesitzer die Verwertung ihres Kapitals. Das geschieht durch Realinvestitionen, immer mehr aber auch durch Finanzspekulationen, Kauf von Unternehmen, Zusammenschlüsse (merger), Zugriff bei Privatisierungen usw. „Die Finanzinvestoren stehen als private Unternehmen miteinander in Konkurrenz, und das Hauptinstrument, um sich gegen die Konkurrenten durchzusetzen, ist das Versprechen schneller und hoher Renditen ... Um diese zu erzielen, müssen sie sich auf immer riskantere Finanzanlagen einlassen (Finanzspekulation), immer stärkeren Druck auf die Unternehmen ausüben, (shareholder value Orientierung) und Regierungen zur Herstellung günstiger Anlagebedingungen erpressen."[6]

Institutionelle Anleger

Die größte Gruppe der Finanzinvestoren sind die Institutionellen Investoren. Sie wurden schon in den 80er Jahren groß: Pensionsfonds, Versicherungen und Investmentfonds. Sie verwalten heute jeweils rund 20 Billionen $, zusammen also etwa 60 Billionen - 60 Tsd. Milliarden - Dollar. Doch angesichts der weltweit vagabundierenden riesigen Anlagevermögen wird es immer schwieriger, mit diesen traditionellen Verwertungsinstrumenten attraktive Renditen zu erzielen. So sind ‚alternative Investmentformen' entstanden. Sie beginnen das Feld zu beherrschen: 1) die Private Equity Branche, die sich darauf spezialisiert, nicht an der Börse notierte Unternehmen zu kaufen, radikal umzustrukturieren und nach wenigen Jahren mit erheblichen Gewinnen zu verkaufen; 2) die Hedge Fonds Branche, die durch riskante Spekulationen und/oder Aktionärs-Aktivismus schnelle und hohe Barzuflüsse organisiert und an die Geldbesitzer ausschüttet.[7]

Im Kern läuft das alles darauf hinaus, das Volkseinkommen von den Gehältern und Löhnen zu den Gewinnen umzuverteilen (Huffschmid). Der staatlich regulierte stakeholder-Kapitalismus der Vergangenheit, wo alle an der Wirtschaft Beteiligten ein gewisses Mitbestimmungsrecht hatten, ist durch ein neues Modell konzerngesteuerter Zielsetzungen und Verantwortungen ersetzt worden. In diesem Modell geht es nicht mehr um das Wohlergehen der Beschäftigten und die Wohlfahrt der Kommunen, sondern darum, für die shareholder - und zwar für die großen, nicht für die kleinen Anteilseigner - kurzfristig den Wert der Aktien und die Dividendenauszahlungen zu steigern. „Die praktischen Folgen", schreibt der linksliberale amerikanische Leitartikler William Pfaff, „sind ein stetiger Druck, die Löhne und sonstigen Ansprüche der Beschäftigten zu kürzen (was in manchen Fällen zum Diebstahl der Pensionen und zu anderen Verbrechen führt) sowie politische Propaganda und Lobbyismus zugunsten der Senkung von Unternehmenssteuern, mit denen staatliche und öffentliche Aufgaben finanziert werden könnten." [8] Dieses System, diese Interessen werden hier in Heiligendamm durch beflissene Darsteller der Macht vertreten.

Wer sind die Reichen?

Wer aber sind nun konkret die hinter diesem Geld-Macht-Komplex stehenden Reichen und Superreichen, deren Taschen durch jene Gewinnoperationen gefüllt werden? Es ist eine bunte Gesellschaft, an deren Spitze wir - beispielsweise in Europa - folgende Gruppen unterscheiden können:
1) den über Generationen vererbten, dynastischen Reichtum - die alten reichen Familien;
2) den teilweise immer noch potenten Adel;
3) den mittels technischer, finanzieller und konsumstrategischer Innovationen zusammengerafften Neureichtum - Discounter-Könige, Software-Erfinder, Spekulanten;
4) die durch korrupte Privatisierungspraktiken hochgekommenen Oligarchen - in Russland, aber inzwischen auch in anderen osteuropäischen Ländern;
5) Mafia-Milliardäre - wie Silvio Berlusconi. Darunter gibt es eine breite Basis der - wie Doug Henwood sie nennt - ‚Klasse der Reichen'.

Nach dem Weltreichtumsbericht 2006 von Merrill Lynch stieg im Jahre 2005 das Gesamtvermögen der sogenannten High Net Worth Individuals (HNWIs) auf 33 Billionen - also 33 tausend Milliarden Dollar. Im Jahre 2010 werden es 44 Billionen Dollar sein. HNWIs sind Personen mit einem jeweils frei verfügbaren Netto-Geldvermögen von mindestens 1 Million Dollar. Im Jahr 2005 betrug die Zahl solcher HNWIs 8,7 Millionen Personen weltweit. Aber es gibt ja auch noch die Ultra High Net Worth Individuals (UHWNIs), die über Netto-Geldvermögen von mehr als 30 Millionen Dollar verfügen. Von ihnen gab es in der gleichen Zeit 85 400 Personen weltweit.[9] Und die Zahl der europäischen Ultra-HNWIs - wie gesagt, mit einem frei verfügbaren Geldvermögen von mehr als 30 Mill. Dollar - betrug etwa 17 000 Personen. Wie diese Personen zusammenwirken, ist weitgehend unerforscht. Aber dass

sie zusammenwirken, sich vernetzen, ist sicher!

Wie das ‚soziologisch' vor sich geht, hat Ferdinand Lundberg, bezogen auf die USA, schon vor vierzig Jahren beschrieben: Zunächst einmal verfügt der Superreichtum „über eine oder mehrere Großbanken. Ferner übt er einen absoluten oder zumindest doch beherrschenden Einfluß auf einen, zwei, drei oder mehr große Industriekonzerne aus. Ferner kontrolliert die jeweilige Familie eine oder auch mehrere von ihr errichtete Stiftungen. Zu ihren Vermögenswerten gehören einerseits handfeste Aktienpakete ... Zum anderen aber sollen sie gesellschaftspolitischen Einfluß auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens ermöglichen und eine Vielzahl ideeller Ziele fördern. Diese steinreichen Familien haben außerdem eine oder mehrere Universitäten oder Technische Hochschulen gegründet - zumindest unterstützen sie solche Institute in großem Ausmaß. Darüber hinaus treten sie als politische Geldgeber auf - [damals] meistens zum Nutzen der Republikanischen Partei ... Diese Familien haben große Vermögenswerte im Ausland angelegt, so daß sie an der Außen- und der Verteidigungspolitik der Regierung ... besonders stark interessiert sind. Zugleich üben sie direkten Einfluß auf die Massenmedien aus, da ihre Konzerne den Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehstationen riesige Beiträge für die Werbung zahlen."[10]

Auf der Sunday Times-Liste der hundert reichsten Europäer des Jahres 2006 - an der Spitze der 17 000 europäischen UHNWIs - finden sich auf den ersten zehn Plätzen die folgenden Personen und Familien:
1) Die Gebrüder Karl und Theo Albrecht (Aldi, Deutschland) mit einem Vermögen von 27 Milliarden Euro,
2) Ingvar Kamprad (Ikea, Schweden) mit 23,5 Mrd. Euro,
3) Lakshmi Mittal (Stahl, Großbritannien) mit 21,9 Mrd. Euro,
4) Bernard Arnault (Luxusgüter, Frankreich) 18 Mrd. Euro,
5) Johanna Quandt und Familie (BMW, Deutschland) 17,5 Mrd. Euro,
6) Roman Abramowitsch (Öl, Russland/Großbritannien) 15,8 Mrd. Euro,
7) Liliane Bettencourt (Kosmetika, Frankreich) 13,4 Mrd. Euro,
8) Amancio Ortega (Mode, Spanien) 12,5 Mrd. Euro,
9) die Familie Herz (Kaffee, Deutschland) 10,9 Mrd. Euro,
10) die Familie Brenninkmeyer (Einzelhandel, Niederlande) 10,4 Mrd. Euro.

Unter den reichsten hundert Europäern sind mindestens zwanzig russische ‚Oligarchen'. Bei ihnen und Milliardären wie Silvio Berlusconi (Rang 16, 9,3 Mrd. Euro) sind Verbindungen zum organisierten Verbrechen hochwahrscheinlich. Außer dem Duke of Westminster (Rang 14, 9,7 Mrd. Euro) und dem Prinzen Hans-Adam von Liechtenstein (Rang 58, 4,6 Mrd. Euro) finden sich kaum Aristokraten auf der hunderter Liste. Das liegt daran, dass gerade alte, gewachsene Vermögen sozusagen in den Kellern der Geschichte verborgen werden können.[11] Auch insgesamt ist über viele der aufgezählten Personen und Familien - und das wird noch evidenter, wenn man die nächsten drei- oder vierhundert oder auch tausend hinzunimmt - viel zu wenig bekannt. Sie sind fast unsichtbar, weil das so gewollt wird.

Andererseits ist zu beobachten, dass die Vermögenden selbst verstärkt und offensiv an ihrem öffentlichen Image zu basteln beginnen. Schon taucht der eine oder andere Apologet der Vermögenden in den Talkshows auf.

Ein gerade erschienenes Buch des Soziologen Thomas Druyen, bis vor kurzem ein Direktor in der Privatbank des Fürstenhauses von Liechtenstein, dürfte hier einen Meilenstein setzen. Es trägt den Titel Goldkinder. Die Welt des Vermögens.[12] Druyen wird deutlich. In Vorankündigungen hieß es, der Autor wolle einen ‚Blick in die Seele der Milliardäre' werfen und ‚garantiert nicht das Geld der Superreichen zählen'. Druyen, der inzwischen Professor für ‚vergleichende Vermögenskultur' an der Sigmund-Freud-Privatuniversität in Wien ist, träumt von einer ‚neuen Vermögenskultur', die aus dem ‚Kern der Persönlichkeit der Superreichen' erwachsen soll. „Der wirklich Vermögende gibt sich durch sein philanthropisches Handeln zu erkennen."[13] In einem ganzseitigen Artikel in der ‚Zeit' verkündet dieser ‚Vermesser des Reichtums': „Auch wohlhabende Zeitgenossen werden in ihren Villen von den gleichen Ängsten, Sehnsüchten und Hoffnungen begleitet wie die Menschen in den Mietwohnungen der Vororte ... Die einen unterliegen dem Zwang des Broterwerbs, die anderen der immerwährenden Frage nach dem Lebenssinn." [14] (Das Kuriose ist, dass ich Thomas Druyen einst promoviert habe.)

Um so wichtiger ist es, dass wir damit beginnen, das Geld der Superreichen zu zählen - und nicht ihre Seele ergründen. Das mag an der Sigmund-Freud-Privatuniversität in Wien geschehen. Die Öffentlichkeit ist durchaus an Zahlen interessiert. In dieser beginnenden und ganz unvermeidbaren Diskussion fallen denn auch Tabellen an, die, wie jüngst im Magazin Cicero, Auskunft über die wirklichen Großverdiener unserer Zeit geben. Ihnen gegenüber verblassen die sprichwörtlichen zwei, drei, sieben, acht Millionen Jahreseinkommen unserer Spitzenmanager durchaus. So konnte in Deutschland die Großfamilie Haniel (Handel) allein im Jahre 2005 eine Dividende von 141 Millionen Euro einstreichen. Susanne Klatten (von der Familie Quandt, BMW) kam auf 127 Millionen, Stefan Quandt auf 70 Millionen, Johanna Quandt auf 67 Millionen. Die Familie Merckle (Baustoffe, Fahrzeuge) erzielte 2005 eine Dividende von 112 Millionen, die Familie Merck (Pharma, Chemie) 106 Millionen, die Familie Wacker (Chemie) 68 Millionen, die Großfamilie Siemens (Mischkonzern) 66 Millionen Euro.[15]

Und die Spirale dreht sich weiter. Allein im Jahr 2006 nahm der amerikanische Hedge-Fond Manager James Simons 1,7 Mrd.(!) Dollar mit nach Hause. Noch zwei andere seiner Kollegen waren über der 1 Mrd.-Grenze. Und 25 weitere Hedge-Fond Manager blieben über 240 Mill. Dollar Jahreseinkommen, ganz oben unter ihnen selbstverständlich George Soros. Demgegenüber wirkt der höchstbezahlte Chief Executive der Wall Street, Lloyd Blankfein von Goldman Sachs, mit 54,3 Mill. Dollar im Jahre 2006 fast bescheiden.

Angesichts solcher enormen auf Individuen und Gruppen zukommenden Geldflüsse interessiert selbstverständlich die Frage, wie dieses Kapital reinvestiert wird, und zwar nicht nur ‚ökonomisch', sondern eben auch ‚sozial' (nicht unbedingt im Sinne von wohltätig), kulturell (nicht unbedingt im Sinne von kulturvoll) und politisch (nicht unbedingt im Sinne von demokratisch).

Die Dienstklasse der Reichen

Und so sind wir wieder in Heiligendamm. Die Superreichen, welche die neoliberale Privatisierungsstrategie zu den neuen Herren der Welt macht, lassen hier ihre Politik machen. Nun gut. Spitzenpolitiker wie der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin haben ein Jahreseinkommen von allenfalls 200 000 Euro, Spitzen-Chefredakteure wie Stefan Aust oder ein ordentlicher Bankdirektor kommen schon auf 400 000 Euro, Dieter Zetsche von Daimler verdient 6,5 Mill. Euro, doch schon die Familie Quandt heimst , wie gesagt, insgesamt 300 Mill. im Jahr ein - und ein amerikanischer Hedge-Fond Manager kam 2006, wie wir hörten, auf 1,7 Mrd. Dollar ...

Niemand kann behaupten, dass solche enormen Geldmittel noch in den Luxuskonsum fließen können. Sie werden in politische, kulturelle und soziale Macht umgewandelt. Geld regiert die Welt, und damit regieren die Geldreichen, die Geldmächtigen. Schaut euch den beginnenden amerikanischen Wahlkampf an.

In Heiligendamm aber trifft sich also eine politische Elite, die weitgehend zur Dienstklasse des Geldadels geworden ist. Man erkennt sie daran, dass sie alle mal gern übers Wochenende auf der Yacht eines Milliardärs verschwinden. Man weiß das nicht nur von Sarkozy, von EU-Kommissionspräsident Barroso, von Putin, Blair und Bush - auch Angela Merkel trifft sich gern mit zwei Milliardärinnen, die aus dem Stande der Lieblingssekretärin des Chefs in diese Höhen des Ultra-Nettowerts aufgestiegen sind: Liz Mohn und Heide Springer - beide Repräsentantinnen geldgetriebener Medien- und Kulturmacht. (Andererseits kann ich mir Angela Merkel, als einzige Politikerin der Großen Koalition, in ihrem 77. Lebensjahr, wie Heiner Geißler, durchaus bei Attac vorstellen.)

Refeudalisierung

Wie dem auch sei. Die Superreichen haben seit den Fünfziger Jahren in den USA und nun auch weltweit gelernt, wie sie in einer immer komplexeren Welt der Massenmedien, des Aktieneigentums, der Werbung, des Massenkonsums sowie eines zeitweise robusten Selbstbewusstseins der Mittelschichten ihren Einfluss bewahren und mehren können. Sie schufen sich immer neue Instrumente, Institutionen, Think Tanks, Stiftungen, informelle Kreise zur Befriedigung ihrer Aspirationen. Und sie hieven regelmäßig Domestiken des Geld-Macht-Komplexes wie beispielweise Horst Köhler, den früheren geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds, in höchste politische Ämter.

Das ist kapitalismusbasierte Refeudalisierung auf hohem finanztechnischem Niveau.

Der moderne Kapitalismus ist in seiner Grundtendenz antidemokratisch, schreibt Richard Sennett. In modern organisierten Unternehmen wird die Macht von einer immer kleiner werdenden Zahl von Spitzenmanagern ausgeübt. Politische Macht wandert ab in die Finanzsphäre und in die Hände einer neuen Managerklasse, die sehr genau weiß, wie man sich in zumeist informellen Netzwerken organisiert. „Diese Netze", so Sennett, „geben Managern heute die Freiheit, Dinge zu tun, die innerhalb der offiziellen Strukturen eines Unternehmens völlig unmöglich wären. Macht entzieht sich in dieser Weise ganz einfach der Wahrnehmung und wird unsichtbar. Die Bürger haben in der politischen Sphäre keinen Platz mehr."[16]

Zugespitzt formuliert: Die herkömmlichen politischen Systeme als solche werden immer bedeutungsloser. Der Geldadel verselbständigt sich, er beginnt im wahrsten Sinne des Wortes auf eigene Faust zu operieren. Er beschäftigt Privatpolizeien und Söldnerheere. Weitestgehend unkontrolliert[17] verschiebt und akkumuliert diese Schicht riesige Geldmengen und verwandelt sie in Macht. Dies alles geschieht unter der Fahne der Liberalisierung und Deregulierung.[18]

Klimawandel und Ressourcenprobleme deuten auf ein kommendes globales Szenario nackter Überlebenskämpfe. Für eine solche Rette-sich-wer-kann-Welt glauben sich die souveränen, wohlbewachten Eigner des Besten, was diese Welt zu bieten hat - wie einst die Feudalherren - gut gerüstet.

Dass das nicht gut gehen kann, ist klar. Klar ist aber auch, dass diese Schicht der Reichen und Superreichen sich - trotz interner, bis aufs Messer ausgetragener Konkurrenzkämpfe - genau unter einem solchen Selbstverständnis, unter einem solchen Klassenbewusstsein zu formieren beginnt. Hier entsteht eine neue herrschende Klasse. Und dieser Klasse stehen ‚große Koalitionen' von servilen Eliten, die ihre eigene Interessenherkunft vergessen haben, zu Diensten.

Uns (und ‚euch' und diesen und jenen anderen Schichten und Klassen und auch den kritischer werdenden übrigen politischen und Leistungs- und Wissenseliten) bleibt im Augenblick nur die Rückbesinnung auf die eigenen Interessen und Utopien. Die Klassenkonflikte des 21. Jahrhunderts werden von oben provoziert. Wir werden sie auf der Basis der eigenen geklärten Interessen bestehen müssen.

Vortrag auf der Veranstaltung beim Alternativ-Gipfel am Mittwoch, 6. Juni 07 im Mau Klub, Stadthafen Rostock, Moderation: Sabine Leidig

[1] Vgl. H.J.Krysmanski, Wem gehört die EU? in: Sarah Wagenknecht (Hg.), Armut und Reichtum heute, Berlin 2007

[2] Richard Sennett, ‚Das Diktat der Politmanager', Freitag 32, 12.8.2005, S. 3

[3] Vgl. Jürgen Roth, Der Deutschland-Clan, Frankfurt/M. 2006; Thomas Leif, Beraten und verkauft, München 2006; Albrecht Müller, Machtwahn, München 2006; Jean Ziegler, Das Imperium der Schande, München 2005

[4] ‚Militärprognose für 2037. Briten fürchten Strahlen, Chips und Neomarxismus', Spiegel Online, 10. April 2007, http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,476398,00.html

[5] Doug Henwood, Wallstreet. How It Works and for Whom, London u.a. 1997, p. 6

[6] Jörg Huffschmid, Thesen zum Workshop „Finanzmarktpolitik der EU: Freie Fahrt für Spekulanten?, Alternativer ECOFIN, 21.4.2007

[7] ebenda

[8] William Pfaff, ‘Capitalism under fire', International Herald Tribune, March 30, 2006

[9] Capgemini Consulting, Press Release, June 20, 2006, www.us.capgemini.com/worldwealthreport06/wwr_pressrelease.asp?ID=565

[10] F. Lundberg, Die Reichen und die Superreichen. Macht und Allmacht des Geldes, Hamburg 1969, S. 116

[11] Die britische Regierung ist gerade dabei, den Immobilienbesitz einiger der ältesten und verschwiegensten adligen Familien des Landes unter die Lupe zu nehmen. Angefangen beim Königshaus dürfte es da noch einige Überraschungen geben. Vgl. Robert Verkaik, ‚Who owns Britain? Biggest landowners agree to reveal scale of holdings', The Independent, 09 April 2007

[12] Murmann Verlag, Hamburg 2007

[13] Die Welt Online, 21.April 2007, http://www.welt.de/nrw/article825443/Blick_in_die_Seelen_der_Milliardaere.html

[14] Hans-Bruno Kammertöns, ‚Der Vermesser des Reichtums', Die Zeit, 4. April 2007, S.32

[15] Cicero, 7/2006

[16] Sennett, a.a.O.

[17] über Netzwerke wie die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) oder Clearstream - einer Clearingstelle für zum Teil kriminelle internationale Finanztransaktionen, vgl. Ernest Backes/Denis Robert, Das Schweigen des Geldes. Die Clearstream-Affäre, Zürich: Pendo-Verlag, 2003

[18] Z.B. Lissabon-Strategie der EU, vgl. Huffschmid a.a.O.

PD Dr. J. M. Becker

13 Zahlen, die man/frau gehört haben sollte…

**1) 6,3 Milliarden;
1,3 Milliarden;
1,1 Milliarden**

**2) 15 % versus 75 %;
85 % versus 25 %**

3) 1.000 Milliarden; 500, bzw. 160 Milliarden € versus 175 Milliarden €

**4) 52 Milliarden € versus 200 Milliarden €;
30 : 1 74 : 1**

5) 30 Milliarden €

**6) 2.000 Milliarden €;
320 Milliarden €;
60 Milliarden €**

**7) 800 Millionen;
0,3 %; 2 %**

**8) 40.000;
25.000;
25.000**

**9) 4,5 % versus 25 %;
7,5 % versus 16 %**

10) 8 Millionen

11) 10 +10 + 20 %

**12) 1.300 Milliarden,
40 und 100 Milliarden €**

13) Minus 1 Prozent

1. Die Erde hat derzeit **6,3 Milliarden Bewohner**.
Von diesen lebt mehr als ein Drittel in zwei Ländern, in einer Art Subkontinent: in der **VR China (1,3 Mrd.)** und in **Indien (1,1 Mrd.).** Diese beiden Länder verzeichnen im vergangenen Jahrzehnt exorbitante Wachstumsraten (im Durchschnitt 9 bzw. 8 Prozent/Jahr), beginnen ihre Aufholjagd im kapitalistischen Wettbewerb jedoch von einem sehr niedrigen Level.
* In der VR China erzeugten 2005 19 Prozent der Erdbevölkerung mit ca. 2.300 Mrd. € sieben Prozent der erdweiten Produktion;
* Bei einem Anteil von 17 Prozent an der Erdbevölkerung trägt Indien mit 600 Mrd. € rund zwei Prozent zur erdweiten Produktion bei.
(Zum Vergleich: Deutschland erwirtschaftet mit seinen 82 Millionen Menschen (1,3 % der Erdbevölkerung) etwa 2.300 Mrd. €.)

2. Die **drei ökonomischen Kraftzentren** der Erde sind
- die **EU** mit 450 Millionen Einwohnern,
- die **USA** mit 290 Millionen Einwohnern und
- **Japan (+ „Tigerstaaten")** mit 125 + 125 Millionen = 250 Millionen;

Sie machen etwa **15 Prozent der Erdbevölkerung** aus, verfügen dabei über ca. **75 Prozent des Reichtums** der Erde. Was für die 85 Prozent der Übrigen bedeutet, dass sie über 25 Prozent verfügen.

3. Auf der Erde werden derzeit jährlich ca. **1.000 Mrd. € für Rüstung** ausgegeben (ca. 1.200 Mrd. US-$). Hiervon entfallen 42 Prozent auf die USA der Regierung Bush jun., die EU der 25 bestreitet 20 Prozent der erdweiten Aufwendungen.
Für die Deckung der sozialen Grunddienste (bspw. Grundbildung, Gesundheitsdienst, Wasserversorgung) aller Menschen veranschlagt die UNO etwa **175 Mrd. €.**
Zwischen 80 und 90 Prozent aller Kriege finden ihre Ursache in erster Linie in der ungleichen Verteilung des Reichtums der Erde. Nicht in religiösen oder ethnischen Ursachen.

4. Die reichen Staaten der Erde brachten in 2005 etwa **52 Mrd. € (65 Mrd. US-$) für Entwicklungshilfe** auf (In einigen Statistiken findet sich die Zahl von 100 Mrd. $ - hier wurde dann der Schuldenerlass (s.u.) mit eingerechnet…).
Etwa 80 Prozent dieser Gelder floss direkt in Unternehmen aus diesen wohlhabenden Staaten.
Und: Gleichzeitig wurden von den reichen Industriestaaten **ca. 200 Mrd. € für Abschottungsmaßnahmen** gegen die Produkte der sog. „3. Welt" aufgewandt. Die Kluft zwischen den Einkommen im reichsten Fünftel der Erde zu denen im ärmsten Fünftel der Erde ging von 1960 **30 : 1** auf 1999 **74 : 1** auf und dürfte heute bei einem Verhältnis von 80 : 1 liegen.

5. Die **EU** der 25 hat einen Haushalt von etwa 120 Mrd. €. Hiervon wird etwa die Hälfte für den Agrarsektor ausgegeben, wovon wiederum etwa die Hälfte, also **30 Mrd. €, für Stützungs-, bzw. Abschottungsmaßnahmen** verwendet wird. So werden die Baumwollproduzenten in Spanien und Griechenland mit fast einer Mrd. € im Jahr subventioniert, während die westafrikanischen Staaten mit ihrer Baumwolle nicht auf den europäischen Markt kommen; so wird der weiße (Rübenzucker-)Zucker mit über einer Milliarde € unterstützt, um den braunen Zucker der Entwicklungsländer von unseren Märkten fernzuhalten. usw. usf. …

6. Die ca. 150 (von 198 Staaten erdweit) Entwicklungsländer sind bei den (sogenannten) „entwickelten" Ländern mit ca. **2.000 Mrd. € verschuldet**. Was dazu führt, dass sie jährlich etwa **320 Mrd. € an Schuldendienst** leisten, d.h. bei einer Sechs-Tage-Woche 1 Mrd. €/Tag. Die seit einigen Jahren laufende „Entschuldungskampagne" hat bislang zum **Erlass von etwa 60 Mrd. € Schulden** geführt. Die krassen Unterschiede in der ökonomischen

Situation hat in den Vereinten Nationen zur Definition einer neuen Kategorie von Staaten geführt: der der am wenigsten entwickelten Staaten (LDC = Least Developed Countries, oder auch HIPC = Heavily Endebted Poor Countries). Dieser Gruppe, deren Mitglieder den Anschluss an die erdwirtschaftlichen Kreisläufe zu verlieren drohen, umfasst derzeit 50 Staaten; das Gros dieser LDC liegt in Afrika.

7. In **Afrika**, einem Zentrum der Unterentwicklung, leben mit **800 Millionen Menschen** ca. 13 Prozent der Erdbevölkerung. Diese verfügen jedoch bspw. nur **über 0,3 Prozent der Internet-Anschlüsse,** der **Anteil Afrikas am Welthandel liegt unter 2 Prozent.** Wobei: „Afrika" gibt es nicht als einheitliches Gebilde. So sind einerseits die nordafrikanischen Staaten - gemessen mit unseren Maßstäben - recht hoch entwickelt; die Republik Südafrika andererseits erwirtschaftet vor allem mit seinen Bodenschätzen ein BIP, das höher ist als das aller verbleibenden schwarzafrikanischen Staaten zusammen. Und auch in der RSA wiederum ist der Reichtum extrem ungleich verteilt: Die großen und die mittelständischen Betriebe sind in der Regel in weißer Hand.

8. Den schlimmsten Zahlen der UNO zu Folge **sterben täglich 40.000 Kinder und 25.000 Erwachsene an den Folgen von Unterernährung**, weitere 25.000 Menschen verlieren täglich ihr Augenlicht, weil ihnen kein reines Trinkwasser zur Verfügung steht.

9. Die 290 Millionen US-BürgerInnen verbrauchen mit ihren 4,5 Prozent der Erdbevölkerung etwa 25 Prozent der Energie. Die EU-25-Staaten (7,5 % der Erdbevölkerung) auch 16 Prozent. Zählt man die übrigen Entwicklungszentren der Erde hinzu („Japan +"), dürften die o.a. **15 Prozent der Erdbevölkerung über die Hälfte der Energie verbrauchen**. Was für die 85 verbleibenden Prozent die allfälligen Konsequenzen hat.

10. In der **Bundesrepublik Deutschland**, dem Land des „Exportweltmeisterns", d.h. dem Land, in dem mit seinen 82 Millionen Menschen die Differenz zwischen Importen und Exporten (auch im Vergleich mit den USA der 290 Mio. oder Japan mit seinen 125 Mio.) am höchsten ist, sind **acht Millionen Menschen ohne Erwerb.** Das Problem der Massenarbeitslosigkeit wird, trotz aller Lippenbekenntnisse, vernachlässigt.

* Arbeitslose zahlen nichts in die Sozialkassen.
* Arbeitslose werden aus den Sozialkassen alimentiert.
* Arbeitslose zahlen keine Lohn- und Einkommenssteuern.
* Arbeitslose haben eine enorm verminderte Kaufkraft.
* Arbeitslose werden häufiger krank, physisch wie psychisch.
* Arbeitslose produzieren nichts (wenn doch, liegt Schwarzarbeit nahe).

11. Die Jugendarbeitslosigkeit im Land des „Exportweltmeisters" schreibt ein weiteres Kapitel. Etwa **zehn Prozent der deutschen Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss, weitere zehn Prozent gelten als „nicht ausbildbar". Wiederum 20 Prozent bekommen keine Ausbildungsstelle**, sie werden in einer Vielzahl von schulischen Einrichtungen „geparkt". Von dieser prekären Lage, die also ca. 40 Prozent der Jugendlichen in Deutschland betrifft, sind sozial Benachteiligte und Ausländer besonders betroffen.

12. Die **Bundesrepublik Deutschland** ist derzeit mit **1.300 Mrd. € verschuldet**. Was eine jährliche Zinslast für die drei Verschuldungsebenen (Bund, Länder, Gemeinden) von 65 Mrd. € bedeutet. Die **jährliche Neuverschuldung**, d.h. die Lücke zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Staates, liegt in der Mitte unseres Jahrzehnts bei ca. **40 Mrd. €.** Der Staat hingegen, so die alternativen WirtschaftswissenschaftlerInnen der „Memorandum"-Gruppe, lässt sich jährlich weit über 100 Mrd. € an ihm zustehenden Steuern entgehen.

13. Deutschlands Wirtschaft stagniert. Die einiger Partnerländer nicht. Die Deutschen sparen viel, weil sie kein Vertrauen in ihr Renten- und Pensionssystem mehr haben, weil sie des Weiteren um die Zukunft ihrer Kinder fürchten. Eine große Menge von Menschen, die acht Millionen (A. Merkel im Wahlkampf 2005) Erwerbslosen und ihre Angehörigen (!), die Masse der RentnerInnen, die StudentInnen u.a., hierzulande hat immer weniger Geld zur Verfügung. Vielleicht ist ein Blick auf die Entwicklung der **Reallöhne** (1995 – 2004) interessant, um unterschiedliche Logiken des Wirtschaftens deutlich zu machen: So stiegen die Reallöhne in Schweden und Großbritannien um 25 Prozent, in Irland um 19, Dänemark um 16, den Niederlanden um 12 und in Frankreich um 8 Prozent. Der Durchschnitt der EU der 15 lag bei 7,4 Prozent. **In Deutschland nahmen die Reallöhne in diesem Jahrzehnt um 1 Prozent ab**. In Deutschland hat der Staat überdies durch die große Welle der Privatisierungen das Großteil seiner wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben. Dies passiert seit nunmehr acht Jahren unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialdemokratie.

Quellen für diese Informationen:

- Atlas der Globalisierung; Hrsg. Le Monde Diplomatique (aktuelle Auflage 2006)
- Atlas der Weltverwicklungen, Hammer-Verlag Wuppertal 2001
- Die home-page der Memo-Gruppe: www.memo.uni-bremen.de
- Die home-page von VerDi: www.verdi.de
- Mein Skript: Wird das Land des „Exportweltmeisters" zum Armenhaus für Millionen? Überlegungen zum gesellschaftlichen Reichtum Deutschlands (wird auf Wunsch zugestellt)

http://staff-www.uni-marburg.de/~becker1
URL dieses Dokuments:
http://www.steinbergrecherche.com/20060903 dreizehn zahlen becker.doc

Wie weiter nach Heiligendamm?

Thomas Seibert

Zehn Thesen zur Heiligendamm-Mobilisierung

1.
Die Heiligendamm-Mobilisierung war die im Maß der Beteiligung wie im Maß der öffentlichen Beachtung seit Jahren bedeutsamste Mobilisierung der Zivilgesellschaft, der sozialen Bewegungen und der politischen Linken in Deutschland und für uns alle deshalb **rundweg ein Erfolg**. Punkt.

2.
Ein nicht minder großer Erfolg war die nur zwei Wochen später vollzogene formelle **Gründung der Partei DIE LINKE**. Nimmt man beides zusammen, kann gesagt werden, dass wir alle, also auch die, die kein Parteimitglied sind und das auch nicht werden wollen, einen **Doppelschlag** landen konnten. Wem ein Vergleich hilft: Ich denke, dass der Linken in Deutschland (im weitesten Sinn des Wortes) im Moment objektiv die Chancen gegeben sind, die den Linken in Italien „zwischen" Genua und Florenz gegeben waren. Um jetzt gleich Druck zu machen: in Italien wurde diese Chance verspielt, zerbrach die Euphorie von Florenz im machtpolitischen Elend, dem sich die Partito Rifondazione Comunista nicht zu entziehen wusste. Ähnliches kann uns, unter im Konkreten anders gestellten Bedingungen, auch passieren. Es ist also, komplementär zur Begeisterung, Vorsicht geboten...

3.
Wesentliches Moment dieses Erfolges ist der gar nicht hoch genug zu bewertende Umstand, dass die Linke in Deutschland endlich zu einer **generationenübergreifenden Linken** geworden ist. Anders als vor allem in den 1990er Jahren gibt es wieder eine jugendliche Linke, und zugleich ist diese Linke, anders als in der Epoche nach 1968, nicht einfach nur eine Jugendlinke. Damit ist, was wiederum gar nicht hoch genug bewertet werden kann, eine der vielleicht eher unscheinbaren, nichtsdestotrotz weitreichendsten Folgen des deutschen Faschismus und des westlichen Nachkriegsantikommunismus überwunden.

4.
Zurück zur Mobilisierung, von der festzuhalten ist, dass sie trotz der enormen Anstrengungen aller Beteiligten lange vor sich hindümpelte und erst nach der staatlichen Repressionswelle ansprang, d.h. erst im letzten Moment. Insofern kommt ihr – was wichtig ist – auch der Charakter eines Ereignisses zu, d.h. der Charakter von etwas, das nicht einfach auf ein strategisches Kalkül verrechnet werden kann: *Wir hatten schlicht auch Glück*. Selbstverständlich ist das nicht als Rechtfertigung der Repressionspolitik des Bundesinnenministeriums zu verstehen.

5.
Getragen wurde die Mobilisierung vom breitesteten **Nicht-Bündnis-Bündnis**, an das jedenfalls ich mich erinnern kann. Das Spektrum reichte von einzelnen FunktionärInnen der Grünen über VENRO, große und kleine NGOs, kirchlich-aktivistischen Zusammenhänge (Gerechtigkeit jetzt, Deine Stimme gegen Armut), die Funktionärslinke sowohl der IG Metall wie der LINKEN, verschiedenste Initiativen der gesellschaftlichen Linken, Friedens-, Umwelt- und Antifabewegung bis zur radikalen Linken (Interventionistische Linke, dissent!-Netzwerk, autonome Gruppen) und international(istisch)en TeilnehmerInnen.
a.) Es war ein Nicht-Bündnis, weil die Mobilisierungsarbeit hochgradig arbeitsteilig erfolgte, wobei im Grunde jedes „Modul" (Demo, Camps, Block-G8, Alternativgipfel, Konzerte) für sich selbst mobilisierte. Das organisatorische Dach war nicht eigentlich ein politisches, sondern eher ein Gremium der bloß pragmatischen Abstimmung. Es war aber auch deshalb ein Nicht-Bündnis, weil sich die großen NGOs und die Umweltverbände, von der finanziellen Unterstützung abgesehen, auf ihre vier Vorbereitungsveranstaltungen und ihr Konzert beschränkt und für die Mobilisierung und die Durchführung der Protestwochen ansonsten wenig getan haben. Ausnahmen waren da einerseits (wie immer) WEED und medico, andererseits – wichtig, weil neu und überhaupt - Greenpeace.
b.) Es war trotzdem ein Bündnis, weil der wie immer zu bestimmende Zusammenhang aller Beteiligten selbst über den Samstag hinweg gehalten hat und die diversen Module sich zuletzt ausdrücklich und öffentlich aufeinander bezogen haben: ich verweise nur auf die standing ovations, die den Blockaden auf der Abschlussveranstaltung des Alternativgipfels zuteil wurden.

6.
Aufgrund der Zurückhaltung der NGOs und des Umstands, dass Gewerkschaften wie LINKE nur durch ihre Funktionärslinke (ich meine das nicht abwertend!) vertreten waren, wurde attac quasi automatisch und ansonsten wie erwartet zum zentralen Akteur in der Mitte des ganzen Spektrums. Wirklich stimmig ist diese Feststellung aber nur, wenn zugleich vermerkt wird, dass attac sich diesen Platz mit der Interventionistischen Linken (IL) geteilt hat, deren Einsatz für das Zustandekommen des Nicht-Bündnis-Bündnisses, für die Mobilisierung, für die Durchführung der Protestwoche und für deren mediale Repräsentation von entscheidender Bedeutung war. Das aber heißt: anders als in der Zeit nach Genua ist attac nicht einmal mehr für die Medien der alleinige Vorzeigeakteur der globalisierungskritischen Bewegung bzw. der sozialen Bewegungen überhaupt. Diese Relativierung bezieht sich im Übrigen nicht nur auf die IL, sondern - trotz des oben stehenden Vorbehalts – auch auf DIE LINKE (dazu unten mehr) und, was letztlich noch wichtiger ist:...

7.
*...auf die **AktivistInnen** der Mobilisierung und vor Ort selbst, die aus den Reihen von attac und alle anderen. **Sie waren es**, die für die Dynamik und damit für den Erfolg der Protestwoche verantwortlich waren, und sie waren dies – was ein besonderes Zeichen der Reife und des Selbstbewusstseins ist – indem sie im wortwörtlichen Sinn* autonom *handelten und sich dabei zum Teil gegen Fehleinschätzungen ihre eigenen „RepräsentantInnen" durchsetzten. Es reicht, hier zwei Punkte zu nennen:*

a.) *überhaupt die Tatsache, dass nach dem Wochenende bis zu 20.000 Leute vor Ort blieben bzw. neu anreisten,*
b.) *der Umstand, dass der von einem Teil der eigenen Führung versuchte Ausstieg attacs aus den Blockaden von den attac-AktivistInnen des Camps Rostock selbst verhindert wurde. Da die Blockaden aber überhaupt das Modul des Protests war, das der ganzen Sache zum Durchbruch verhalf, heißt das gar nichts anderes, als dass die* ***selbstständige Eigentätigkeit der AktivistInnen*** *für den letztendlichen Erfolg verantwortlich war. Dies ist die wichtigste Lehre des ganzen Prozesses, wer sie nicht versteht, hat gar nichts verstanden!*

8.
Das Selbe gilt allerdings auch für die Krise der Protestwoche - den Samstag. Die Angriffe auf die beiden Verkehrspolizisten, die Zündeleien und Stein- und Flaschenwürfe auf dem Platz gingen von Leuten aus, die sich am Bündnis-Prozess nicht beteiligt hatten und außerhalb aller Verabredungen derjenigen handelten, die diesen Prozess trugen. Ich persönlich finde diesen Umstand – die offene **Missachtung des Gesamtprozesses**, mindestens aber die Ignoranz gegenüber diesem Prozess – schlimmer als die Gewalt als solche, die genau besehen gar nicht so massiv war wie die gezielte Desinformation durch Polizei und Medien sie erscheinen ließ. Hier müssen zwei Lehren gezogen werden:
a.) Militante Aktionen (unverantwortliche wie verantwortliche) sind offensichtlich ein bleibendes Begleitmoment globalisierungskritischer Proteste. Man mag dies bedauern, man kann bestimmte Formen dieser Militanz sogar zum Kotzen finden: es ist nun einmal so. Diese Feststellung ist kein Fatalismus, sondern Anerkennung des Bewegungscharakters sozialer Auseinandersetzungen selbst.
b.) Es wird, wieder eine Relativierung der eigenen Rolle, nur bedingt an attac hängen, hier Änderungen zu erreichen: attac ist nicht der Akteur, der mit dem für die Ereignisse auf dem Platz verantwortlichen „Milieu“ ins Gespräch kommen kann. Oder, genauer gesagt: attac wird mit diesem Teil der Bewegung nur dann ins Gespräch kommen können, wenn die Distanzierung von ihm (*zu der attac jedes Recht hat!*) nicht – wie bei einzelnen Sprechern geschehen - die Form eines de facto-Bündnisses mit der Polizei einnimmt. Muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass die brutalste und bei weitem massivere Gewalt im Vorfeld und vor Ort von der Polizei ausging?

Einschub: Prinzipielle Gewaltfreiheit ist nicht einmal innerhalb von attac Konsens. Jeder Versuch, der ganzen Bewegung prinzipielle Gewaltfreiheit aufzunötigen, ist zum Scheitern verurteilt. Gewalt muss deshalb von denen, die sie nicht wollen, nicht einfach hingenommen werden: doch wird die **Gewaltfrage** immer nur situativ und immer nur auf dem Wege solidarischer Verhandlungen zu lösen sein. Der nur relativen Bedeutung attacs in diesem Zusammenhang entspricht, dass anderen Teilen der Bewegung hier eine größere Verantwortung zukommt. Wenn attac auch nicht die Möglichkeit und darüber hinaus auch gar nicht das Recht hat, von allen prinzipielle Gewaltfreiheit einzufordern, so hat attac doch alles Recht, die Übernahme dieser Verantwortung offensiv einzufordern.

9.
Zurück zur LINKEN und damit zur Parteifrage. Nicht nur, dass die Linke in Deutschland jetzt wie anderswo eine generationenübergreifende ist, sie verfügt jetzt auch über eine (neo-)links-sozialistische Partei. Die Formierung solcher Parteien ist ein europa-, letztlich wohl ein weltweiter Prozess der letzten zehn Jahre, der aus dem historischen Verfall sowohl der klassisch-marxistisch-leninistischen, der klassisch-sozialdemokratischen und der (nie zur Form der Klassik entwickelten) grünen Parteien resultiert. Ich bin mir unsicher, ob die „**Formel von Porto Alegre“ – gleicher Abstand** der Zivilgesellschaft und der Bewegungen zu allen Parteien - angesichts dieser Entwicklung noch zu halten ist: ich persönlich habe als parteiloser Linker mit der LINKEN erheblich mehr Gemeinsamkeiten als mit bestimmten zivilgesellschaftlichen Organisationen, und ich habe selbstverständlich ein grundsätzlich anderes Verhältnis zur LINKEN als zu allen anderen Parteien.
Was die Mobilisierung angeht, so hat es aus Rücksicht auf bestimmte NGOs und den BUND einige Verwerfungen im Verhältnis zur LINKEN gegeben. So muss die Frage offen bleiben, ob die gesamte Mobilisierung stärker geworden wäre, hätte das Bündnis dieser Partei eine prominentere Rolle zugestanden. Ich denke, dass man sich hier etwas Neues einfallen lassen muss – selbstverständlich in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der LINKEN, und selbstverständlich in Anerkennung des Umstands, dass attac in sich selbst als breites, nicht nur Linke organisierendes Bündnis angelegt ist *und das auch bleiben soll*. Es bleibt der Umstand, dass sich im Erfolg der Mobilisierung und in der Gründung der LINKEN eine **Verschiebung des politischen Felds nach links** artikuliert, die attac strategisch zur Kenntnis nehmen muss.

Anmerkung: auch wenn die Medien ihren Teil zur Hysterisierung des Samstags beigetragen haben, so muss doch festgestellt werden, dass die Berichterstattung im Vorfeld sehr offen war und dass sich dann schon am Montag ein Umschwung vollzogen hat. Auch dies ist ein Ausdruck der Öffnung des politischen Feldes nach links, die sich übrigens auch in einer selbstbewussteren Positionierung liberaler Stimmen im Mainstream (Geissler, Baum) anzeigt.

10.
Bleibt die Frage, *wie* attac diese Linksverschiebung anerkennen kann. Mein Vorschlag ist, dass **attac am eigenen spezifischen Mandat *und* an der eigenen Geschichte prinzipiell festhält**. *Dem Mandat nach* ist attac eine spektrenübergreifende globalisierungskritische „Volksbildungsbewegung“ aktivistischen Zuschnitts. Dies muss ausgebaut werden, z. B. (ein Vorschlag) durch eine Ergänzung der Sommerakademie durch regionale und lokale „Akademien“ kleineren Formats, natürlich auch durch eine Intensivierung des globalisierungskritischen Kampagnenaktivismus: für Globale Soziale Rechte, für Globale Soziale und Ökologische Gerechtigkeit, für die Verteidigung bzw. den Ausbau Öffentlicher Güter und in diesem Zusammenhang immer noch für die Tobin-Steuer… *Historisch* war attac selbst ein wichtiger Moment in der Linksverschiebung des politischen Feldes in Deutschland. Wenn attac auch keine linke Organisation ist und werden wird, so bestimmt sich darin dennoch das besondere Verhältnis, das attac zur Linken (und zur LINKEN) einnehmen sollte, meiner Einschätzung nach. Dazu gehört, dass attac anerkennt, zwar eine wichtige, doch zugleich **nur eine**, obendrein in sich vielfältige Stimme im Konzert der anti-neoliberalen Opposition zu sein.

Ulrich Brand

Der G 8-Prozess als erfolgreiche politische Imagination

Zwischen Bilderproduktion, Rekonstruktion der Linken und radikaler Gesellschaftstransformation

Es ist gelungen. Die lange Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, die sich seit Frühjahr nochmals enorm intensivierte, trug die Anliegen der globalisierungskritischen Bewegung in eine breite Öffentlichkeit und sorgte für innerlinke Verständigungsprozesse. Seit 20 Jahren wurde nicht mehr in einer derartigen Breite kritisch über gesellschaftliche Entwicklungen und Verhältnisse informiert und diskutiert. „Heiligendamm“ ist ein Einschnitt in die Geschichte linker Kritik und Bewegungen in diesem Land; vielleicht sogar mit Auswirkungen auf Nachbarländer. Wie tief und nachhaltig dieser Einschnitt ist, das wird sich zeigen. Deutlich wurde aber: Es handelte sich ein Stück weit um jene Pluralität, die Bewegungen heute benötigen: Gegenseitige Bezugnahme aufeinander, gemeinsames Tun, aber auch Streit und markierte Differenzen; öffentliche Glaubwürdigkeit durch Argumente und scharfe Kritik. Hier fanden öffentliche und linke Lernprozesse statt, die vor einigen Jahren kaum für möglich gehalten wurden

Die Bewegungen sind, so scheint es, auch numerisch gewachsen, denn viele, vor allem junge Menschen haben sich hier erstmals politisch engagiert. Der Umgang mit den Parteien – insbesondere mit der Linkspartei – war entspannt und kooperativ. Insofern war der G8-Prozess in der Tat ein Kristallisationsmoment für eine breite Linke.

Zudem kann meines Erachtens im gesamten Prozess eine Politisierung nach links festgestellt werden. Überraschend war weniger die enorme mediale Präsenz von Attac, sondern die deutlichen antikapitalistischen Inhalte und die Bedeutung der Interventionistischen Linken (IL) im Vorbereitungsprozess und auch in der breiten Öffentlichkeit – und zwar nicht nur als Objekt der Razzien, sondern als inhaltlich profilierter Akteur. Ikonisches Beispiel ist aus meiner Sicht, dass das ZEIT-Dossier am 31. Mai „Alt-Sponti“ Thomas Seibert porträtierte. Die Delegitimierung der Proteste ist nicht gelungen. Wer nur auf den Samstag schielt (siehe unten), unterschlägt die Breite und Intensität des langen Prozesses.

Die Globalisierungskritik hat also einen tüchtigen Schritt nach links gemacht *und* ist vom Establishment mehr denn je aufgenommen worden. Nach Heiner Geißler wäre nun Herbert Grönemeyer der nächste Kandidat auf eine Promi-Mitgliedschaft bei Attac, was wichtig für eine Verbreiterung der inhaltlichen Anliegen wäre. Der Kampf gegen die staatliche und publizistische Meinungsmaschinerie war in der Gesamtbilanz nicht zu gewinnen, doch es ist kräftig gepunktet worden und das könnte wirklich in eine Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse münden. Das bedeutet ganz allgemein, dass es herrschenden Kräften und Institutionen weniger als bisher gelingt, ihre Projekte und Politiken durchzusetzen und nach und nach alternative Projekte entstehen. Denn das steht an und ist das Ziel und ob sich die Möglichkeiten dafür verbessert haben, muss sich noch zeigen.

Zur Woche an der Ostsee selbst. Auf dem „Gipfel“ der Regierungschefs wurde Symbolik wirkungsmächtig: Dass hier die Weltenlenker zusammen kamen, die fünf andere wichtige Regierungen einbanden (Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika) und einige afrikanische Präsidenten hinzuholten. „Sehr her, wir steuern nicht nur die Welt, sondern holen die aufstrebenden und am stärksten betroffenen Länder hinzu, um gemeinsam mit ihnen die Probleme zu lösen!“ Das war die *message* und die wurde auch transportiert. Die *Bild*-Zeitung erklärte die Bundeskanzlerin Merkel zur „Miss World“. Das war nicht zu vermeiden, denn die Inszenierung eines „erfolgreichen G8-Gipfels“ war zu gut geplant – inklusive krasser Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen im Vorfeld, damit es dann auch wirklich etwas zum Versöhnen gab - und die meisten Medien machten eben mit. Dennoch kam hinsichtlich der breiteren gesellschaftlichen Einschätzung durchaus „Unterstützung“ vom G8-Treffen selbst. Die unverbindlichen Ergebnisse wurden durchaus kritisiert und unterstrichen die politische Kritik der Protestierenden. Jean Zieglers Prognose bei der Eröffnungsveranstaltung des Alternativkongresses, dies werde der letzte G8-Gipfel sein, wird sich dennoch nicht bewahrheiten.

Neben der Demo, den drei thematischen Aktionstagen und vielen Einzelaktionen waren die Blockaden am Mittwoch und Donnerstag der Kern der Proteste in der Woche selbst. Sie waren wirkungsvoll durch die konkrete Behinderung und die produzierten Bilder. Etwa 13.000 Menschen nahmen an den Blockaden teil, die insgesamt hervorragend organisiert waren (die meisten im Rahmen der „Block-G8“-Initiative.). Allerdings mangelte es den Blockaden an inhaltlicher Ausstrahlung, die auch schwierig herzustellen war. Der mit fast 2.000 Teilnehmenden große, aber medial natürlich nicht so wichtige Alternativkongress war eine wichtige Ergänzung. Am stärksten inszeniert war das große Pop-Konzert am Ende des G8-Gipfels, um die „Stimme für Afrika“ zu erheben und zu dem Herbert Grönemeyer „eingeladen“ hatte. Pop-Polit-Profis wie Bob Geldof und Bono nutzten diese Bühne für eine enorme mediale Aufmerksamkeit (und auch ein wenig für sich selbst).

Neben den genannten Dimensionen wurde die ambivalente Bedeutung der breiten („bürgerlichen“) Öffentlichkeit deutlich. Zum einen wurde wie selten zuvor über die Anliegen der linken Bewegungen und NGOs informiert: über vielfältige Triebkräfte und Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung, über konkrete politische Kampagnen und Alternativen. Zum anderen war die Berichterstattung teilweise sinnentstellend und setzte immer wieder auf Spaltung – die Meldungen der Polizei ohnehin, aber auch die vieler Medien. Herausragende Beispiele sind der von der DPA weit verbreitete angebliche Aufruf von Walden Bello „wir müssen den Krieg in diese Demonstration tragen“, was er weder gesagt hatte, noch so übersetzt wurde (vgl. die Chronologie eines Zitats bei www.stefan-niggemeier.de), sowie die unverschämten Berichte der Polizei über angebliche gewaltbereite und Steine werfende DemonstrantInnen am ersten Tag der Blockaden am Mittwoch. Der beschriebene Sachverhalt könnte jedoch einen positiven Effekt haben. Denn es wurde deutlich, dass auf eine breite „Öffentlichkeit“ nur begrenzt zu setzen ist, wenn sich die Staatsmacht symbolisch wirklich angegriffen fühlt. Die Medien glauben allemal mehr den Polizeiberichten. Dies könnte eine Dynamik auslösen hin zu noch stärkerer unabhängiger Berichterstattung, die in den Mobilisierungen auf Heiligendamm hin wichtig und gut war. Und zu einem noch kritischeren Umgang mit der „breiten Öffentlichkeit“, die gleichwohl entscheidend bleibt.

Die Proteste samt ihren langen Vorbereitungsprozessen sind vorbei und nun stehen wir mitten drin: In der Auswertung, aber vor allem hinsichtlich der Frage des „wie weiter?“. Inwiefern ordnet sich das (gesellschaftliche wie linke) politische Feld neu? Inwieweit wird der G8-Prozess nun wirklich zu einem Prozess der Rekonstitution der Linken im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen?

Poner el cuerpo heißt es in den Bewegungen Lateinamerikas - den Körper einsetzen, allgemeiner: etwas riskieren. Das ist der Fall im Moment des Protests und möglicher Konfrontation, und diese Erfahrung muss übertragen (nicht als persönliche, sondern als kollektive) und ausgeweitet werden auf die Gesellschaft, d.h. als Entwicklung rebellischen Bewusstseins, der praktischen Kritik der Verhältnisse entlang vielen Konfliktlinien, beim Aufbau alternativer Strukturen und der Veränderung bestehender Institutionen. Die schwierige „Übersetzung“ der jüngsten Mobilisierungserfahrungen in die Tagespolitik und in den Alltag – das steht nun an. Das politische Establishment, darüber dürfen die dynamischen Mobilisierungen nicht hinweg täuschen, muss immer noch recht wenig auf Kritik und sozialen Proteste reagieren. Und diese müssen sich in einem Klima von zunehmender Konkurrenz und Angst entwickeln, was einen großen Unterschied zur Entwicklung einer Protestkultur vor vierzig Jahren darstellt. Gleichwohl müssen auch mit „Heiligendamm“ soziale und politische Resonanzen erzeugt werden, die dann zu Dissens, kritischem Nachdenken und Handeln führen.

Bevor ich auf mögliche Zukünfte und anstehende Diskussionen komme, ein paar Bemerkungen zur Demonstration und einem damit verbundenen politischen Problem.

„Gewaltfragen“ und vorschnelle Spaltungsaufrufe

In den Tagen nach der Demonstration am Samstag gab es heftige interne und öffentliche Diskussionen um die Rolle physischer Gewalt, die von Bewegungen ausgeht. War es zuerst die Aggression des „Schwarzen Blocks“, antwortete dieser auf Provokationen der Polizei, hätte die Demo besser von den OrganisatorInnen „gesichert“ werden müssen, um das Steinewerfen zu verhindern? Fast erleichtert ging dann am Donnerstag die Meldung rum (groß bei *Spiegel online* und in der *taz*), dass offenbar ein Polizei- oder BND-Provokateur bei den Blockaden am Mittwoch anfangen wollte, mit Steinen zu werfen, enttarnt wurde und dann zur Polizei überlief und dort abtauchte. Mit großem Applaus wurde die Äußerung von Susan George von Attac Frankreich bedacht, dass die Ausschreitungen am Samstag der Regierung in die Hand spielten, denn so konnte sie die enormen Ausgaben und all die Maßnahmen zum Ausbau der „inneren Sicherheit“ rechtfertigen. Wenn es diese nicht gegeben hätte, so George, hätte die Regierung die offene Konfrontation samt den Bildern produzieren müssen.

Die Polizei hat bereits im Vorfeld die Proteste kriminalisiert und bei der Demonstration sowie bei den Blockaden bewusst provoziert – das wird nach zahlreichen Berichten immer deutlicher. Bei der Demonstration selbst hat sie wohl nicht „angefangen“, aber nach Beschreibungen sehr vieler ohne Not kräftig geprügelt. „Deeskalation“ war das sicherlich nicht. Polizei und Regierung hatten offenbar eher Interesse an Bildern einer eskalierten Demonstration (am Samstag) und weniger an eskalierenden Blockaden während des G8-Gipfels am Mittwoch und Donnerstag. Das mag auch damit zusammen hängen, dass Letztere die mediale Aufmerksamkeit von der Gipfelberichterstattung abgezogen hätte. Neben das Foto von Merkel, Bush und Putin passten keine anderen Bilder. Dies alles muss im Zusammenhang des verstärkten Abbaus von Bürgerrechten und sozialen Rechten in diesem Land verstanden werden. Selbst ernannte „Sicherheits“-Politiker nutzten und nutzen die Proteste in Rostock und Heiligendamm dafür, um einen Ausbau des Sicherheitsapparates zu fordern. Sabine Christiansen nimmt den Ball publizistisch auf und stellt die Polizei als die „Prügelknaben der Nation“ dar. „Rostock“ wird längst von den herrschenden Medien und von staatlicher Seite instrumentalisiert, um ein politisches Programm durchzusetzen.

Der Aspekt der Aufrüstung Innerer Sicherheit und ihrer Legitimation bedarf der weiteren Analyse und Diskussionen. So wichtig diese Dimensionen sind: Die Bilder vom Samstag rechtfertigten nicht die Einschätzung, dass alles nur ein Unfall war von einigen Durchgeknallten oder ausschließlich eine Provokation der Polizei. Für die Einschätzung der Dynamik der Demonstration reicht die Analyse der Staats- und Polizeistrategien nicht. Es ging – in einer unglaublich zugespitzten Situation, denn das Ganze drohte zu kippen und niemand wusste, was nun bei den Blockaden am Mittwoch und Donnerstag passieren würde – um die Durchführung der Blockaden und um ein positives Image der Proteste. Die Interviews und Meldungen überschlugen sich: Distanzierungen allerorten, mit „denen“ nicht mehr, sogar die Bereitschaft der Denunziation der „Gewalttätigen“ durch einen Demo-Organisator. Kritisiert wurde mitunter auch eine „falsche Toleranz“ im Vorfeld, da die Frage physischer Gewalt nie gestellt worden sei, sondern im Ringen um ein breites Bündnis hinten angestellt wurde. Deshalb sei es zu einer Instrumentalisierung der friedlichen Proteste gekommen. Doch selbst wenn es expliziter thematisiert worden wäre, was hätte das praktisch bedeutet? Hätten die Autonomen nicht zur Demo zugelassen werden sollen?

Mit etwas Abstand und zwischen den unterschiedlichen Spektren und in einer kritischen Öffentlichkeit sollte aber sorgfältig diskutiert werden. Um das klar zu stellen: Die Unverantwortlichkeit vieler Protestierender gegenüber anderen (gegenüber PolizistInnen und anderen Protestierenden) beim Steinewerfen ist inakzeptabel – aus gesundheitlichen wie auch aus politischen Gründen. Die Ablehnung physischer Gewalt gegen andere Personen, wenn man selbst nicht bedroht ist, ist die *bottom-line* emanzipatorischen Handelns. (Man muss nicht gleich die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols stark machen, um „Autonomen-Gewalt“ zu kritisieren, wie Michael Jäger im *Freitag*, 8. Juni.)

Das interessanteste Moment nach dem Samstag der großen Demonstration war wohl, dass sich entgegen der Aussagen der Bewegungs-„RepräsentantInnen“ – inklusive der Forderung, die Blockaden abzusagen - die Basis nicht spalten lassen wollte. Und die Distanzierungen können nicht die politische Tatsache verdecken, dass ein breites autonomes Spektrum existiert, das Teil der Proteste ist. Die Autonomen haben sich nicht „drangehängt“ oder die Anti-G8-Mobilisierungen instrumentalisiert (allerdings einige von ihnen die Demo aus meiner Sicht sehr wohl), sondern waren Teil davon – und zwar ein ziemlich dynamischer. Die Frage ist nicht neu, aber eben relevant: Was steht hinter der als notwendig erachteten Konfrontation mit Staat und Kapital für eine Weltsicht und – noch wichtiger - welche Erfahrungen drücken sich darin aus?

Es gab sicherlich viel situative und mackermäßige Lust auf Gewalt bei der Demo (vgl. ein anonymisiertes Interview in der *taz* vom 4. Juni), aber eben gewollt von anarchistischen und autonomen Gruppen. Dass sie damit die Anliegen anderer Spektren konterkarieren, scheint ihnen uninteressant. Insofern waren die gut gemeinten Versuche der Interventionistischen Linken, diese Spektren einzubinden, ein Versuch, der vielleicht scheitern musste. Ohne dass ich in die internen Debatten involviert bin, muss sich die IL fragen, ob sie nicht einem Absprachemythos aufgesessen ist. Hätte die Demonstration wirklich kontrolliert verlaufen können bzw. hätten sich alle in eine andere Demonstrationsdynamik einbinden lassen? Was im Vorfeld vielleicht auch gefehlt hat, waren Absprachen, wie man mit „Krawallen“ öffentlich umgeht, ohne dem Zwang zum spaltenden Bekenntnis zu erliegen. Es sollte auch nicht der Gefahr erlegen werden, ein „vernünftiges“ post-autonomes Spektrum (Teile der IL, wobei diffus ist, was das bedeutet) von „irrationalen“ Autonomen abzugrenzen. (Das ist alles nicht überheblich gemeint, sondern um ein Problem zu benennen, mit dem umgegangen werden muss!)

Der zentrale Widerspruch anarchistischer und autonomer Gruppen bleibt, dass sie nicht Teil des Spektakels sein wollen – was sie anderen Spektren mit deren Blick auf

eine breite Öffentlichkeit unterstellen -, es aber bei solchen Aktionen definitiv sind und dass sie die Aufrüstung der Staatsmacht legitimieren, die sie bekämpfen wollen. Zudem scheint der Staat recht gut kalkulieren zu können, mit welchen Provokationen er bestimmte Spaltungen erzeugt. Das droht die Bewegungen und andere kritische Kräfte zu schwächen.

Dennoch: Eine Stärkung der Linken kann nicht darüber geschehen, dass apodiktisch für den Ausschluss autonomer Positionen plädiert wird. Ich vermute (ich weiß es nicht und will es auch nicht wissen!), dass Menschen im Schwarzen Block mitlaufen und vielleicht sogar agieren, die sich ansonsten in ähnlichen politischen Zusammenhängen bewegen wie viele der anderen Demonstrations-TeilnehmerInnen.

Meines Erachtens müssen diese – keineswegs neuen – Sachverhalte in der aktuellen Situation diskutiert werden. Das kann mit der Orientierung hin zu einer „post-autonomen Linken" einher gehen oder anderweitig laufen. Es sollte aber nicht auf die „Gewaltfrage" und jene der Instrumentalisierung reduziert werden; der Schwarze Block sollte nicht zum amorphen Gegenstand von Abgrenzungsdebatten werden. Wie kommen wir also darum herum, einen Teil der linksradikalen Szene, die eine lange theoretische und praktische Tradition hat, einfach auszugrenzen und einen politischen „Bruch" zu fordern?

Dann geht es um Einschätzungen, inwieweit über Öffentlichkeit bzw. Spektakel gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden können. Jene (inklusive meiner selbst), die hegemoniepolitisch argumentieren, kommen nicht um die Tatsache herum, dass Hegemonie mit Zwang gepanzert bleibt und dass emanzipatorische Veränderung auch über Brüche geschieht. Ich selbst würde sagen, dass es durchaus um ein „reflektiertes Spektakel" geht. Aber dabei sollte man ein positives Image in der Öffentlichkeit nicht mit dem Unterlaufen der bestehenden neoliberalen und imperialen Hegemonie und dem Aufbau alternativer Lebensformen verwechseln. Der Kampf um die Köpfe und Herzen ist komplexer und deshalb sollten die jüngsten Proteste auch keineswegs überschätzt werden. Die Kultur des Marktes, des an Konkurrenz orientierten Individualismus und die Kultur der Angst, die emanzipatorisches Denken und Handeln so schwierig machen, sind damit nicht beseitigt. Wie kann diesbezüglich die G8-Mobilisierung fruchtbar gemacht werden unter Einschluss linksradikaler Perspektiven (und in scharfer Abgrenzung von unnötiger physischer Gewalt gegen andere Menschen)? Ein wichtiges Feld der Kooperation könnte der Kampf gegen den Abbau der Bürgerrechte sein.

Wie weiter?

Ich komme zu keiner abschließenden Einschätzung, denn die Interpretation dessen, was der G8-Prozess war, ist Teil politischer Auseinandersetzungen und Imaginationen des Politischen. Mit Gramsci gesprochen geht es meines Erachtens um den Optimismus des Willens und den Pessimismus des Verstandes, die dann auch zu der ambivalenten Einschätzung der Anti-G8-Mobilisierungen in diesem Artikel führen. Wo öffnen sich Räume, was muss geschehen? Die Politisierung und (Selbst-)Organisierung von Menschen ist ein derartig vielfältiger Prozess, dass darüber nur begrenzt im Sinne eines „wie weiter?" reflektiert werden kann. Daher erfolgen einige Bemerkungen für weitere Diskussionen in verschiedenen Spektren.

Mobilisierungen setzen darauf, auf sich selbst zu vertrauen. *To make a difference.* Und die durch Heiligendamm markierte Differenz ist enorm. Gleichwohl bekam dieser Prozess eine Schlagseite, den man als Bewegungsfetischismus bezeichnen könnte und der sich insbesondere in der Flugschrift *G8extra* repräsentierte. Es wurde der Eindruck erweckt, dass „wir" nur stark genug sein müssen, um das kapitalistische System buchstäblich über den Haufen zu rennen. Kommunismus. Die Fokussierung auf außerinstitutionelle Bewegung machte in Zeiten der Mobilisierung Sinn, müsste aber meines Erachtens nun deutlich ausgeweitet werden (etwa um die Auseinandersetzungen um Studiengebühren oder gewerkschaftliche Kämpfe in Unternehmen), ohne einseitig auf Repräsentation zu setzen, sondern um das Selbst-Vertrauen weiter zu entwickeln. Die Rolle von NGOs und kritischer Wissenschaft spielt hier genauso eine Rolle wie die drängende Frage nach der Position der Gewerkschaften. Es geht daher um viel stärkere Verknüpfungen emanzipatorischer institutioneller wie außerinstitutioneller Strategien und Praktiken.

Damit verbunden muss die „Organisierungsfrage" schärfer konturiert werden, in die eben die Erfahrungen der letzten Monate einfließen. Denn die Mobilisierungen nach Heiligendamm zeigten auch, dass und wie viele unorganisierte Menschen daran teilnahmen. Organisierung läuft wahrscheinlich nicht immer nach dem durchaus erfolgreichen Modell von Ortsgruppen und bundesweiten Arbeitsgruppen wie bei Attac, aber es bedarf wohl schon der Anstöße und die lokale Gruppe übergreifende Zusammenhänge.

Eine der dringendsten Aufgaben linker Analyse ist etwas, das im Mobilisierungsprozess unterging. Es wurde kaum der Versuch unternommen, zu einer Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse hierzulande zu kommen (deutlich etwa an der zentralen Mobilisierungsbroschüre „Die Deutung der Welt" der Redaktionen von *analyse & kritik*, *Fantômas*, *arranca!* und *so oder so*). Ein Beispiel: Die abstrakte Rede von der notwendigen „antagonistischen Politik" (in *G8extra* und insbesondere durch die IL) lässt, auch wenn man sie dauernd wiederholt, die Frage unbeantwortet: Was ist historisch-konkret der Antagonismus? Macht der Begriff Sinn oder peppt er einen unausgesprochenen Hauptwiderspruch auf? Das ist eine entscheidende Frage und deren – wohl keineswegs einheitliche – Beantwortung muss ein kollektives Unterfangen sein. Aus der Analyse der gegenwärtigen Situation heraus können Korridore und Felder politischen Handelns bestimmt und in unterschiedliche Praxen „übersetzt" werden. Dazu gehört auch das diskursiv-symbolische Terrain.

Die inhaltlich-strategischen Probleme wurden etwa daran deutlich, dass es kaum eine emanzipatorische Besetzung des Themas Klima und Energie gibt. Die Orientierungen an Effizienzgewinnen und ökologischer Modernisierung, die von Regierungsseite propagiert werden, sind bis weit in die Linke hinein akzeptiert. Die einzige Kritik an der Klimapolitik ist, dass sie nicht weit genug gehe. Eine Verknüpfung der Umweltkrise, und hier paradigmatisch dem Treibhauseffekt, mit sozialen Krisen sowie Macht- und Herrschaftsfragen gelingt kaum.

Zur Frage von Öffentlichkeit und gesellschaftlicher Veränderung: Die Entstehung anderer Formen des Zusammenlebens und von Politik, neuer Produktions- und Konsumnormen bedarf der Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und damit auch der bürgerlichen Öffentlichkeit. Dennoch ist das Politikmodell „gute Öffentlichkeit = immer mehr Menschen werden überzeugt = so kann eine linke Hegemonie entstehen" unterkomplex. Es geht nicht nur um gute Argumente sowie geistige und moralische Überlegenheit, sondern um Machtfragen, die höchst asymmetrisch gestellt werden. Radikalere Veränderungsvorstellungen sind aktuell in einer breiten Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Deshalb sollten sie aber trotzdem weiterhin entwickelt und gelebt werden. Was bedeutet das konkret? Wie konstituieren sich andere Lebensweisen und Politikformen, die mit den bestehenden brechen.

Im Anschluss an die oben angestellten Überlegungen: Wie kann man verhindern, dass eine breite und sich produktiv verständigende Linke in bestimmten Situationen instrumentalisiert wird? Was bedeutet „reflektiertes Spektakel", das ja nur ein kleiner Teil jener vielfältigen Anstrengungen ist, Machtverhältnisse allerorten zu verändern und aufzulösen, Kräfteverhält-

nisse zu verschieben und konkrete Alternativen zu entwickeln?

Gefüllt werden muss hier auch, was man als „imperiale Leerstelle“ bezeichnen könnte. Inwieweit können in einer metropolitanen Gesellschaft wie der bundesdeutschen mit ihrer komplexen Integration in weltpolitische und –wirtschaftliche Zusammenhänge Lebensformen derart radikal verändert werden, dass sie weltgesellschaftlich verallgemeinerbar sind? Die Thematisierung der Klimaerwärmung und der energetischen Ressourcen öffnet hier Spielräume, die inhaltlich und politisch-strategisch gefüllt werden müssen.

Schließlich das Verhältnis zu Parteien. Eine Woche nach dem Ende der G8-Proteste bestimmte ein anderes Bild linker Politik die Medien: der Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linkspartei. Auch auf diesem Feld wird die Pluralität weiter entwickelt werden müssen. Die Namensgebung der Partei „Die Linke“ stößt ob ihres begrifflichen Repräsentationsanspruchs vielen parteikritischen Linken auf. Dennoch spielen die Linkspartei und mit Abstrichen die Grünen (obwohl deren Instrumentalisierungs- und Profilierungsstrategie vielen zuwider ist) natürlich weiterhin eine wichtige Rolle. Wie kann innerhalb der Partei(en), in den Bewegungen und in der Öffentlichkeit ein Unterordnungsverhältnis vermieden werden? Der intensive Mobilisierungsprozess müsste der Partei gezeigt haben, dass die Bewegungen sehr eigenständig sind und sich nicht einbinden lassen. Doch es stehen auch inhaltliche Diskussionen an.

Eine Fixierung auf den Staat kann man der Bewegung insgesamt nicht vorwerfen (eine Bereitschaft zur Unterordnung unter eine Partei schon gar nicht), obwohl die Fokussierung von G8, d.h. auf Regierungen, ambivalent bleibt. Die sich hoffentlich verstetigende und ausweitende Bewegung darf nicht in die Falle gehen, die über den Bezugspunkt der Mobilisierungen – G 8 – sperrangelweit offen steht: Dass sich Politik zuvorderst doch am Staat ausrichtet, der „die“ Globalisierung bzw. ihre negativen Auswüchse regulieren soll, und nur hier die wirklich wichtigen Entscheidungen gefällt werden. Das wäre ein Rückschritt zu einem etatistischen Politikverständnis, das weder eine linke Partei noch linke Bewegungen als sinnvoll erachten können.

Exemplarisch für solch eine Falle ist ein Kommentar von Mathias Greffrath in der *taz* (6. Juni): Die Bewegung solle ihren Erfolg anerkennen, den aus seiner Sicht peinlich und unproduktiv gewordenen „rituellen Karneval“ symbolischer Proteste unterlassen und nun die Umsetzung durch die politischen Exekutiven vorantreiben. Der Staat soll’s dann doch richten. Der Kommentar deutet darauf hin, dass diese Staatsillusion immer wieder durch die Hintertür hereinzukommen droht, obwohl klar ist, dass der globale Kapitalismus sich komplexer reproduziert. So wichtig der Hinweis ist, dass die Proteste der Vermittlung in gesellschaftliche Institutionen bedürfen, so wenig dürfte sich die Bewegung auf eine Perspektive einlassen, es gehe nun nur um den Druck auf die Regierung. Wäre das der Fall, dann würde Heiligendamm einen politischen Rückschritt darstellen.

Eine Kurzversion des Textes erschien in “analyse & kritik”, Juni 2007. Für Anmerkungen zu früheren Versionen danke ich Frauke Banse, Michael Brie, Oliver Brüchert, Moe Hierlmeier, Armin Kuhn, Caren Kunze, Jörg Nowak, Helen Schwenken, Gerd Steffens, Heinz Steinert, Anne Tittor und Markus Wissen.

G8 in Heiligendamm Zum Weiterlesen:

Die offizielle Seite: http://www.g-8.de/Webs/G8/DE/Homepage/home.html

Die alternative Protestbewegung:

Schweiz: http://www.schweiz.attac.org/-G8-Kampagne-

Österreich: Übersicht über die österreichische Presse: http://www.attac.at/5482.html

Nachlese zu den G8-Gipfel-Protesten in Rostock und Heiligendamm http://www.attac.at/3526+M5f1ad592b80.html

Deutschland: Debatten: http://www.attac.de/debatten/pages/gipfelproteste.php

Attac Deutschland: G8-Sonderseite http://www.attac.de/heiligendamm07/pages/gipfelproteste-2007/sicherheitpolizei.php

http://www.heiligendamm2007.de/ G8 Sonderseite der BUKO: http://www.buko.info/

Sonderseite vom Friedensratschlag: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/g8-2007/Welcome.html

Peter Wahl

Attac reloaded

9 Thesen zur Schwerpunktdiskussion in Attac

„Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles!
„Ach, wir Armen!“(Margarete, Faust Erster Teil)

Der vorliegende Text ist keine fertige Konzeption für ein neues Schwerpunktthema von Attac, sondern soll die Diskussion darüber anregen. Es soll nichts präjudiziert werden, sondern eine kollektive Suchbewegung in Gang kommen. Wir sollten in den nächsten Monaten gründlich darüber nachdenken, wie Attac sein inhaltliches Profil weiter entwickeln kann. Eine Konzeption kann dann am Ende des Prozesses stehen.

1. Globalisierungskritik auf der Höhe der Zeit

Warum ist die Diskussion um das inhaltliche Profil von Attac notwendig? Bereits vor einiger Zeit haben wir festgestellt, dass eine kritische Haltung zur neoliberal dominierten Globalisierung hegemonial wird. Im Zuge des G8-Prozesses ist dies noch einmal sehr deutlich geworden. Das ist nicht allein das Verdienst von Attac, aber wir haben ordentlich dazu beigetragen.

Wenn wir auch zukünftig vorwärtstreibende Kraft im gesellschaftspolitischen Diskurs sein wollen, müssen wir Globalisierungskritik immer wieder auf der Höhe der Zeit formulieren.

2. Der Systemcharakter der neoliberalen Globalisierung

Hegemonie kritischer Positionen zur Globalisierung heißt nicht, dass überall nur klare Vorstellungen über Ursachen, Struktur und Dynamik des Prozesses bestünden. Meist handelt es sich um die Wahrnehmung von individuell spürbaren Symptomen, wie den Abbau der sozialen Sicherung, Einkommensverluste und Zukunftsangst. In dieser Diffusität liegt auch das Risiko politischer Kanalisierung und Instrumentalisierung – nicht zuletzt von rechts.

Deshalb ist es auf Dauer unumgänglich, den systemischen Charakter des Prozesses klar herauszuarbeiten. Dies nicht allein aus aufklärerischem Interesse, sondern weil damit auch unsere Strategie den Systemcharakter in den Blick nehmen können. Außerdem schützt das vor nationalistischen, rassistischen u.ä. Pervertierungen von Globalisierungskritik.

3. Eins, zwei, drei, viele Kapitalismen

Der Kapitalismus ist gut 500 Jahre alt. Begonnen hat er als Handels- und Finanzkapitalismus in Oberitalien. Dem verdanken wir noch die Grundbegriffe *conto, cassa, banco, credito, giro*.

Seine volle Entfaltung erreichte er in Wechselwirkung mit enormen technologischen Umbrüchen im Industriekapitalismus des Manchestertyps.

Der Industriekapitalismus hat seither mehrfach einen Gestaltwandel oder verschiedene Formationen durchlaufen. Die Imperialismustheorien haben versucht, diese Umbrüche zu erklären. Auch innerhalb einer jeweiligen Entwicklungsphase existieren nebeneinander unterschiedliche Ausprägungen kapitalistischer Entwicklung. Allerdings etabliert sich dabei immer ein besonders dynamischer und innovativer Sektor, der zur dominierenden Kraft wird.

In den 30 Jahren entstand mit dem sog. Fordismus[1] ein neues Modell, das bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch in Westeuropa dominierte, heute aber seinen Standort nach China u.a. Schwellenländer verlegt.

Seit 25 Jahren bildet sich in den Industrieländern die Dominanz eines neuen Typs von Kapitalismus heraus. Wiederum im Wechselspiel mit technologischen Revolutionen – Digitalisierung, Kommunikation etc.- sprengt dieses neue Modell den Rahmen des Nationalstaats und wird zum transnationalen oder globalisierten System. Viele bezeichnen das als *Globalisierung,* manche sprechen von *Turbokapitalismus,* andere Shareholder Kapitalismus oder von *Raubtierkapitalismus* (Helmut Schmidt). Wie immer man das nennt, Tatsache ist, es handelt sich um eine Transformation von ähnlich historischer Tragweite wie die fordistische Revolution. Wie diese krempelt sie die ganze Gesellschaft um und verändert die alltägliche Lebenswelt der Menschen. Für die meisten zum Schlechteren.

[1] Ein hoch arbeitsteiliges (Fließband) und extrem produktives – und dementsprechend ressourcenintensives – Modell, das mit der Massenproduktion auch den Massenkonsum ökonomisch erforderlich machte.

4. Zur Anatomie der neoliberalen Globalisierung

Das fordistische Zeitalter war vom Industriekapital dominiert. Die Finanzmärkte und ihre Akteure - im wesentlichen Banken und Börsen – waren zwar bedeutend, aber sie folgten der produktivistischen Logik: der Reichtum wurde hauptsächlich über die Realwirtschaft[2] akkumuliert. In den Industrieländern fiel davon auch etwas für die Lohnabhängigen ab, direkt über Löhne und Gehälter, indirekt über den Wohlfahrtsstaat.

Damit ist es vorbei. Ein neues Regime etabliert sich. Sein Wesen besteht darin, dass sich die Finanzmärkte von der Dominanz der Realwirtschaft gelöst haben und – ausgelöst durch die Liberalisierung und Deregulierung des Finanzsektors nach Ende des Bretton Woods System in den 70ern - selbst zur treibenden Kraft der Akkumulation des Reichtums wurden. Es kam zu einer unglaublichen Expansion – Verachthundertfachung zwischen 1970 und 2000 – und Mobilität der Kapitalströme.

Damit wurden völlig neue und überdurchschnittlich hohe Profitquellen erschlossen:

- durch *Arbitrage*[3] und ***Spekulation*** wird der Handel mit Devisen zur eigenständigen Renditequelle. Der Wegfall von Kapitalverkehrskontrollen ermöglichte Zinsarbitrage überall auf der Welt und die globalisierte Spekulation mit Wertpapieren aller Art.

[2] Realwirtschaft = Industrie, Handel und Landwirtschaft.
[3] Arbitrage = Ausnutzung bekannter Kursdifferenzen. Wenn z.B. der Wechselkurs zwischen Euro und Dollar bei Börsenschluss in der europäischen Zeitzone anders notiert ist als bei Börsenbeginn in der Wallstreet, wird die Differenz für ein entsprechendes Geschäft genutzt.

- Die *Umschlagsgeschwindigkeit* des Kapitals hat dramatisch zugenommen. Pro Börsentag werden gigantische 1,9 Billionen USD umgesetzt. Zugleich ist durch die Transnationalisierung die „*Ansteckungsgefahr*" bei Krisen gestiegen.
- Mehr als 80% der Investitionen auf den Finanzmärkten sind kurzfristig, d.h. sie haben eine Laufzeit von maximal sieben Tagen. Auch dies führt zu erhöhter Instabilität und Krisenanfälligkeit.
- Ein weiterer grundlegend neuer Prozess ist die ***Verbriefung*** (**Securitization**) von Krediten. Bankkredite, bis dahin ein bilaterales Geschäft zwischen Gläubiger und Schuldner, werden jetzt in Wertpapiere verwandelt, die dann auf dem Markt gehandelt werden (Sekundärhandel). Dies hat vor allem für die Unternehmensfinanzierung Konsequenzen. Die großen Unternehmen finanzieren sich nicht mehr über ihre Bank, sondern auf den Finanzmärkten.
- Zugleich entstehen neue Finanzprodukte, die ***Derivate***, die in ihrer Gesamtwirkung die systemische Instabilität erhöhen.
- Die Verbriefung erfasst inzwischen auch Bereiche, von denen man es nicht vermutet hätte. Der zertifizierte Emissionshandel u.a. „*Marktmechanismen*" z.B. unterwirft einen Teil der Klimapolitik der Dynamik auf den Finanzmärkten.

5. Die Heuschrecke als Goldesel

Diese Dynamik hat neue Akteure hervorgebracht. Zentral ist hier der **institutionelle Investor,** also Banken, Versicherungen und Investmentfonds, die die Institutionalisierung und Professionalisierung der Eigentümerfunktion betreiben.

Das Interesse des institutionellen Investors ist ausschließlich das der maximalen Rendite für den Eigentümer (engl.: *Shareholder*). Die *Shareholder Orientierung* strukturiert zunehmend die Realwirtschaft. Zwar stand der Profit immer im Zentrum kapitalistischer Dynamik, aber daneben gab es auch andere Unternehmensziele, wie langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Produktivitätssteigerung, Innovation. Diese werden jetzt von einer rabiaten Kurzfristorientierung, das schnelle Geld, verdrängt.

Die avanciertesten Akteure des neuen Modells sind Hedge Funds, Private Equity Funds und REITS[4] - alles reine Geldmaschinen. Sie sind der dynamischste Bereich der Weltwirtschaft und damit Leitbild für den Rest.

7. Der Staat als Opfer?

Die meisten Regierungen verfolgen eine Politik, die den Interessen der Finanzmarktakteure entgegenkommt. Die Kombination aus Hegemonie des neoliberalen Diskurses, Lobby-Macht der Finanzindustrie, Vereinbarungen wie der sog. Stabilitätspakt der EU sowie der Wettbewerbsdruck, der sich aus der Transnationalisierung der Ökonomie ergibt, haben dazu geführt dass nationalstaatliche Politiken gegenüber den Finanzmärkten in hohem Maße gleichgerichtet sind.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Steuer- Geldmengen- und Zinspolitik. Hohe Zinsen[5] sind gut für große Geldbesitzer, ebenso wie niedrige (direkte) Steuern. Krassestes Beispiel für eine an den Interessen der Finanzmärkten orientierte Politik ist die EZB.

Auf politischer Ebene sind eine wichtige Komponente die Offshore-Zentren (OFCs) und Steuerparadiese. Die OFCs sind keine Lappalie. Das dort angelegte Kapital Mittel wird auf 2,7 Billionen USD geschätzt. Das sind 20% des weltweit auf Bankkonten angelegten Kapitals. Das größte OFC ist die City of London.

8. Der Kuchen wächst, wir kriegen immer weniger

Dank des neuen Systems hat sich zwischen 1996 und 2005 das Kapital großer Kapitalvermögen[6] verdoppelt, von 16,6 Billionen Dollar auf 33,3 Billionen. Um sich eine Vorstellung von diesen Dimensionen machen zu können: 2004 betrug das Brutto-Inlandseinkommen der gesamten Welt 40,9 Billionen, davon 31,6 Billionen der Industrieländer. Die HNWIs, etwa 0,12% der Weltbevölkerung, verfügen über ein Finanzvermögen das dreimal so hoch ist, wie das Brutto-Inlandseinkommen aller Entwicklungsländer zusammen. Eine Steuer von nur 0,7% auf diese Vermögen würde dreimal so viel bringen wie die gesamte Entwicklungshilfe.

Das neue finanzmarktgetriebene Regime stellt nicht nur verteilungspolitisch eine neue Qualität dar. Auch Kranken- und Altersversicherung stehen unter dem Druck der Finanzmärkte. Durch Privatisierung sollen sie den Kapitalverwertungsinteressen der institutionellen Investoren zugeführt werden. Gleiches gilt für Bildungseinrichtungen und andere öffentliche Infrastruktur (Eisenbahn, ÖPNV, Trinkwasser, Energieversorgung etc.).

9. Kampagnenfähig machen

So wie sich das alles liest, ist es zunächst natürlich nicht kampagnefähig. Das ist allenfalls was für Bildungsarbeit. Aber das ist ja auch schon mal was. Wichtig ist, die Aura der Finanzmärkte zu demontieren, das sei alles so besonders komplex und unverständlich. Wenn Ackermann es versteht, können wir es auch verstehen. Also: Bildungsbausteine, Vorträge, populäre Publikationen, die die graue Theorie anschaulich machen.

Aber auch die Andockmöglichkeiten an Themen wie Verteilung, arm-reich, Privatisierung, Soziales, Steuergerechtigkeit, Eigentum, Emissionshandel, Finanzmärkte und Demokratie u.a. eröffnen Perspektiven für politische Projekte zum Thema.

Auch Aktionen, die sich wichtige Finanzmarktakteure (EZB, Banken) zur Zielscheibe nehmen, können politisch produktiv sein. Im Grunde war Vodafon ein Vorläufer.

Auch bündnispolitisch wären die Möglichkeiten auszuloten. Die IG Metall ist aus eigener Betroffenheit – Übernahmen von Firmen durch Heuschrecken mit entsprechendem Arbeitsplatzabbau etc. - beispielsweise auf das Thema Private Equity eingestiegen. Der Mieterbund hat sich erfolgreich dagegen gewehrt, dass REITS Wohnungen übernehmen dürfen. Es gibt eine öffentliche Debatte um Heuschrecken.

Außerdem lassen sich am Thema spannende Grundfragen diskutieren. Beispiel:

- geht es uns um den Kapitalismus als solchen oder „nur" um die neoliberale, finanzmarktgetriebene Variante?
- wie ist das Verhältnis zwischen beiden?
- welche Strategie ergibt sich daraus?
- kann man die Finanzmärkte überhaupt noch regulieren? Wenn ja, wie?
- wie sieht eine zeitgemäße Kritik der politischen Ökonomie der Globalisierung aus?
- wie kann sie so formuliert werden, dass sie Überzeugungskraft wiet in die Gesellschaft hinein entfaltet?

Und vieles andere mehr!

Biesdorf, 28.6.2007

---

[4] Real Estate Investment Trusts = Immobilienfonds nach Heuschreckenart.

[5] Dabei ist nicht die absolute Höhe ausschlaggebend, sondern die Relation zum Wachstum. Bei 2% Wachstum sind 4% Zinsen hoch.

6 Die sog. HNWIs = High Net Worth Individuals. Das sind Personen mit liquidem Vermögen - also Immobilien und Sachvermögen nicht gerechnet - von 1 Mio. US-Dollar aufwärts.

Alex Demirovic

Demokratisierungsforderungen und Partizipationsmöglichkeiten gesamtgesellschaftlich

Thesen für die Rats-Klausur vom 30.6.-1.7.2007 in Erfurt ‚Reflektion zu G8' sowie ‚Strategie nach G8'

1.] Demokratie kann auf vielfache Weise zum Gegenstand der Theorie gemacht werden.

a) Eine Möglichkeit besteht in einem **realistischen Verständnis der demokratischen Institutionen**, wie es in vielen liberalen Verfassungen festgeschrieben oder in institutionellen Ordnungen des kapitalistischen Staates organisiert ist: Die Volkssouveränität, die an parlamentarische Volksvertreter in freien, gleichen, allgemeinen Wahlen abgetreten wird; das Parlament als Legislative und Kontrollorgan der Exekutive; die Parteien als Organe der Willensbildung. Dem entspricht die rechtliche Gleichheit und Freiheit der BürgerInnen: jede Stimme zählt gleich, und sie müssen frei sein, sich über ihre Interessen zu verständigen. Für diese Art parlamentarisch-repräsentativer Demokratie ist entscheidend, daß sie an Entscheidungen in der auf Privateigentum basierenden kapitalistischen Ökonomie nicht und nur in einzelnen Hinsichten heranreicht: also das Investitionsverhalten der Unternehmen, die Entscheidungen über Orte, Produktionsprozesse, Produkte, Technologien, Marktverhalten. Manches kann durch Recht reguliert werden. Aber im Regelfall gelingt dies nur, wenn die Regelung formal und für alle gültig ist. Alles hängt in demokratische Gesellschaften davon ab, was als allgemeingültig definiert wird. Hier beweisen gesellschaftliche Interessen ihre Macht, indem sie festlegen, was als allgemein gilt. Das wird durch die Logik des kapitalistischen Marktes gestützt: Da im Fall von Unternehmen, die sich im nationalen und internationalen Wettbewerb bewegen, der nationale Gesetzgeber nur sehr allgemeine oder keine verbindliche Regelungen treffen kann, entscheiden am Ende Private, also Kapitaleigner, ob überhaupt produziert wird, was, in welchem Umfang, zu welcher Qualität, auf welche Weise.

Auch in anderer Hinsicht ist die parlamentarisch-repräsentative Demokratie unzulänglich. Es besteht die durchaus ideologische Vorstellung, das Parlament legt als Gesetzgeber die Programme fest, nach denen die Exekutive, also Regierung und Verwaltung, handelt. Demokratie meint: Gesetzesherrschaft. Doch müssen Gesetze auch umgesetzt werden. Das wird im Interesse von Unternehmen, privilegierten, herrschenden Gesellschaftsgruppen oftmals nicht getan. Die Politik gibt der Verwaltung keine Anweisung oder unterläuft sogar bewußt gesetzliche Regelungen, die Verwaltung verschleppt und verzögert, sie wird von oben behindert, ihr Personal wird bis zur Handlungsunfähigkeit abgebaut. Die u.a. von Attac bekämpfte Privatisierung öffentlicher Aufgaben ist in dieser Hinsicht auch demokratiepolitisch ein Desaster, weil viele Bereiche der Gesellschaft der öffentlichen Kontrolle, Bestimmung und Beteiligung entzogen werden.

Diese prinzipielle Bedingung der parlamentarischen Demokratie wird noch verstärkt durch eine weitere Veränderung des Verhältnisses von Staat und Demokratie. Politische Entscheidungen werden vielfach informeller. Zum einen verlagern sie sich in Governance-Mechanismen von Kommissionen, Beratungsfirmen, Rechtsanwaltskanzleien, privat-öffentliche Gremien. Zum zweiten werden Entscheidungen auf höhere oder niedrigere Ebenen des politischen Prozesses verschoben. Von besonderer Bedeutung sind suprastaatliche Entscheidungsmechanismen und internationale Organisationen und Entscheidungsfindung in Mehrebenengovernance, die Akteure verschiedener räumlicher Ebenen (Kommunen, Bundesländer, Zentralstaat, EU) und formellen Status einschließen (staatliche Stellen, Parteien, Verbände und Lobbyorganisationen, Nichtregierungsorganisationen).

b) Die zweite Möglichkeit, Demokratie zu verstehen, ist normativ. Demokratie kann als eine Norm der Partizipation verstanden werden. Freiheit und Gleichheit sollen verwirklicht werden. Das normative Modell nimmt allzuleicht den Charakter der Sonntagsrede an. Es geht um Begründungen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Partizipation. So heißt es dann als Beruhigungsformel, daß die Demokratie sicherlich unzulänglich verwirklicht ist, aber wenigstens ist sie doch normativ existent. Sie könne deswegen wenigstens eingeklagt und eingefordert werden. Eigentlich gilt die Demokratie + Markt als Ende der Geschichte.

c) Eine dritte Möglichkeit ist die, die Demokratie - ähnlich wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als eine materielle Wirklichkeit des Kapitalismus selbst zu begreifen. Kapitalismus besteht nicht nur aus den ausbeuterischen und undemokratischen Produktionsverhältnissen, sondern eben auch - auf der Ebene der Politik - aus Formen der demokratischen Verfassung von Staat: Demokratie ist ein realer Prozeß. Manches Mal entstehen daraus Widersprüche und Krisen im Verhältnis zwischen Produktionsverhältnissen und demokratischer Politik - auch zu einer Beseitigung oder Unterhöhlung demokratischer Spielregeln. Aber im Durchschnitt kommt es zu Übereinstimmung. Dies gewährt gewisse und jeweils sich verändernde und veränderbare Spielräume und Einflußnahmen, die weder unterschätzt noch überschätzt werden sollten. Das läßt sich aber selbst wiederum nicht prinzipiell vorweg festlegen, da es sich eben um eine Art statistische Dynamik handelt: erst durch Streuung und Bewegung hindurch bildet sich der Durchschnitt.

2.] Da die Normen der Demokratie immer unzulänglich verwirklicht werden, da das Verständnis von Freiheit und Gleichheit sich historisch immer wieder ändert, da auch immer noch Interessen und Bedürfnisse entstehen, **haben die Gesellschaftsmitglieder immer wieder von neuem das Recht, Freiheit und Gleichheit einzufordern, ein Mehr davon einzufordern und die Demokratie selbst unter den Druck weiterer Partizipation zu setzen. Das parlamentarisch-repräsentative Modell der Demokratie erweist sich in dieser Hinsicht als doppelt unzulänglich**. Empirisch beschreibt es die Wirklichkeit der Demokratie nicht hinreichend. Normativ begrenzt es die Möglichkeit der Beteiligung und der dynamischen Selbstveränderung der Gesellschaft durch eine auf Dauer gestellte Form immer neuer Demokratisierung.

3.] Soziale Bewegungen und ihre Organisationen müssen um demokrati-

sche Beteiligung kämpfen. Sie bilden sich, weil unter kapitalistischen Bedingungen der Herrschaft das, was als allgemein gilt, niemals eindeutig festgelegt ist. Alle Interessen müssen sich als politisches Interesse bilden und darum kämpfen, selbst als allgemein zu gelten. Denn andernfalls wird als bloß partikularistisch zurückgewiesen. Kein Interesse, wenn es einmal den Status errungen hat, allgemein zu sein, kann sicher sein, auch dauerhaft als allgemein zu gelten. Denn immer werden Interessen ausgegrenzt und verletzt, durch die permanente Selbstrevolutionierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstehen auch immer wieder neue Interessen, die ihrerseits Berücksichtung und 'Anerkennung' finden wollen. Parlamentarische Demokratie ist die auf Dauer gestellte bürgerliche Revolution. Weil Parteien zu langsam sind, zu vieles unberücksichtigt lassen, haben sich seit langem immer wieder soziale Bewegungen gebildet, die mehr Dynamik in diesen Prozeß bringen. Das ist unerläßlich. Allerdings weist es den Bewegungen auch eine bestimmte Funktion zu. Diese entstehen selbst und vergehen. Und sie können zu einem guten Teil gar nicht anders, als auf den Staat einzuwirken, also auf die herrschende Allgemeinheit. Es geht allerdings darum, in diesem Prozeß jeweils auch Alternativen für eine andere Art der Vergesellschaftung zu entwickeln, so daß Kräfte entstehen, sich reproduzieren und erweitern, die die grundlegenden Machtverhältnisse in der Lage sind, in Frage zu stellen.

4.] Demokratische Kämpfe zielen in ihrer eigenen Logik und Dynamik sehr bald darauf, Demokratie selbst auszudehnen. Es gehört zu den liberalen Vorentscheidungen und Zwanghaftigkeiten, daß der Volkssouverän sich auf die Sphäre der Politik und der Gesetzgebung beschränken soll - im Grundgesetz heißt es deswegen: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Doch der Volkssouverän, der sich nur an sich selbst bindet und durch nichts anderes gebunden werden kann, kann auch über die Lebensbedingungen selbst entscheiden, unter er und seine Mitglieder lebt. Indirekt räumen das das Grundgesetz und die Menschenrechtserklärung ein, wenn sie das Recht auf Eigentum garantieren. Es ist eben der Volkssouverän, der dies entscheidet und das Eigentum garantiert. In der Tat ist dies ein Fortschritt, der sich gegen Ausplünderung, Raub, Aneignung durch Private wendet. Doch dort, wo gerade dieses Recht des Eigentums von Privaten gegen den Volkssouverän gewendet wird, hat dieser das Recht, das privatisierte Eigentum wieder zurück anzueignen. Das alles will sagen, daß der Volkssouverän selbst derjenige ist, der darüber entscheidet, welche Bereiche er derart vor den jeweils sich verändernden politischen Mehrheiten schützen will. Die demokratische Diskussion und die Beteiligung kann zu der Einsicht führen, daß auch weitere Sphären des Privaten (also die Familie oder das Unternehmen) Gegenstand einer demokratischen Willensbildung werden müssen. Die sozialen Bewegungen und ihre Organisationen müssen deswegen heute die Frage nach dem Eigentum an den Produktionsmitteln und ihrer Vergesellschaftung stellen. Nach der Welle der Privatisierung in Deutschland und Europa sollte es eine Welle der Wiederaneignung und Vergesellschaftung geben. Es gehört freilich zum demokratischen Prozeß, daß dann Akteure darauf bestehen, daß die Partizipation nicht soweit ausgedehnt werden darf. Das ist eine Grenzlinie des politisch-demokratischen Konflikts: an welchem Punkt hört die demokratische Beteiligung auf. Oftmals ziehen sich Gegner der Ausdehnung der Partizipation auf gleichsam natürliche Umstände, auf bestehende Gesetze und Gewalt zurück. Sie beenden die demokratische Diskussion durch Willkür. Deswegen ist es notwendig, für eine demokratische Austragung dieses Konflikts selbst zu kämpfen, also Mehrheiten zu gewinnen, einen gesellschaftlichen Konsens für eine neue Verfassung des gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsapparats.

Meiner Meinung nach gehört es zu den zentralen Aufgaben von Attac, eine Ausdehnung der Demokratie auch auf die Wirtschaft zu fordern. Das betrifft nach wie vor in allererster Linie den Bereich der Produktion und verstärkt der Dienstleistung - und mit Blick darauf geht es darum, die Gewerkschaften zu kooperieren, sie in der Öffentlichkeit zu unterstützen und sie anzutreiben, sich für mehr Demokratie in der Wirtschaft einzusetzen und die Institutionen der Mitbestimmung auszubauen. Das betrifft auch die Finanzmärkte und ihre Akteure. Diese müssen nicht nur der Regulation, sondern vor allem auch einer demokratischen Regulation unterworfen werden. Institutionelle Anleger wie Banken, Versicherungen oder Pensionsfonds müssen mitbestimmt und öffentlich kontrolliert werden (um eine Vergesellschaftung der Risiken zu verhindern). Das Investitions- und Anlageverhalten muß reguliert werden, um das Ausschlachten und Überschulden von Unternehmen zu verhindern, der Zeithorizont der Renditeerwartung muß gedehnt, das Anlageverhalten auf qualitative Indikatoren ausgerichtet werden. Es bedarf der Einrichtung öffentlicher Ratingagenturen und öffentlicher Fonds. Gewerkschaftliche Fonds könnten gefördert und zu Anteilseignern der Unternehmen werden.

5.] Demokratische Kämpfe können schon seit längerem und heute erst recht nicht mehr allein auf nationalstaatlichem Terrain geführt werden. Die Veränderung von Eigentumsformen würde nicht nur innergesellschaftliche, sondern sofort auch internationale Spannungen hervorrufen. Das Bürgertum der führenden kapitalistischen Staaten würde alle Hebel in Bewegung setzen, solche Reformen zu bekämpfen, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Solche Formen der »Heiligen Allianz« gibt es seit langem. Verstärkt wird dies sicherlich durch internationale Kapitalverflechtung, ausländische Direktinvestitionen, strategische Allianzen, die weitere Entwicklung einer globalen zivilgesellschaftlichen Vernetzung der Herrschenden durch Koordinationskreise, Diskussionszirkel, Ausbildung sowie schließlich die Verlagerung politischer Entscheidungen in transnationale Gremien.

Die sozialen Bewegungen haben auf diese Entwicklungen schon längst reagiert. Die Treffen in Davos werden von Kritikern beobachtet, auf internationalen Konferenzen sind NGOs anwesend, es gibt die globalen und regionalen Sozialforen, die Protestkampagnen gegen global operierende Unternehmen und die Demonstrationen gegen internationale Gipfeltreffen. Vieles bleibt kampagnenartig, die Aufmerksamkeiten sind ungleich verteilt und nicht immer sachangemessen. Erforderlich ist aber nicht nur, das alles zu verstetigen. Es bedarf auch der demokratiepolitischen Kämpfe, die dafür eintreten, diese internationalen Entscheidungsprozesse transparent zu machen und zu demokratisieren. Denn ansonsten laufen die Bewegungen den Entscheidungen immer hinterher. Es gehört eben zum Privileg der Herrschenden, daß sie für ihre Zwecke gesellschaftliche Ressourcen aneignen, sich schneller bewegen können, Prozesse auf Dauer stellen und Personal beschäftigen können. Dies läßt sich nur ändern, wenn Entscheidungen zeitlich, räumlich und sozial fixiert werden: also Zuständigkeiten, Gremien, Verfahren, Auswahl der Entscheidung treffenden Personen. Attac ist in diesem Zusammenhang eine wichtige Organisation, weil sie von ihren Gegenständen her auf diese Globalisierungsprozesse hin ausgerichtet ist, und sie operiert in gewisser Weise schon international. Es bedürfte hier weiterer Schritte, zu einer transnationalen Politik zu kommen.

Attac Deutschland - Attac Flandern - Attac Frankreich
Attac Österreich - Attac Schweiz - Attac Spanien

Die Zukunft der EU muss in die Hände der Bürgerinnen und Bürger gelegt werden

Erklärung zum EU-Rat vom 21. bis 23. Juni in Brüssel. Frankfurt am Main u. a. 23.06.2007

Die vorgeschlagenen Veränderungen der EU-Verträge sind der Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit unwürdig. Der vorgeschlagene Verfassungsvertrag wurde in zwei Mitgliedsstaaten aufgrund schwerer sozialer und demokratischer Defizite in der EU und im Binnenmarkt abgelehnt. Die vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Änderungen geben keine Antwort auf diese sozialen und demokratischen Bedenken. Sie verstärken vielmehr die bestehende Skepsis, da die Veränderungen der Verträge hinter verschlossenen Türen ohne jede Beteiligung der Bevölkerungen und der Parlamente stattfinden.

Deshalb fordern 17 europäische Attac-Gruppen in den "10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag", dass ein neuer und demokratischer Konvent einen Vertrag ausarbeiten soll. Dieser Konvent muss direkt durch die BürgerInnen aller EU-Mitgliedsstaaten gewählt werden und mit den nationalen Parlamenten zusammenarbeiten.

Der in Brüssel beschlossene Zeitplan sieht die Entscheidung über die Vertragsinhalte schon bis Ende 2007 und als spätesten Zeitpunkt für die Ratifizierung die nächsten Europawahlen im Juni 2009 vor. Der Prozess wird beschleunigt, um eine europaweite öffentliche Debatte über die präsentierten Vorschläge zu verhindern. Das erfordert ein Schnellverfahren (eine Regierungskonferenz mit einer bereits vorbestimmten Agenda), geheime Verhandlungen und aller Voraussicht nach Ratifizierung fast nur durch die Parlamente; ein Schritt, der mit der geringeren Ambitioniertheit des Vertrages gerechtfertigt wird.

Die politischen Eliten in Europa, die in Brüssel zusammenkamen, haben das europäische Projekt in den Augen der BürgerInnen diskreditiert, sie werden auf schwere Krisen in der Zukunft einstellen müssen.

Darüber hinaus haben sie sich nur auf das reduzierte Ziel eines "Mini-Vertrages" konzentriert. Sie haben keine konkreten Vorschläge gemacht, wie die brennenden sozialen, ökologischen und demokratischen Probleme gelöst werden können. Der konjunkturell bedingte wirtschaftliche Aufschwung lenkt von der Dringlichkeit der notwendigen Veränderungen ab. Die gegenwärtige Situation ist geprägt durch wachsende Ungleichheiten, einer Arbeitslosenquote auf anhaltend hohem Niveau, dem Abbau der öffentlichen Dienstleistungen, dem Aufkeimen politischer Fundamentalismen und eine massive und inakzeptable Umweltzerstörung. Die aktuelle Krise ist das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, das dem Profitstreben und der Kommerzialisierung der Welt Vorrang einräumt, während sich die sozialen Schutzmechanismen ebenso verschlechtern wie die Situation der Mehrheit der Bevölkerung.

Deshalb erachten es unsere europäischen Attac-Gruppierungen als essentiell und dringlich, ein neues Entwicklungsmodell zu errichten und der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten eine Reihe von Prinzipien vorzugeben:

Die Garantie der Achtung und der gleiche Zugang zu den Grundrechten für alle in Europa lebenden Menschen;

Die substanzielle Erhöhung des EU-Budgets, um der erfolgten Erweiterung Rechnung zu tragen und die Solidarität durch massive Transfers in die neuen Mitgliedsstaaten sicherzustellen sowie um Sozial- und Steuerdumping zu verhindern.

Wettlauf nach oben bei sozialen Rechten und Steuerfragen in der EU;

Demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Die Politik muss ihre Verantwortung in der Euro-Gruppe und in der Geldpolitik wahrnehmen.

Massive Reduzierung des Energieverbrauchs und eine Energieproduktion auf nachhaltiger Basis;

Teilnahme an einer neuen multilateralen und offenen internationalen Ordnung, die dem Frieden und der Solidarität zwischen den Ländern verpflichtet ist.

Der Aufbau eines sozialen, solidarischen, demokratischen und ökologischen Europas hängt von europäischer Kooperation ab. Aus diesem Grund lehnten in Frankreich nach einer intensiven öffentlichen Debatte die BürgerInnen den 2005 vorgeschlagenen Verfassungsvertrag ab. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, dass die jüngsten Ergebnisse der französischen Präsidentschaftswahl die Gründe für diese Ablehnung eliminiert hätten.

Nach den undemokratischen Entscheidungen des EU-Rats vom 21. bis 23. Juni werden wir soziale Bewegungen und unsere Bündnispartner zusammenbringen, um eine neue Welle der Mobilisierungen auszulösen. So wollen wir den Aufbau eines sozialen, solidarischen, demokratischen und ökologischen Europas in Gang bringen.

G8 –Proteste: Berichte, Eindrücke, Kontroversen

Erklärungen von Attac

Attac-Deutschland: Erklärung zu Ablauf der internationalen G8-Großdemonstration in Rostock

02.06.2007 Trotz einer friedlichen und erfolgreichen Demonstration ist es am Rande der Proteste zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Anlass für die Eskalation nach Ende der Demonstration war nach derzeitigem Kenntnisstand der Angriff einer kleinen Gruppe Demonstranten auf einen am Kundgebungsplatz geparkten Polizeiwagen. Dabei sind offenbar zwei Polizisten verletzt worden. Danach eskalierte die Situation. An der Eskalation waren beide Seiten beteiligt. Dabei hat insbesondere die Polizei mit gezielten Übergriffen auch auf friedliche Teilnehmer der Kundgebung unverhältnismäßig reagiert. Eine Beruhigung der Lage erfolgte nach aktivem Bemühen um Deeskalation durch die Veranstalter und intensiven Kontakten zwischen Demo-Leitung und Polizei.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac verurteilt scharf den tätlichen Angriff auf die beiden Polizeibeamten. "Auch das wiederholte Nachsetzen einiger Protestteilnehmer auf die sich zeitweise zurückziehende Polizei war vollkommen verantwortungslos", sagte Werner Rätz vom Attac-Koodinierungskreis.

Peter Wahl, ebenfalls Mitglied des Attac-Koordinierungskreises, betonte den zuvor friedlichen Verlauf der Demonstration. "In Rostock haben heute 80 000 Menschen ihren demokratischen Protest gegen die unmenschliche Politik der G8 gewaltfrei und phantasievoll zum Ausdruck gebracht." Während der Demonstration hätten die Absprachen zwischen den Organisatoren und der Polizei funktioniert. Die internationale Großdemonstration wurde von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen, das von der Interventionistischen Linken über Attac bis zu Greenpeace reicht. Alle Partner haben sich an die Vereinbarung über den friedlichen Charakter der Demonstration gehalten. "Dies war ein großer Erfolg der Monate langen Mobilisierung. Und den lassen wir uns nicht kaputt machen", ergänzte Pedram Shahyar, ebenfalls vom Attac-Koordinierungskreis.

"Wir hoffen, dass trotz der heutigen Vorfälle in den kommenden Tagen das politische Klima friedliche, demokratische Proteste gegen die Politik der G8 möglich macht", appellierte Peter Wahl an alle Beteiligten.

Attac Schweiz
Grosse globalisierungskritische Mobilisierung in Rostock gegen den G8-Gipfel

Rostock. 4. Juni 2007

Zur Eröffnung des G8-Gipfels am Samstag, den 2. Juni 2007 in Rostock, Norddeutschland, haben sich 80’000 Menschen zu einer Grossdemonstration eingefunden. Alle setzen sich für das gleiche Ziel ein: die weltweite Politik anzuprangern, die durch die reichsten und mächtigsten Staaten des Planeten angetrieben wird. Attac Schweizer schliesst sich mit den weiteren in Rostock anwesenden Attac zusammen, um festzuhalten, dass die Demonstration ein Erfolg war; gross, vielfältig und mehrheitlich friedlich.

Es war die grösste Demonstration gegen die Globalisierung, die in Deutschland je stattgefunden hat. Sie wurde von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen: Gewerkschaften, NGO aus den Bereichen Umwelt und nationale Solidarität, anarchistische und autonome Bewegungen, Netzwerke gegen die Prekarisierung, Attac, usw.

Leider ist es im Anschluss an die friedliche Demonstration zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einzelnen Protestteilnehmern gekommen. Dabei hat, gemäss ersten Berichten, insbesondere die Polizei mit gezielten Übergriffen auch auf friedliche TeilnehmerInnen der Kundgebung unverhältnismässig reagiert.

Als friedliche Bewegung, die Gewalt an Menschen verurteilt, bedauert Attac Schweiz diese Vorkommnisse, die durch die Medien ausführlich behandelt wurden. Ausserdem lenken diese Zwischenfälle von den Forderungen und den Inhalten ab, welche von der ganz grossen Mehrheit der Bewegungen und friedlichen Teilnehmenden getragen wird, die an diesem Gegen-Gipfel teilnehmen.

Wir erinnern daran, dass die hauptsächliche Gewalt durch die Politik der G8-Staaten verursacht wird: Kriege, einseitige Wirtschaftspolitik zugunsten der grossen Firmen im Norden, Strukturanpassung, Zerstörung des sozialen Schutzes, Ausnutzung der Ressourcen, Verschuldung der Dritten Welt...(…)

Erklärung von Attac Deutschland zu Aktionen Zivilen Ungehorsams
Friedliche Sitzblockaden gegen G8 sind legitim und keine Gewalt

Rostock 05.06.2007
In der aufgeheizten Debatte in Folge der gewaltsamen Auseinandersetzungen nach der friedlichen Großdemonstration am Samstag in Rostock drohen grundlegende Bürgerrechte unter die Räder zu geraten. Viele Menschen haben sich darauf vorbereit, mit friedlichen Sitzblockaden gegen den G8-Gipfel zu protestieren. Attac

Deutschland ruft nicht zu den Blockaden auf und gehört nicht dem Bündnis "Block G8" an. Zahlreiche Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerkes werden sich aber an den Blockaden beteiligen. Wir haben großen Respekt vor allen Menschen, die mit den friedlichen Mitteln des zivilen Ungehorsams protestieren.

Sitzblockaden sind eine Ordnungswidrigkeit und keine Straftat und insofern etwa mit Falschparken vergleichbar. Das hat das Bundesverfassungsgericht 1995 in einem Urteil zu den Sitzblockaden von Mutlangen klar festgestellt. Aktionen Zivilen Ungehorsams haben eine lange Tradition in sozialen Bewegungen, die von Mahatma Gandhi über Martin Luther King bis zur Friedensbewegung reicht.

Gemeinsam mit vielen Aktiven setzen sich die an den Blockaden beteiligten Attac-Mitglieder im Rahmen der Kampagne "Block G8" dafür, ein, dass die Sitzblockaden friedlich bleiben und nicht von anderen für Straftaten missbraucht werden können. Dies sieht das Konzept von "Block G8" von Beginn an vor.

Bereits seit einem Jahr und jetzt verstärkt bereiten sich die Aktiven in "Block G8" in Aktionstrainings darauf vor, die Blockaden so zu gestalten, dass sie nicht zur Eskalation beitragen und mögliche Straftäter von vornherein ausgeschlossen werden. Eine Konfrontation mit der Polizei wird nicht gesucht und nicht geduldet.

Attac erwartet von der Polizei, dass sie das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit achtet. Friedlich Blockierende dürfen nicht verletzt werden.

Attac Österreich: G8-Proteste großer Erfolg
G8 sind nicht an Absichtserklärungen sondern an Taten zu messen

08.06.2007:
Für Attac sind die heute zu Ende gegangenen Protestveranstaltungen zum G8-Gipfel ein großer Erfolg. Zehntausende Menschen auf den Strassen sind der Beweis, dass das derzeitige globale Wirtschaftssystem, in dem eine Minderheit gewinnt und die Mehrheit verliert, nicht kritiklos hingenommen wird. „Ein Bündnis verschiedenster Gruppen hat in Rostock der G8 und der Weltöffentlichkeit gezeigt, dass das große gemeinsame Anliegen - eine gerechte Gestaltung der Globalisierung – nicht ungehört bleibt“, erklärt Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich.

Für Attac ist die scheinheilige Politik der G8 ist nicht an Absichtserklärungen sondern an den konkreten Taten zu messen. „Niemand trägt mehr Verantwortung für die unfairen Regeln, nach denen die Globalisierung heute funktioniert als die G8. Würden die mächtigen Regierungen auf die Menschen auf der anderen Seite des Zaunes hören, könnten sie sinnvolle Vorhaben mit vielen Staaten gemeinsam in der UNO durchsetzen“, so Strickner.

Strickner zu den Gipfelbeschlüssen: „Jeder Dollar zusätzlich für Afrika ist zwar erfreulich. Neben der fraglichen Umsetzung darf dabei aber nicht übersehen werden, an welche Bedingungen diese Hilfe geknüpft ist. Gerade über die Durchsetzung von Freihandelsinteressen holen sich die so genannten Geberländer ein Vielfaches der versprochenen Hilfsmittel wieder zurück.“
Auch von einem Nachfolge-Klimaschutzabkommen mit verbindlichen Reduktionszielen sind die G8 weiter entfernt denn je. „Die Zielvorgaben der G8 zum Klimaschutz sind völlig unzureichend“, erklärt Strickner.
Eine effektive Regulierung der Finanzmärkte ist seitens der G8 nicht einmal angedacht: „Hedge-Fonds werden nach der G8-Erklärung weiterhin nicht einmal so streng reguliert wie Bausparkassen“, so Strickner.
„Es gibt Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Wir brauchen den Vorrang von sozialen Rechten, Arbeitsrechten und Umweltschutz vor der einseitigen Kapital- und Investitionsfreiheit großer Konzerne. Dies werden wir gemeinsam mit sozialen Bewegungen auch nach dem G8-Gipfel in Österreich wie auf globaler Ebene weiter einzufordern. Ein Beispiel dafür ist der weltweite „STOP EPAs“ Aktionstag am 27. September gegen die unfairen Freihandelsabkommen der EU (EPAs) mit den AKP-Staaten“, so Strickner.

Attac Deutschland: Gipfelproteste voller Erfolg für globalisierungskritische Bewegung
Tiefe Legitimationskrise der G8 offenkundig

Rostock 08.06.2007
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac betrachtet die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm als vollen Erfolg. "Diese Woche in Rostock und Heiligendamm hat vieles in der politischen Landschaft verändert. Wir haben die größte globalisierungskritische Massenmobilisierung erlebt, die es in Deutschland je gegeben hat", sagte Werner Rätz vom Attac-Koordinierungskreis.

Allein an der internationalen Großdemonstration am Samstag nahmen 80.000 Menschen teil. Gut 20.000 Aktivistinnen und Aktivisten haben bei der Aktionswoche mitgemacht; an den friedlichen Massenblockaden der Kampagne "Block G8" beteiligten sich mehr als 10.000 Menschen. Auch der Alternativgipfel zog rund 2000 Menschen an. Organisiert wurden die Proteste von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, dessen Spannweite vom Rand der institutionellen Kirche über Attac bis zu linken Basisgruppen reichte. Mit Greenpeace oder der Interventionistischen Linken brachten sich Organisationen und Strömungen in die Zusammenarbeit ein, die Bündnissen bisher sehr zurückhaltend gegenüber standen. Werner Rätz: "Mit dieser breiten Bewegung wird künftig zu rechnen sein."

Der Gipfel in Heiligendamm habe erneut gezeigt, dass die G8 keinerlei Lösungen für die Probleme der Welt anzubieten haben. "Die Legitimationskrise der G8 ist offenkundig geworden", sagt Pedram Shahyar, ebenfalls Mitglied des Attac-Koordinierungskreises. "Die G8 sind überflüssig. Heiligendamm wird ein dicker Sargnagel in der Geschichte ihrer Beerdigung gewesen sein." Ein Klimakompromiss, der vom bereits zweimal reduzierten Mindestziel nach unten abweicht und nur erwogen wird, sei ein Witz. Dasselbe gelte für das Thema Afrika: Die G8 hätten ausschließlich die bis heute nicht erfüllten Versprechen vom G8-Gipfel 2005 in Gleneagles wiederholt.

In der Vergangenheit hätten die G8 es meist geschafft, zwischen ihren internen Machtansprüchen erfolgreich zu vermitteln. Doch dieser Konsens trage nicht mehr. "Da stehen die so genannten Schwellenländer und fordern ihren Anteil. Da steht die internationale Gemeinschaft und akzeptiert ihre Ausgrenzung immer weniger, wie die immer wieder scheiternden WTO-Verhandlungen zeigen. Und da stehen die Menschen überall in der Welt, die nicht nur Kuchen oder Brot, sondern die ganze Bäckerei fordern", so Shahyar.

Das alles zusammen verstärke die Legitimationskrise der G8. Entsprechend unsouverän sei die Reaktion der acht Regierungs-Chefs auf den breiten Protest aus der Zivil-

gesellschaft. Werner Rätz: "Sie wollen sich den Protest vom Leib und aus den Augen halten. Das ist ihnen hier nicht wirklich gelungen. Da wird auch die Verlegung auf Flugzeugträger oder einsame Inseln nichts nützen."

Attac Österreich: G8-Gipfel: Attac fordert Aufklärung der Grundrechtsverletzungen
Von Deeskalationsstrategie der Polizei kann keine Rede sein

20.06.2007:
Im Zusammenhang mit den zahlreichen Beschneidungen von BürgerInnenrechten vor und während der G8-Proteste unterstützt Attac Österreich die Forderung von Attac Deutschland nach umfassender Aufklärung der Grundrechtsverletzungen. "Die Liste der polizeilichen Übergriffe und ist erschreckend lang, noch immer werden neue Details der Geschehnisse bekannt und treffen Erfahrungsberichte von österreichischen TeilnehmerInnen der Proteste ein", so Christian Schoder von Attac Österreich.

Die nach Attac-Ansicht auch verfassungsrechtlich äußerst bedenklichen Vorgangsweise reichen von den groß angelegten Razzien in der linken und alternativen Szene vor dem G8-Gipfel über den Einsatz von Tornados und Hubschraubern der Bundeswehr während der Proteste bis hin zu den massiven Verletzungen der Rechte der in den Gefangenensammelstellen (Gesas) festgehaltenen Menschen. So verwehrte die Polizei Rechtsanwälten den Zugang zu den Gesas. Zudem brannte in den Käfigen laut Zeugen Tag und Nacht Licht. Dazu kommen zahlreiche unverhältnismäßige Übergriffe der Polizei während der Proteste. Hierzu zählt der Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcken gegen friedliche TeilnehmerInnen etwa der Massenblockaden des Bündnisses "Block G8", wobei auch eine österreichische Journalistin verletzt wurde.

Massiver Klärungsbedarf besteht aus Sicht von Attac zudem über einen möglichen Einsatz von so genannten Agents Provocateurs der Polizei sowie über die offenkundigen Falschmeldungen von angeblich mit Säure beladenen Spritzpistolen der Clowns und bei Blockierenden gefundene Molotow-Cocktails.

Die rund 80 TeilnehmerInnen von Attac Österreich fühlten sich in Rostock und Heiligendamm nicht von der teils schwarz vermummten und hochgerüsteten Polizei geschützt, was eigentlich ihre Aufgabe gewesen wäre, sondern vielfach bedroht. "Deeskalation sieht anders aus", so Christian Schoder, Koordinator des Sonderzuges von Attac Österreich nach Rostock abschließend.

Weiteres Dokumentationsmaterial:
www.spiegel.de/videoplayer/0,6298,18716,00.html
www.youtube.com/watch

Werner Rätz
Wo steht die Bewegung nach Heiligendamm 2007?

Drei Ziele waren für viele Linke, so auch für mich, mit der über zwei Jahre laufenden G8-Mobilisierung verbunden gewesen: Zum einen sollte die Illegitimität und inhaltliche Nutzlosigkeit des sich selbst als Weltwirtschaftsgipfel verstehenden Treffens öffentlich sichtbar gemacht werden. Zum zweiten ging es darum, die Ausnahmestellung Deutschlands im internationalen Rahmen zu überwinden und praktisch zu beweisen, dass globalisierungskritische Massenmobilisierung auch hierzulande möglich ist. Und drittens sollte sich das in einer Verschiebung des gesamten politischen Spektrums nach links niederschlagen. Alle drei Ziele wurden erreicht, insofern ist die Kampagne als voller Erfolg zu werten. Dennoch gibt es natürlich Abstriche und weitere Elemente, so dass eine Bilanz doch nicht nach diesem kurzen Resümee enden kann.

Den Hauptanteil an der Demontage der öffentlichen Erwartungen an den G8-Gipfel tragen die beteiligten Regierungen selbst. Zwar hatten sie eine komplizierte Ausgangslage, die sich nicht dauerhaft wiederholen wird, weil mit Blair, Chirac und tendenziell auch Bush gleich drei Chefs auf Abruf dabei saßen und so die Bundeskanzlerin zur einäugigen Königin avancierte. Aber auch deren eigene Perspektivlosigkeit war monatelang deutlich geworden. Wollte sie noch im Herbst letzten Jahres schwerpunktmäßig Energiesicherung und geistiges Eigentum zum zentralen Thema machen, so stieg sie zwischenzeitlich auf scheinbar popularitätsträchtigere Aspekte derselben um: Von Patenten und AIDS zur Armut in Afrika und von der Atomkraft zum Klima. Beide Themen wurden aber in Sachkompetenz, Lösungsorientiertheit und Empathie für die Bedürftigsten von den Bewegungen viel besser besetzt als von den Regierungen. Schon lange vor dem Gipfel war der Tenor selbst in Mainstreammedien, dass die Vorschläge der G8-Präsidentshaft dünn und die kritischen Positionen doch offenbar begründet oder zumindest erwägenswert seien. Noch nie war so viel Platz für die Inhalte der KritikerInnen in der Öffentlichkeit wie vor diesem Gipfel.

Dagegen war die Mobilisierung des Protestes auf die Straße lange Zeit sehr zäh. Zwar hatten einige Akteure schon sehr früh, teilweise zwei Jahre im Voraus, begonnen, sich auf ihre Kampagnen vorzubereiten. Auch die Bereitschaft, deutlich über die bisher üblichen Bündniskonstellationen miteinander zu reden, war erfreulich groß. Und schon sehr bald standen mit Großdemo, Alternativgipfel, Blockaden und Camps die wesentlichen Elemente der späteren Proteste fest. Aber die Breite war zu groß, so dass die reale Zusammenarbeit sich auf die einzelnen „Module“ beschränkte. Einzelne Akteure zogen sich ganz in jeweilige Kleinteiligkeiten zurück. Noch Anfang 2007 sah es so aus, als ob die Beteiligung zahlenmäßig eher gering ausfallen würde. Erst als das Bundesinnenministerium eine Repressionswelle und massive öffentliche Hetze gegen GipfelkritikerInnen lostrat, startete auch die Mobilisierung durch. Es lässt sich im Nachhinein nicht sagen, ob das einfach der Zeitpunkt war, als unsere vielen Veranstaltungen, die Unmengen an produziertem Material, die unermüdliche Arbeit zahlreicher AktivistInnen ohnehin wirksam geworden wäre oder ob diese innenpolitische Linie den Ausschlag gab. Jedenfalls wurde die Mobilisierung auch zahlenmäßig ein Erfolg. Vor allem die Beteiligung an der Aktionswoche mit weit über 20 000 Menschen, davon gut die Hälfte in den Blockaden, ist überwältigend.

Genau darin besteht auch zum wesentlichen Teil die erreichte Linksverschiebung im politischen Spektrum: Es gibt ein ganze

Menge von aktionsbereiten Leuten, die aufmüpfig sind, selbstbewusst und bereit, Grenzen zu überschreiten und Ungehorsam zu leisten. Viele sind sehr jung und ganz sicher gibt es noch deutlich mehr, die ebenso denken und nicht in Heiligendamm anwesend waren. Darin steckt die Möglichkeit zu erheblichen Veränderungen in der politischen Landschaft, aber auch einige Probleme sind schon vor Ort sichtbar geworden.

Es gibt offenbar nur eine unzureichende Kommunikation zwischen den verschiedenen Bewegungsbestandteilen. So konnte die Orientierung etwa von attac auf öffentliche Wahrnehmbarkeit, regelmäßigen und professionellen Umgang mit den Medien und die Entwicklung z. T. auch ins Detail gehender Lösungsvorschläge von vielen nur als Anbiederung an „sozialdemokratische“ Politikmuster verstanden werden, während umgekehrt attac nicht damit zurecht kam, dass es von den Medien in eine Sprecherrolle für die gesamte Bewegung gedrängt wurde, die ihm gar nicht zukommt und auch nicht ansteht. Das ging teilweise bis zu persönlichen Anfeindungen, durchaus von Personen beider Seiten ausgehend. Es wurden nicht nur Beschimpfungen und vereinzelt Drohungen ausgesprochen, sondern z. B. auch attac-Fahnen verbrannt. Aber es gab eben auch einen massiven Versuch von Teilen der attac-Spitze, den Blockaden ihren verabredeten Charakter zu nehmen, der als aktive Entsolidarisierung und teilweise tatsächliche Gefährdung der BlockadeteilnehmerInnen erlebt wurde.

Dabei geht es nicht nur um eine unterschiedliche Wahrnehmung, sondern um durchaus reale Erfahrungen. Ein Großteil der Partner, mit denen Attacies üblicherweise zusammenarbeiten, wie GewerkschafterInnen, Kirchenleute, Jugendverbände von Parteien und Groß-NGOs, war kaum in den Camps vertreten. Das wurde als Defizit, als Mangel im Erfolg der Mobilisierung registriert, während es manchen jungen AktivistInnen vielleicht gar nicht aufgefallen sein mag oder auch als – leider – normal abgehakt wurde. Das Gespräch, warum ist dem einen die Breite der Bewegung ein aktuelles Anliegen und der anderen liegt viel mehr die Chance am Herzen, nun mit Gleichgesinnten aktiv sein zu können, ist noch wenig entwickelt.

Darin liegt auch ein, wenn auch ganz sicher nicht der einzige, Hintergrund für die völlig gegensätzliche Einschätzung einer Reihe von Situationen, etwa der Auseinandersetzungen am Rand der Großdemonstration am Samstag in Rostock oder der Polizeiübergriffe gegen die Aktionen der Folgetage. Von großen Teilen von attac wurde das weitgehende Fehlen bestimmter linker Milieus vor Ort als Problem gesehen, das man jetzt und hier bearbeiten muss. Nicht zuletzt mit dem Blick auf Bündnispartner Kirchen und Gewerkschaften wurden nicht nur klare Abgrenzungen von Aktionsformen wie Steinewerfen verlangt (als wenn das nötig wäre und nicht jedeR ohnehin wüsste, dass attac das nicht macht), sondern auch massive Distanzierungen von den Leuten, die sie akzeptieren, oft ohne sie selbst anzuwenden. Die fühlen sich dergestalt der Staatsmacht überlassen und so gewann sogar das Gerücht Glaubwürdigkeit, attac habe die infame Aufforderung positiv aufgenommen, an den Ausschreitungen Beteiligte anzuzeigen. Da ist natürlich nichts dran. Dran ist aber etwas an dem Vorwurf, dass von Attacies die realen Übergriffe der Polizei gegen Protestierende nicht zur Kenntnis genommen oder ausdrücklich als nicht für die Gesamtlage repräsentative Einzelfälle bagatellisiert worden sind.

Selbstverständlich stehen hinter dem widersprüchlichen Umgang mit den militanten Auseinandersetzungen weitere reale Widersprüche. Hier geht es um Staat, Staatsmacht, Rechtsstaatlichkeit, staatliches Gewaltmonopol, weltweite Gewaltverhältnisse und Legitimität des Widerstandes dagegen. Diese Differenzen sind alt und lange diskutiert und werden sich nicht wirklich auflösen. Wenn wir nicht von vorne herein getrennte Mobilisierungen haben wollen, dann werden wir als Bewegung damit leben und umgehen müssen. Abgesehen davon, dass niemand glaubwürdig darstellen kann, wie solche Trennungen gegen den Willen der Beteiligten durchsetzbar sein sollten, halte ich sie auch politisch nicht für wünschenswert. Auch grundsätzliche, radikal-linke Kritiken sind Teil der Bewegung und müssen dort ihren Platz haben. Ausgrenzungen prinzipieller Art schwächen die Klarheit der Kritik und die Durchsetzbarkeit der Anliegen insgesamt.

Aber es bleibt selbstverständlich ein Problem, dass niemand akzeptieren kann, dass verabredete Aktions- und Verhaltensformen von einigen willkürlich und selbstherrlich missachtet werden. Wer bedingungslose Solidarität auch mit militanten Aktionsformen fordert, setzt diese Form absolut. Nicht-militante Strömungen könnten dann nur noch auf die Straße gehen, wenn die Militanten ausdrücklich nicht aufriefen. Es muss möglich sein, zu verbindlichen Absprachen zu kommen und ihre Einhaltung einfordern und durchsetzen zu können. Diese Verabredungen hatte es vor dem 2. Juni in Rostock gegeben, sie umfassten das gesamte politische Spektrum von den Organisatoren des Blocks make-captalism-history über attac bis zu den kirchlichen NGOs. Die organisierten Kräfte haben diese Absprachen auch alle eingehalten, allerdings gab es ein Potenzial von einigen Hundert Leuten, die da nicht eingebunden waren und auch kaum erreichbar sind. Da wird man zukünftig im Vorfeld sehr viel genauere Anstrengungen unternehmen müssen.

Dennoch hat sich das Bündnis, das formal gar keines war, bewährt. Formal gab es lediglich einen Koordinierungskreis G8, wo man sich erzählte, was man so plante und dachte. Dieser Kreis schaffte es während der Protestwoche immerhin, täglich eine Pressekonferenz anzubieten, bei der mehrere Beteiligte präsentiert wurden, die je in ihrem eigenen Namen sprachen. In diesem Kreis wurden auch Krisen besprochen und bearbeitet. Es gibt die Chance, dass diese Zusammenarbeit zumindest zwischen einzelnen Organisationen bei Bedarf und Gelegenheit erneuert wird.

Das wird wichtig für die weiteren Möglichkeiten der Bewegung sein, entscheidend aber ist, dass es Handlungsmöglichkeiten für das neue aktivistische Potenzial gibt. Diese Leute glauben nicht daran, dass die Herrschenden nicht wissen, was sie tun. Sie haben nichts gegen Argumente, doch sie erwarten nicht, dass die besseren Argumente auch zu einer besseren Politik führen werden. Sie wollen etwas tun, sich dem täglichen Irrsinn verweigern, sich der falschen Politik tatsächlich in den Weg stellen. Es gibt bisher keine Strategien, wie das umgesetzt werden könnte. Es ist auch unklar, wer es mittragen könnte. Und erst recht gibt es bisher keine Strukturen, in denen das organisiert werden könnte. Vielleicht können vorhandene Akteure das aufnehmen, vielleicht müssen völlig neue entstehen. Sollte attac versuchen, sich diesem Potenzial gegenüber zu öffnen, so würde das bestimmte Veränderungen in attac mit sich bringen. Attac als „Volksbildungsbewegung mit Aktionscharakter“ wäre da wahrscheinlich zu wenig. Die Verschiebung politischer Schwerpunktsetzungen hin zu aktionistischeren, wenn man so will „linkeren“, Positionen wäre wohl nötig. Soll das nicht zur Spaltung von attac führen, dann müsste der dabei an Bedeutung verlierende Flügel von attac das akzeptieren und wollen. Wenn nicht, dann gehen die Leute woanders hin – und zahlreiche bisherige Attacies wohl auch.

Katja Kipping

Gipfelproteste 007 – Was bleibt?

Gewonnene Zuversicht ist mehr als eine spontane Anwandlung – darin liegt der Erfolg

Was bleibt? Diese Frage erinnert zunächst nur formal an eine Erzählung von Christa Wolf. Kenner der Erzählung erinnern sich jedoch: Auf einer Lesung begegnet die Protagonistin einer neuen Generation von Schreibenden, die provozierende Fragen nach einer lebbaren Zukunft aufwirft – voller Mut, etwas zu verändern. Auch um Heiligendamm konnte man eine neue Generation erleben, die bestehende Zustände hinterfragt – und das wo alle Welt vom politischen Desinteresse der Jugend spricht. Schon in dieser Politisierung junger Menschen liegt ein Erfolg der Gipfelproteste.

Gipfelproteste – unterm Strich ein Erfolg

Doch wie sind die Gipfelproteste ansonsten zu bewerten? Am Samstagabend schien es angesichts der Ausschreitungen, als sei all die Arbeit umsonst gewesen. Zu sehr dominierten die Bilder der Gewalt. Doch zum Glück waren diese Bilder nicht die einzigen, die von den Protesten aus um die Welt gingen. 80 000 kamen, um gegen die G8 zu demonstrieren. Die Demonstration bestach dabei durch eine Lebendigkeit, wie sie selten auf Demos in der BRD zu erleben ist. Die Diskussionsrunden waren gut besucht. Mit friedlichem zivilem Ungehorsam und tausenden Beteiligten gelang das scheinbar Unmögliche – die Blockaden. Der Tagungsort war nur über Luft und Wasser zu erreichen. Die Berichte darüber waren die Top-Meldungen des Tages und haben somit dem G8-Gipfel die Show gestohlen.
Die globalisierungskritische Bewegung hat darüber hinaus Akteure bekannt gemacht. Selbst in Talkshows bleiben nun die G8-Befürworter nur noch selten unter sich. Dies hat ein gesellschaftliches Klima befördert, in dem Globalisierung in ihrer jetzigen Form für immer weniger Menschen als Naturereignis gilt. Die Gipfelproteste haben damit den Nährboden bereitet für Alternativen. Dies sind Erfolge, die über die Woche hinaus wirken.

Kritisch zu bilanzieren ist hingegen, dass strukturelle Alternativen zu den G8 kaum erörtert wurden. Sicherlich: Am Anfang steht die Kraft des gemeinsamen Nein zu dieser selbsternannten Weltregierung G8. Jedoch sollte nicht der Eindruck entstehen, es wäre besser, wenn die Nationalstaaten die Kooperation untereinander einstellen oder die USA als G1 agieren lassen. Das gemeinsame Nein gibt Kraft. Dies darf allerdings nicht zur Selbstgenügsamkeit führen. Wir sind als Partei aufgefordert, eine kohärente sozialistische Globalisierungskritik und strukturelle Alternativen zu erarbeiten.

Ein Schlüsselerlebnis für alle Beteiligten

Für die vielen Menschen, die wie ich an den Gipfelprotesten teilnahmen, brachten die Proteste einen ganz besonderen Ertrag: die Schlüsselerfahrung, gemeinsam und solidarisch zu handeln. So konnte wer wollte auf den Camps und bei der Volksküche Selbstorganisation jenseits der kapitalistischen Profitlogik live erleben und praktizieren. Auch die Blockaden haben mit ihrer Struktur der demokratischen Willensbildung Horizonte erweitert. Bezugsgruppen wählten Delegierte und diese erörterten in Delegiertenversammlungen das weitere Vorgehen. Demokratische Verfahren sind ergo auch in komplizierten Situationen praktizierbar. Die Handlungsfähigkeit von heterogenen Truppen ist auch ohne autoritäres Ansagertum zu organisieren. Dies war ein Erfolg der selbstorganisierten Vielfalt gegenüber uniformierten Befehlsketten.
Auch viele, die nicht in die Gipfelproteste involviert waren, zeigten sich begeistert von deren Erfolg. Dies zeigt, dass friedlicher ziviler Ungehorsam zum Repertoire einer kritischen Linken gehört. Offensichtlich entfalten solche kollektiven Grenzüberschreitungen eine Wirkung, die mit gewohnten Sichten auf die Welt bricht.

Die Linke und die Bewegung

Die Gipfelproteste waren auch für DIE LINKE ein Erfolg. Mit rund 10 000 Menschen haben wir sichtbar an der Demonstration teilgenommen. (…) Wir waren 24 Stunden am Tag dabei und sind nicht nur zu den Presseterminen erschienen. Kurzum: DIE LINKE war organischer Bestandteil der Gipfelproteste und hat zu deren Gelingen beigetragen.
Die Protestbewegung wurde – abgesehen von den Ausschreitungen am Samstag – als gesellschaftliche Kraft mit Zukunftsfähigkeit und jungem Gesicht wahrgenommen. Solche Proteste wirken als Hebel zur Veränderung gesellschaftlicher Stimmungen. Je überzeugender die Protestbewegung, umso besser kann DIE LINKE im parteipolitischen Raum Veränderungen bewirken. Die Stärkung dieser Bewegung liegt also im ureigensten Interesse unserer Partei. Bewegung und Partei fanden eine Form der Zusammenarbeit jenseits von devoter Unsichtbarkeit der Partei einerseits und jenseits einer Kolonisierung der Bewegung durch die Partei anderseits. Davon profitierten beide Seiten. DIE LINKE ermöglichte vieles mit ihrer Unterstützung. Andererseits beförderten die Gipfelproteste, zum Beispiel die Blockaden als Formen des zivilen Ungehorsams, auch einen Lernprozess innerhalb der LINKEN. Diese Zusammenarbeit gilt es fortzusetzen, um Spielräume für linke Politik auszuweiten.
Jean Ziegler beendete seine Rede auf dem Alternativgipfel mit einem Pablo Neruda-Zitat: »Sie, unsere Feinde, können alle Blumen abschneiden. Aber sie haben keine Herrschaft über den Frühling.« Die Kraft des Frühlings ist mit uns. Diese Worte drücken Zuversicht aus. In die Herzen und Köpfe der Beteiligten ist eben jene Zuversicht eingezogen. Sie ist mehr ist als eine spontane Anwandlung. Diese Zuversicht wirkt nach, weil sie empirisch unterfüttert ist. Genau darin liegt der große Erfolg der Gipfelproteste.

12.06.07
Katja Kipping ist stellvertretende Vorsitzende der Linke und beteiligte sich am Gegen-Bündnis [http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=111089&IDC=]

Kerstin Sack
G8-Gipfel Proteste – Schön war die Zeit...

In meiner ersten Euphorie nach der Rückkehr aus Rostock dachte ich: das war das Beste an Protest, den du bisher erlebt hast! Nach einigen Tagen nachdenken muss ich das jedoch relativieren: es waren die besten Protestaktionen, die, ich nach 1990 erlebt habe. Bei anderen Protestereignissen in den 70er/80er Jahren hat die Anti-AKW 50 bis 100000 Menschen mobilisiert, deren Radikalität sehr groß war und vor allem in Regionen konnten große Teile der Bevölkerung mobilisiert, die öffentliche Meinung in der BRD nachhaltig beeinflusst werden. Die Anti-AKW Bewegung hatte einen langen Atem, und hat ihn teilweise bis heute noch. Zu der Zeit gab es so etwas wie eine Meinungshegemonie und die Linke war zahlenmäßig stärker als heute. Aber bekanntlich gab es in den 90er Jahren einen großen Rückschlag der sozialen Bewegungen, und die Versuche Proteste zu organisieren hatten in den letzten 20 Jahren keinen so großen Erfolg.

Die Choreografie des Protestes

Angesichts meines Pessimismus vor Heiligendamm, aufgrund der schleppenden Mobilisierung vor Ort, war ich von den TeilnehmerInnenzahlen, vor allem der Blockaden positiv überrascht. Auch wenn sie im internationalen Vergleich immer noch eher gering waren (Genua 300.000). Aber ich meine, dass die Proteste qualitativ ein großer Erfolg waren. Das lag an dem breiten politischen Spektrum, den verschiedenen Aktionsformen, der TeilnehmerInnen aller Altergruppen (aber vor allem Ü50 und U25) und der internationalen Zusammensetzung. Bei den zahlreichen Aktivitäten war es verblüffend, dass so viele Menschen teilnahmen. Am Mittwoch fand in einem überfüllten Saal eine Podiumsdiskussion zum Stand der Sozialen Bewegungen statt. Trotz der Blockaden, der Umzingelung des Rostocker Camps durch die Polizei und zwei weiteren großen Veranstaltungen kamen 380 TeilnehmerInnen, die konzentriert den Ausführungen von Susan George Attac, John Holloway, Mexiko, Isabel Rauber, Bewegungsforscherin, Argentinien, und Alex Callinicos, Großbritannien zuhörten. Zwischendurch die Meldung von der Einkesselung des Rostocker Camps und der Aufforderung ruhig zu bleiben und die Veranstaltung fortzuführen, der Bericht eines zurückgekehrten Blockierers, der begeistert berichtete und tosenden Applaus erntete, dann Entwarnung vom Camp, und eine gelungene Veranstaltung. Die Veranstaltungen in Rostock waren in der Regel übervoll und hatten die emotionale Verbindung zu den Blockierern. Erstaunlich war für mich die große Beteiligung an den Blockadeaktionen, und erfreulich, das Bedauern zahlreicher zu Hause gebliebener, nicht dabei gewesen zu sein. Das zeigt, dass es ein großes Bedürfnis gibt seinen Unmut in Aktionen umzusetzen. Dass es bis auf Ausnahmen, ein geschlossenes Handeln gab, macht den Erfolg aus. Sowohl der zivile Ungehorsam der Blockaden (innerhalb der Roten Zone!) als auch der Gegengipfel waren keine sich ausschließenden, sondern sich ergänzende Formen des Protests. Es besteht bei den Menschen sowohl das Bedürfnis durch Aktionen gegen den Gipfel zu protestieren, als auch inhaltliche Diskussionen zu führen bzw. sich zu informieren und zu vernetzen. Diese Vielfältigkeit der Ansätze spiegelte sich auch in den Veranstaltungen in den Camps und beim Gegengipfel wider: Diskussionen, in denen unterschiedliche Ansichten zu Wort kamen, und so die Grundlage bilden, um gemeinsame Analysen und Strategien zu entwickeln. Dieses Ergebnis ist nicht vom Himmel gefallen. In den letzten Jahren gab es immer wieder mehr oder weniger gelungene Versuche in Bündnissen Kongresse oder Demonstrationen zu organisieren, die Welt- und andere Sozialforen sind eine der Grundlagen für die immer bessere Vernetzung.

Die Medien

Die Medien haben eine zwiespältige Rolle gespielt. Mal sahen sie den Rechtsstaat gefährdet (Zaun, Hausdurchsuchungen), mal sahen sie vor allem die Gefahr durch gewalttätige Demonstranten (die gewalttätigsten Auseinandersetzungen seit 20 Jahren!). Insgesamt haben sie sicherlich mit dazu beigetragen, dass das Thema G8 einer breiten Öffentlichkeit näher gebracht und die Mobilisierung unterstützt wurde. Vor allem Vertreter von Attac waren in den Medien gefragt, als Vertreter der „Guten“. Dies noch mal verstärkt nach dem Demonstration am 2. Juni. Dieser „Belohnungsstrategie“, existiert seitdem es Proteste gibt (Ergebnisse davon kann man sich bei den Grünen ansehen), sollten wir nicht aufsitzen. Wichtiger als zu beweisen, dass wir die Lieben und Guten sind, ist es, klar zu machen, dass eine Gesellschaft, die eine immer größere soziale Spaltung hervorruft, und in der es Gewalt in vielfältigen Formen gibt, dass diese Gesellschaftsform eine größere Gefahr darstellt, als die „Steinewerfer“ (dass diese Aktion Schwachsinn war ist wohl bei fast allen Konsens). Die Medien lieben die Gewalt, weil sich das gut verkaufen lässt. Bei den Bildern in den Nachrichten konnte man sich fragen, ob sie über dasselbe Ereignis berichteten, an dem man gerade teilgenommen hatte. Die nachfolgenden Tage zeigten die problematische Rolle der Medien: Ungeprüft wurden Verlautbarungen der Polizei über „Gewalttäter“ verbreitet. Durch eine gute Medienarbeit konnte diese Berichterstattung jedoch ad absurdum geführt werden. Nicht nur in diesem Fall, auch generell zeigt dies, dass es eine wichtige Aufgabe ist, andere Medien zu entwickeln, die Menschen über die eigenen Szenen hinaus erreichen.

Deligitimierung des G8 Gipfels

Was uns auf jeden Fall gelungen ist, ist den Gipfel zu deligitimieren. Die Realsatire des Klimabeschlusses hat dabei geholfen. Aber auch der Zaun und die vorherigen Razzien haben dazu beigetragen. Die immer wieder von Politikern wiederholten Beschwörungen: es sei doch besser die Politiker treffen sich, als wenn sie Kriege führen würden – als wenn es sich hierbei um konkrete Alternativen handeln würde. Allerdings müsste unsere Kritik und die Alternativen zu dem G8 Gipfel inhaltlich besser vermittelt werden, das Argument, das es sich um „machtlose, scheidende Regierungsvertreter“ handelt (Blair, Bush, Puten) entspricht nicht den realen Machtverhältnissen und widerspricht der Kritik des Gipfels. Entweder hat der Gipfel Macht, die nicht legitimiert ist, oder er hat keine, dann könnten wir ihn auch ignorieren. Was uns hinsichtlich der Bündnisfähigkeit gelungen ist, ist meiner Meinung auf der inhaltlichen Ebene zu kurz gekommen. Eine mobilisierende und einer breiteren Öffentlichkeit vermittelnde inhaltliche Formel haben wir nicht gefunden. Die vielen verschiedenen Themen, die sich aus den Arbeitsfeldern der zahlreichen Bewegungen ergeben, sind nicht gebündelt und in eine gemeinsame inhaltliche „Parole“ synthetisiert worden. Das ist verschiedentlich versucht worden und keinem vorzuwerfen, aber das war meiner Meinung nach die größte Schwäche, die mit Ursache dafür war, dass nicht 100.000 oder mehr nach Rostock zur Großdemonstration gefunden haben.

Und wie weiter?

Die Diskussionen vor Ort und innerhalb der Organisationen werden zeigen, ob dieser Protest ein Auftakt für weiteres gemeinsames Handeln war. Das breite Bündnis, dass zum G8-Gipfel möglich war, ist nicht vom Himmel gefallen. Seit vielen

Jahren wurden zu verschiedenen Anlässen solche Bündnisse geschmiedet, auf lokaler wie auf anderen Ebenen. Aber trotzdem sind bisherige Versuche Kräfte der verschiedenen Bewegungen zu bündeln gescheitert. Zu sehr geht es jede/r um sein Partikularinteresse. Wenn wir nicht ein Projekt definieren können, mit dem sich alle identifizieren können, waren die Proteste zwar ein großer „Wochenerfolg", aber nicht mehr. Wir müssten es schaffen „Verbindungslinien" herzustellen, um deutlich zu machen, dass die verschiedenen Elemente Klima, Sozialabbau, Privatisierung, Migration usw. zusammengedacht werden müssen und eine gemeinsame Ursache haben: das bestehende politisch-ökonomische Modell und seine spezifischen, scheinbar naturgegebenen Mechanismen. Auch die Diskussionen um Alternativen zum neoliberalen Modell sind sehr wichtig. Wie der Kongress Solidarische Ökonomie gezeigt hat, gibt es ein großes Bedürfnis danach. Der Kampf um die Köpfe hat erst begonnen. Aber wir können die Hoffnung aus dem Protest mitnehmen, dass wir einen guten Schritt weitergekommen sind.

Kerstin Sack ist Mitglied im Attac Rat und in der AG Lateinamerika

Pedram Shayhar

Seattle, Genua, Heiligendamm

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm war ein Höhepunkte der globalisierungskritischen Bewegungen. In den letzten Jahren war es um solche Gipfel etwas ruhiger geworden. Vor zwei Jahren in Glen Eagles beim G8 Gipfel in Schottland erlebten wir den Tiefpunkt solcher Gipfelmobilisierung: die Bewegung war sehr gespalten und der Regierung Blair gelang es, mit dem Image des Afrika-Helfers als Sieger dazustehen.
In Heiligendamm erlebten wir die bisher größte Mobilisierungen gegen einen internationalen Gipfel in Deutschland. Obwohl Rostock geographisch für Proteste sehr ungünstig und für die meisten sehr weit weg lag, gelang die Mobilisierung einer Großdemonstration von beinahe 80.000 Menschen. Das beeindruckende war, dass diese Mobilisierung vor allem eine der lokalen Gruppen war und nicht von einer Großorganisation durchgeführt wurde. Dieser Erfolg zeigt eine mobilisierungsfähige globalisierungskritische Szene in Deutschland, mit der zu rechnen sein wird!
Dieser Erfolg war das Ergebnis einer langen Vorlaufzeit. Bereits vor zwei Jahren auf dem ersten Sozialforum in Erfurt wurde ein Prozess gründlicher Mobilisierung in Gang gesetzt. Es gibt Schätzungen, dass seitdem in Deutschland an die 1000 Informationsveranstaltungen in Zusammenhang der G 8 Mobilisierung stattgefunden haben.
Der wichtigste Erfolg dieser Mobilisierungsphase war eine neue Bereitschaft der Zusammenarbeit. Vor Ort kamen überall Aktivist/innen zusammen, die vorher nicht, oder selten, oder seit langem nicht mehr zusammen gearbeitet hatten.
Die Mobilisierung blieb aber langer Zeit ohne große Öffentlichkeit. Die heiße Phase in den letzten vier Wochen war allerdings von unerhofftem Erfolg gekennzeichnet. Die Razzien Anfang Mai gegen Aktivist/innen aus der linken Mobilisierung waren eine wichtige Zäsur. Danach gerieten sämtliche Maßnahmen des Staates zur Durchführung und Sicherung dieses Gipfels noch stärker in die Öffentlichkeit und unter Kritik. Hier gab es einen gewissen Moment von einem Backlash gegen einen starken und repressiven Staat, der seit dem 9.11. sehr heftig gefordert und geformt wurde. Solange es Einschnitte in die demokratische Rechte von islamistischen Terroristen waren, wurden sie von den Durchschnittsbürger/innen noch geschluckt, da auch sie sich von Ihnen gefährdet sahen. Nun richtete sich Schäubles eiserne Hand allerdings gegen junge Menschen, die für eine bessere Welt demonstrieren wollten.
Diese bessere Welt war im Vorfeld der G 8 in vieler Munde. Eine wichtige Veränderung bei der Funktionsweise der G8 in den letzten Jahren ist eine sehr stark veränderte öffentliche Agenda, die sich um „humane Probleme" der Welt kümmert. Die Erwartungshaltung an die G8 war eindeutig mehr soziales Engagement.
Dies zeigt einen deutlich veränderten öffentlichen Diskurs. Der Neoliberalismus als Ideologie war in solch einer Krise geraten, dass die Bundesregierung eine Agenda für den Gipfel diskutierte, die in einigen Erklärungen fast so klang, als ob sie von ATTAC abgeschrieben sei.
Hierzulande kam die große ökologische Diskussion der letzten Monate als bestimmendes Thema des Gipfels dazu. So entwickelte sich eine große Erwartung, dass die G 8 gegen den Hunger auf der Welt, insbesondere in Afrika, und für den Schutz der Umwelt konkrete Maßnahmen beschließt. Je näher der Gipfel rückte, umso klarer wurde allerdings, dass die 8 sich auf nicht mehr als wohlwollende Worte einigen werden.
So enttäuschte die G 8 bereits im Vorfeld die Erwartungen. In dieser Situation stieg die Zustimmung für die Mobilisierung. Die Repressionsmaßnahmen gingen dann nach Hinten los und lösten eine Welle der Solidarisierung mit der Bewegung aus.

Eine Woche Dauerprotest

Die Großdemo in Rostock war der Auftakt für eine Woche Dauerdemonstration. Das Wochenende wurde bestimmt durch die in Medien sehr aufgebauschte Debatte um Gewalt und Krawalle. Am Montag fand in Rostock die mit 10.000 Menschen sehr beeindruckende Demonstration für die Rechte von Migrant/innen und Migranten statt. Trotz massiver Provokation seitens der Polizei blieb diese Demonstration sehr diszipliniert und legte den Grundstein für die Veränderung des Bildes der Protestes in den kommenden Tagen. Ein Riesenerfolg waren dann am Mittwoch die Massenblockaden mit ebenfalls über 10.000 Leuten, die alle Polizeiabsperrungen umringten und am Zaun alle Eingänge über Nacht blockieren konnten. Mit den Blockaden gelang es auch, das öffentliche Bild der letzten Tage auf einem Schlag von den Krawallbilder weg zu bringen hin zu einem kreativen, friedlichen, aber sehr entschlossenen Protest. Das Verbot von Demonstrationen in einer gesperrten Zone vor dem Zaun, das sogar vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden war, brach im massenhaften zivilen Ungehorsam zusammen. Greenpeace brach dann auf dem Seeweg in die gesperrte Zone ein. Somit war ein Bild geschaffen von einer globalen Elite hinter einem riesigen Zaum, umzingelt von einer Massenbewegung zu Land und zu Wasser. Sehr auffällig und von allem ausländischen Mitstreiter mit besonderem Dank begrüßt wurde die sehr gute Organisation der Woche.

Globalisierungskritik auf dem Vormarsch – Bewegung organisieren

Die Proteste haben die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung massiv gestärkt. Millionen Menschen in Deutschland haben mit den Anliegen unserer Proteste sympathisiert. In den nächsten Monaten wird es viele Diskussionen und Überlegungen geben, wie die nächsten Schritte für die Bewegung aussehen können. Wir werden versuchen müssen, soviel wie möglich aus

diesem Erfolg für einen nachhaltigen Aufbau für Strukturen der neuen außerparlamentarischen Opposition zu gewinnen. Wichtig ist hierbei, dass wir die Kultur der Zusammenarbeit auf der lokalen Ebene weitertreiben. Hier müssten Projekte gesucht werden, die eine strömungsübergreifende Bildung- und Aktionspraxis ermöglichen.

Attac hat einen großen Beitrag für den Erfolg dieser Mobilisierungen geleistet. Auf lokaler Ebene waren viele Attacis an erfolgreichen Veranstaltungen und Bündnissen beteiligt. Auf Bundesebene hat Attac mit entscheidend die Vernetzungen unterstützt und finanziell sehr viel Last für die Organisation übernommen. Die Sympathie für Attac hat immer breitere Kreise erfasst. Die Herausforderung für Attac wird nun in den kommenden Monaten darin bestehen, attraktive Angebote zu entwickeln, um diese neue Sympathie für aktive Beteiligung an der Protestbewegung zu organisieren.

ver.di Jugend zieht Bilanz der G8 Proteste:

Emden, 12. Juni 2007
Zusammenfassung: Knapp eine Woche nach dem G 8-Gipfel in Heiligendamm zieht die ver.di Jugend eine Bilanz der vielfältigen Proteste. ver.di Landesjugendsekretär Patrick von Brandt erklärt: „Die riesige Beteiligung an der Internationalen Großdemonstration war ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung. Ebenso hat die außerordentlich große Beteiligung von knapp 12.000 Menschen an den erfolgreichen, friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Alternativgipfel mit ca. 2000 Teilnehmenden alle Erwartungen übertroffen. Diese Proteste zeigen deutlich, wie eine plurale, globalisierungskritische Bewegung solidarisch protestieren und Alternativen zur kapitalistischen Globalisierung aufzeigen kann“ so der ver.di Vertreter abschließend.

Tendenziöse Berichterstattung: Andre Hinrichs, ebenfalls ver.di Jugendsekretär (Bezirk Weser-Ems), bedauert jedoch, wie Lügen und Medienhetze das Bild der Proteste verfälscht. So hätten fast die ganze Woche über Bilder von gewalttätigen Ausschreitungen die Berichterstattung dominiert - sogar bei den offensichtlich zu Hundertprozent friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams: „Es war skandalös, wie Journalisten immer wieder versuchten, den friedlichen Protestierenden Gewalttätigkeit zuzuschreiben“ so Hinrichs.
Auch muss die Berichterstattung über die Internationale Großdemonstration kritisch aufgearbeitet werden. So haben laut übereinstimmenden Aussagen mehrerer Journalisten und unbeteiligter Beobachter sich max. 800 Demonstranten an den, auch von der Polizei provozierten Ausschreitungen am Stadthafen beteiligt. „Dies ist gerade mal 1 Prozent der Demonstrationsteilnehmer! Ein Auto brannte, zwei weitere wurden beschädigt. Wie konnten diese Bilder die Berichterstattung über die Demonstration von 80.000 Teilnehmern von taz bis FAZ dominieren? Wer hat daran ein Interesse?“ fragt Hinrichs und ergänzt: „Die wenigen Demonstranten, die sich von der Polizei haben provozieren lassen, müssen sich fragen, ob sie nicht nützliche Idioten waren. Die so von ihnen mitproduzierten Bilder nützen nur den Hardlinern im Bundesinnenministerium.“

Polizeiliche Provokateur: Auch der inzwischen von der Polizei zugegebene Einsatz von schwarzvermummten, verdeckt arbeitenden Polizisten hinterlässt bei vielen einen bitteren Nachgeschmack, so der ver.di Sekretär von Brandt. Die Polizei musste am Freitag zugeben, bei den friedlichen Straßenblockaden „verdeckte Ermittler“ eingesetzt zu haben, die von friedlichen Demonstranten enttarnt wurden. Laut Angaben der Organisatoren von „Block-G8“ haben diese schwarzvermummten Ermittler versucht, friedliche Protestierende aggressiv zu gewalttätigen Aktionen anzustiften. Die Staatsanwaltschaft Rostock erwägt laut Medienberichten ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, wegen des Verdachts der Anstiftung zu einer Straftat.

Bilanz und Ausblick: Abschließend erklären beide ver.di Vertreter, dass sie eine gemischte Bilanz der Proteste ziehen. Vor allem diejenigen ver.di Jugendlichen, die sich an den friedlichen Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligten, werden diese Proteste jedoch als positive Erlebnisse in Erinnerung behalten: „Es war großartig! Trotz aller Unterschiede haben wir uns solidarisch organisiert und mit hohem Einsatz und Disziplin einen riesigen Erfolg erkämpft! Mit den Blockaden konnten wir gemeinsam den Ablauf des Gipfels erheblich behindern. So haben wir friedlich und entschlossen unseren Widerstand gegen die brutale, kapitalistische G8-Globalisierung ausgedrückt. Dem Gipfel der Arroganz haben wir unseren internationalen und solidarischen Widerstand entgegengesetzt...! Wir freuen uns auf die Proteste der kommenden Jahre, denn trotz aller Probleme sind wir durch dir gemeinsam gemachten Erfahrungen stärker geworden!

http://jugend.nds-bremen.verdi.de/aktionen_termine/ver.di_jugend/g8

Anwaltlicher Notdienst/Legal Team

ist erschrocken über das Ausmaß polizeilicher Übergriffe während des G8 und fordert die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Pressemitteilung des anwaltlichen Notdienstes des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) 19.06.2007

Bei der Auswertung der Ereignisse während des G8 Gipfels in Heiligendamm, Rostock und Umgebung stellte der Anwaltliche Notdienst des RAV eine Vielzahl dokumentierter polizeilicher Übergriffe fest. Deren Bandbreite reicht von Misshandlungen bei der Festnahme über Tötungsandrohungen bis hin zu sexistischen Äußerungen und Übergriffen durch PolizeibeamtInnen.
Im folgenden nur einige der gravierensten Beispiele:
Einem Ingewahrsamgenommenen wurde bei der Festnahme ein T-Shirt über den Kopf gezogen und im Nacken verknotet, so daß er nicht mehr sehen konnte. Er wurde gefesselt und mehrmals mit dem Kopf auf den Boden geschlagen.
Eine Vielzahl von Menschen wurde bei der Festnahme geschlagen und verletzt und ohne ärztliche Versorgung ingewahrsam genommen.
Einem Clown wurde grundlos eine ca. 30cm große Gasflasche ins Gesicht geschlagen.
Clowns wurden gezwungen Wasser aus ihren Wasserpistolen zu trinken.
Festgenommenen wurden in den Gefangensammelstellen, neben der Unterbringung in Käfigen Medikamente und Hilfsmittel wie z.b. Asthmaspray und Brillen abgenommen.
Mehr als 50 Personen waren über einen Zeitraum 11 Stunden mit Kabelbindern mit den Händen auf dem Rücken gefesselt.
Mindestens drei Betroffene wurden nach der Ingewahrsamnahme oder während Demonstrationen geschlagen, in hilflose Lagen versetzt und mit dem Tode bedroht. In jedem Fall wurde eine - wenn dann Logik - eröffnet und bei Nichtaussage oder Weiterprotestieren die Tötung durch Polizeibeamte angedroht. In einem Fall wurde auch das Verschwindenlassen angekündigt.
Bei Kontrollen an einer S-Bahn Station nahe dem Camp Rostock Fischereihafen griffen Polizeibeamte Frauen in den Schritt und machten dabei anstößige Geräusche. Darüber hinaus mussten sich mehrere Frauen bei

Kontrollen vor männlichen Beamten ausziehen.
Der anwaltliche Notdienst ist erschrocken über eine derartige Praxis der Polizei und die Vielzahl und Vehemenz der Übergriffe und fordert die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Übergriffe. „Diese Vorfälle sind in ihrer Gesamtheit erschreckend und beängstigend zugleich, insbesondere in einem Staat, der für sich in Anspruch nimmt, ein rechtstaatlicher zu sein. Um dieser Willkür Einhalt zu gebieten, müssen sämtliche PolizeibeamtInnen offen eine Dienstnummer tragen, um Schwarze Schafe zur Verantwortung ziehen zu können“ sagt Dirk Audörsch einer der Anwälte des Legal Teams.
Eine brutale Praxis wie diese lässt sich u.a. dadurch erklären, dass PolitikerInnen schon im Vorfeld des G8 die pauschale Stigmatisierung und Kriminalisierung der Protestbewegung betrieben haben. Diese Feindbildschaffung sowie die, in Zusammenhang damit, auf Eskalation angelegte Polizeistrategie machten es den Beamten möglich protestierende Menschen als Objekte zu betrachten und Übergriffe als normales und geduldetes Vorgehen anzusehen. Das ist durch nichts zu entschuldigen und nicht hinnehmbar.
http://www.rav.de/news.php#
.

Von Deeskalation kann keine Rede sein

Parlamentarische Untersuchung des Polizeiverhaltens während des G8-Gipfels gefordert

Berlin, 27.06.2007
Nach dem fünfstündigen Hearing "Was geschah in Heiligendamm?" erheben die Veranstalter massive Vorwürfe gegen Polizei und Politik und fordern Konsequenzen zur Bewahrung der Bürger- und Freiheitsrechte. Bei der gestrigen Anhörung in den Räumen der Gewerkschaft ver.di in Berlin kamen über 30 Zeuginnen und Zeugen zum Ablauf der G8-Protestwoche zu Wort.
Die Planung des Polizeieinsatzes war von Anfang an auf Eskalation ausgelegt. Politische Zielvorgabe war die weiträumige und totale Abschottung der Gipfelteilnehmer von ihren Kritikerinnen und Kinder. Dabei kam es zu einer weit reichenden Außerkraftsetzung von rechtsstaatlichen Schutzstandards und bürgerlichen Freiheitsrechten. Die Folge war die Behinderung und Unterbindung von politischem Protest.
Die polizeiliche Sonderbehörde Kavala setzte diese Vorgaben in einem obrigkeitsstaatlichen Einsatzkonzept um. Geheimdienste, Bundeswehr und die Länderpolizeien wurden gegen das verfassungsrechtliche Trennungsgebot in den Planungen und ihrer Umsetzung integriert.

Das Versammlungsrecht wurde mit den weiträumigen Demonstrationsverboten schwer beschädigt. Den Demonstranten blieb es in Heiligendamm überlassen, Meinungsfreiheit und Versammlungsrecht zu verteidigen und sich dazu auch über rechtswidrige Verbote hinwegzusetzen. Die unzähligen polizeilichen Maßnahmen im Vorfeld, bei den Grenzkontrollen und der Anreise, Schikanen gegenüber den Campenden, willkürliche Kontrollen und Platzverweise verschärften die Einschüchterung weiter. Der Datenschutzbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Karsten Neumann, bezeichnete die massiven Datenerhebungen, die zu keinen Verfahren führten, im Hearing zutreffend als "rechtswidrigen Überwachungsdruck".

Die Behörde Kavala bediente sich der Propaganda und Provokation. Die vielen gezielten Falschmeldungen z.B. über Vermummungen und Steinewerfer in absolut friedfertigen Demonstrationen oder die angebliche "Säureattacke" durch Clowns führten auch zur weiteren Aufladung des Feindbildes bei den eingesetzten Beamten. Vielfach kam es zu willkürlichen Übergriffen auf Demonstrierende. Eine Gruppe von Fahrradfahrern wurde auf dem Heimweg ohne jeden Anlass mit Pfefferspray und Schlagstöcken attackiert.

Mindestens zwei Personen erlitten schwere Augenverletzungen, hervorgerufen durch den harten Strahl von Wasserwerfern. Dies muss nach Ansicht der Veranstalter aufgeklärt werden und zu Strafverfahren führen. Durch die eidesstattliche Versicherung eines Zeugen wurde beim Hearing auch der gezielte Einsatz von Zivilbeamten als agents provocateurs untermauert.

Deeskalation ging immer wieder von besonnenen Demonstrierenden aus - nicht von der Polizei. Das gilt auch für die Auseinandersetzungen während der Großdemonstration am Samstag, bei dem sich Hunderte an den Straßenschlachten mit der Polizei beteiligt hatten und viele Unbeteiligte durch prügelnde Polizei, Reizgas- und Wasserwerfereinsätze an Leib und Leben bedroht waren. Ein Symbol dafür ist der vielfache Einsatz der selbständig agierenden Beweis- und Festnahmeeinheiten (BFE), die bei den Auseinandersetzungen am Rande der Rostocker Großdemonstration maßgeblich beteiligt waren. Die Beruhigung kam erst nach intensiven Bemühungen eigener Ordner und Demonstranten zustande. Die Polizeieinheiten mussten mühselig (auch durch Kollegen) überzeugt werden, deeskalierende Absprachen zwischen Demonstrationsleitung und Polizeiführung einzuhalten.

Betont wurde beim Hearing, dass es durchaus besonnene Polizeiführer und -einheiten gab, die sich korrekt, freundlich und deeskalierend verhielten - und auch bei Kavala gegen unsinnige Befehle intervenierten.

Bei den Ingewahrsamnahmen und in den Gefangenensammelstellen wurde den Betroffenen seitens Kavala systematisch der Rechtsbeistand verweigert. Anwältinnen und Anwälte wurde der Zugang verweigert, obwohl die Inhaftierten nach anwaltlicher Unterstützung verlangten. Dabei wurde das Prinzip der Gewaltenteilung verletzt. Die Polizei bestimmte darüber, ob Anwältinnen und Anwälte Zugang zu den in den Gefangenensammelstellen tätigen Richtern gewährt wurde oder nicht. Die Richter waren mit einem Schild "Kavala Justiz" gekennzeichnet. Sie präsentierten sich damit als Teil der Exekutive.

Die rechtswidrige Ingewahrsamnahme unter fadenscheinigen Gründen war kein Einzelfall, sondern die Regel. Die Situation in den Gefangenensammelstellen war menschenunwürdig. Die oftmals tagelange Unterbringung in Käfigen bei permanenter Überwachung und Beleuchtung, die stundenlange Verzögerung der Freilassung trotz richterlichen Beschlusses und die Durchsuchung der Inhaftierten unter völligem Entkleiden verletzen die Menschenrechte von Gefangenen.

Die Veranstalter des Hearings fordern daher parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Verhalten der Polizei. Es muss ermittelt werden, wer für Planung und Einsatz bei Polizei, Bundeswehr und Politik verantwortlich war. Darüber hinaus ist endlich eine durchgehende Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte einzuführen, um die Polizei bei rechtswidrigem Verhalten identifizieren zu können. Die Veranstalter betonen, dass letztlich die Politik für die Wahrung der Freiheitsrechte und ein rechtsstaatliches Vorgehen der Sicherheitsbehörden verantwortlich ist. Wer von der Polizei einen absolut störungsfreien G8-Gipfel ohne Wahrnehmung von Protest fordert, verlangt die Verletzung der Verhältnismäßigkeit.

Ansprechpartner für die Veranstalter:
Manfred Stenner, Netzwerk Friedenskooperative, Matthias Monroy, Gipfelsoli Infogruppe, Michael Hiller, Rote Hilfe e.V., Peer Stolle, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Sven Giegold, Attac Deutschland

Eindrücke

Erklärung
der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ruhrgebietsweiten G8-Nachtreffens am 17.06.2007 im Unperfekthaus in Essen

Ca. 29 Menschen unterschiedlichen Alters, vom Auszubildenden bis hin zu einer Ordensschwester nehmen bestürzt zur Kenntnis, mit welcher Härte von Seiten der Staatsmacht gegen G8-KritikerInnen vorgegangen wurde. Schon im Vorfeld wurden GlobalisierungskritikerInnen zum Beispiel in Razzien, die nichts erbrachten, als Terroristen kriminalisiert. Rostock war verbarrikadiert, Hubschrauber überflogen Camps von G8-Gegnern im Tiefflug, Vorbeugehaft und Gefangenenkäfige mit Kontaktverbot, Menschenkessel, von Hundertschaften umzingelt, brutale Wasserwerfereinsätze mit Tränengas, Panzereinsätze im Inneren und sogar Tornados zur Aufklärung schürten wiederholt Angst und sorgten für Spannungen. Hier wurde das Grundgesetz von der Staatsmacht ausgehebelt. Demokratie lebt von Kritik und Protest gegen Missstände. Polizeiliche Brutalität gegen meist friedliche Demonstranten ist nicht hinnehmbar. Wir verlangen die rückhaltlose Aufklärung der Öffentlichkeit durch einen Untersuchungsausschuss des Bundestages. Wir danken allen, die durch ihren mutigen Beitrag als Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Demonstrationen und Anti-G8-Aktionen der Globalisierungskritiker einen Beitrag geleistet haben, für Demokratie und eine andere Welt ohne Ausbeutung. Dass es so viele waren, gibt uns Hoffnung auf eine andere Welt menschlicher Solidarität zur Überwindung von Rücksichtslosigkeit und Unterdrückung.

Andreas Beldowski (Mitglied im Rat von Attac Deutschland):
Meine Eindrücke vom 2. Juni:

Die Demo selbst habe ich unter einer der Großpuppen von "Gerechtigkeitjetzt!" mitgemacht. Als wir am Kundgebungsplatz angekommen waren, haben wir die Puppen an dem Garagenschuppen (von der Bühne aus gesehen, rechts hinter dem Mischpult) abgestellt. Von hier aus waren die Tumulte im östlichen Teil des Platzes sehr wohl wahrzunehmen. Man sah hin- und herströmende Menschengruppen, man sah Steine und Flaschen durch die Luft fliegen und hörte an- und abschwellende wütende Pfeifkonzerte von größeren Menschenmengen (auf keinen Fall nur die Steineschmeißer). Dazwischen Sprechchöre von unterschiedlicher Intensität, die von "Bullen raus!" bis "Wir sind friedlich was seit ihr?" etliches umfasste. Zusammen mit dem Dröhnen des Hubschraubers und dem weiterlaufenden Programm der Abschusskundgebung ergab dies eine sehr sehr merkwürdige Stimmung. Mir war nicht klar, ob frau/man auf der Bühne nicht mitbekahm was im hinteren Bereich des Platzes stattfand, oder ob frau/man es nicht mitbekommen wollte. Ich hätte einen Abbruch, zumindest aber eine deutliche Unterbrechung, der Kundgebung für angemessener gehalten.

Ich habe mich dann in den hinteren Teil des Platzes begeben. Ich habe versucht Steineschmeißer von ihrem Tun abzubringen. Einen Steineschmeißer konnte ich persönlich ansprechen, es war eindeutig ein Deutscher und er wollte nicht aufhören (das nur gegen die Gerüchte, die auswärtige Gruppen verdächtigen). Ob in der schwarzen Schale wirkich ein Autonomer steckte, weiß ich nicht. Eine ältere, weißhaarige Frau mit peace-Fahne hat dies unermütlich versucht, ich habe sie später erneut gesehen, als ich dieser Bemühen schon längst aufgegeben hatte.

Die Polizei ist zu diesem Zeitpunkt in Gruppen zu 20 zwischen unbeteiligte Demonstranten gestürmt. Sie hat dabei unaufmerksame und abgewandt stehende Personen massiv zur Seite gestoßen. Ich habe alte Männer (unvermummt und nicht schwarz) gesehen, die ob einer solchen Behandlung ihre Fäuste gegen die Polizei erhoben haben. 2 Mal habe ich gesehen wie bei solchen Aktionen Demonstranten aus der Versammlung gezerrt wurden. Beide Demonstranten waren weder vermummt, noch schwarz gekleidet.

Der Lautsprecherwagen der Demoveranstalter (mit Christoph Kleine am Mikrofon) ist dann auf den Platz gefahren und hat versucht die Parteien zu trennen. Er hat zwar auch die "Bullen" zum Rückzug aufgefordert, im nächsten Satz aber die Demonstranten angehalten Lücken, die die zurückweichenden "Bullen" hinterlassen, nicht aufzufüllen. Sie sollten Ketten bilden und stehen bleiben. Leider hat das einige Zeit lang nicht geklappt. Die Ketten waren zu kurz und rissen immer wieder auf weil einige TeilnehmerInnen den zurückweichenden "Bullen" nachsetzten statt stehen zu bleiben.

Meiner Einschätzung nach waren auf Seiten der Demonstranten sicherlich mehr als ein paar Dutzend am Steineschmeißen; sicherlich aber nicht mehrere Tausend. Das Vorgehen der Polizei hat im Laufe der Auseinandersetzungen die Zahl der Steineschmeißer sicherlich aktiv erhöht. Wer angefangen hat, weiß ich nicht zu sagen.

4. Juni - Kundgebung vor dem Sonnenblumenhaus

Auf der Hinfahrt waren wohl 20% der Insassen der S-Bahn Polizisten. Die Stimmung war aber absolut friedlich. Demonstranten und Polizisten haben sich unterhalten. Auf der Kundgebung waren - neben etlichen Migranten - schon eine ganze Reihe schwarz gekleideter dabei. Ich habe aber keinen Vermummten gesehen. Die Stimmung war absolut friedlich. Den Versuchen der Polizei, aus der Versammlung Einzelpersonen herauszuholen leisteten an vorderster Front nur "Bunte" (meist ältere Personen) durch Bildung von Ketten oder "in den Weg stellen mit erhobenen Händen" friedlichen Widerstand. Nach Ende der Veranstaltung bahnte sich ein Trupp Polizei unter Einsatz von Tränengas/Pfefferspray einen Weg durch den absolut überfüllten Zugang zur S-Bahn-Station bis auf den Bahnsteig. Opfer waren 3 bunt gekleidete Jugendliche. Die Abfahrt der S-Bahn verzögerte sich, weil der selbe Trupp mit in die absolut überfüllte S-Bahn einsteigen wollte. Dabei soll es zum Schlagstockeinsatz gekommen sein, weil die Insassen den Polizisten nicht schnell genug ausreichend Platz machen konnten.

4. Juni - Demo vom Flüchtlingslager in die City

Der Demozug versammelte sich schon in einem Kessel. Vorn 3 Wasserwerfer und ein gepanzertes Fahrzeug, hinten 2 Wasserwerfer. Ich hatte - ob der übergroßen Polizeipräsenz - grosse Angst, das es wieder zu Krawallen kommt. Obwohl wir sehr lange warten mussten, bis die Polizei den Weg freigegeben hat, blieb aber alles friedlich. Dann wurde die Demo vor dem S-Bahn-Halt Parkstraße von der Polizei gestoppt. Die Demo stand wohl eine Stunde von Polizei umgeben, die mit Hilfe von Fotos in der Menge Verdächtige auszuma-

chen versuchte. Wieder blieb alles friedlich. Dann wurde die Demo aufgelöst. Die Polizisten rechts und links des Zuges wurden nach vorn (Richtung City) abgezogen und gaben dabei das Gleisbett der Straßenbahn frei, das in diesem Bereich auf Schotter verlegt ist. Es flog aber kein Stein. Alle Teilnehmer der aufgelösten Demo, die ja nicht in die City durften, mussten nun die Dethardingstr. entlang. Die Polizei blieb an der Parkstraße zurück. Am rechten Fahrbanrand der Dethardingstr. - dort wo alle Demonstranten vorbei mussten - stand ein einsamer Manschaftswagen mit einem zeitunglesenden Fahrer am Lenkrad.
So viele Angebote und Provokationen und keiner der tausenden von gewaltbereiten Autonomen hat sie angenommen. Ist das nicht merkwürdig?!

Leila Dregger

Rostocker Risse:

What would it mean to win? Plädoyer für eine verstärkte Kooperation zwischen Widerstand und Aufbau von Alternativen

Worin bestand der „Geist von Rostock“? Für mich bestand er darin, dass trotz der uns aufgedrängten leidigen Gewaltdiskussion, die so oft zuvor alles andere an den Rand gedrängt hatte, dennoch viel sichtbar wurde an Alternativen, an Möglichkeiten zu handeln, an Gedanken, Begegnungen und Rissen im System, hinter denen „eine andere Welt“ – wenigstens zeitweise – aufblitzte. Das empfinde ich als Sieg.

Jean Ziegler sagte in seiner Eröffnungsrede des Alternativgipfels: „Widerstand ist ein moralischer Imperativ“. Das ist richtig. Aber unzählige Gruppen und Diskussionen ergaben ergänzend: Wenn es darum geht, auch wirklich zu siegen, wenn wir tatsächlich den Kapitalismus abschaffen wollen, dann müssen wir eine Idee davon bekommen, wie es ohne ihn geht und wodurch wir ihn ersetzen. Ohne eine konkrete Alternative endet jede Revolution letztlich bei einem Ebenbild der vorangegangen Zustände unter anderem Vorzeichen.
Die beiden Aktionsformen Widerstand und Aufbau von Alternativen sind zwei Flügel der globalisierungskritischen Bewegung, sie müssen sich mehr als bisher anfreunden und ihre gegenseitigen Vorurteile beheben, denn nur mit beiden Flügeln wird sie wirklich abheben und den Kapitalismus beenden. Wird es uns gelingen, die große Energie der Wut, die uns alle verbindet, in die vielfachen, konkreten Aufgaben zu kanalisieren, die beim Aufbau einer neuen Welt anfallen? Das halte ich und viele, mit denen ich gesprochen habe, für einen Hauptpunkt in der Weiterführung der Bewegung.

Rostocker Risse... Nachtfahrt mit dem attac-Sonderzug inklusive Plenum und Poetry Slam im Partywagen ankommen in Rostock. Bahnhofsvorplatz. Erste Gefühle von Menschenmassenbeklemmung. Oh Gott, wohin, wenn man mal pinkeln muss? Über uns klebt ein Hubschrauber fest am Himmel, teilweise so laut, dass man die Redner auf der Bühne nicht versteht. Queers, Clowns, Gewerkschafter, Bäuerinnen… immer wieder bekannte Gesichter, Wiedersehen. Unendlich viele verschiedene Themen zu Slogans und Kostümen verarbeitet. Ich bin berührt, wie viele Menschen für ein Thema wirklich gehen. Wo ihre Berührung authentisch ist, teilt es sich mit. So wird eine Demonstration auch zu einem Stück politischer Bildung, denn fast alles sind Themen, von denen man in der Zeitung kaum liest. Hier sind die Leute, die sich nachhaltig um politische Gefangene, Genmanipulation, Folter, Krieg in Afghanistan, Somalia, Irak, Iran, um Militarismus, Klimaschutz und vieles andere kümmern. Während der Demo winken ältere Leute aus Fenstern, anfangs sieht man auch viele Polizisten, die sichtlich Sympathien zeigten.
Wie immer bei so einer großen Menschenmenge stelle ich mir vor, was wäre, wenn wir ein gemeinsames Ziel kennen würden, wenn wir uns einig wären in einer Idee, für die es sich zu kämpfen lohnt. Eine Idee und mehr als das, eine Gewissheit, eine Erfahrung für ein anderes Leben, so einleuchtend und gewiss, dass sie auch andere ansteckt und bisherige Fronten obsolet macht. Wenn wir das „Dafür“ kennen, dann werden wir wissen, wie wir nicht nur während einiger Tage die Staatsmacht außer Kraft setzen können, sondern wie wir einen dauerhaften „Riss in der kapitalistischen Welt“ schaffen.
So formulierte es der Zapatisten-Theoretiker John Holloway. „Jedes Mal wenn wir außerhalb des kapitalistischen Systems denken und agieren, ist es, als werfen wir einen Stein in den Glaspalast des Kapitalismus. So entstehen Risse, kleine und große, und ganz plötzlich werden sie sich mit unberechenbarer Macht ausbreiten, und dahinter wird die andere Welt sichtbar.“ Was für eine Macht wir haben könnten. Das ist es, wovon uns die ganze Gewaltfrage ablenkt!

Im Campleben, während der Blockaden, während der verschiedenen Ausnahmezustände von Rostock entstehen Situationen, Aktionen, Erlebnisse, in denen wir außerhalb des Systems handeln, außerhalb des Wahnsinns der Normalität, den uns der Kapitalismus aufdiktiert. Nicht nur Aktivisten, auch ganz normale Bewohner von Rostock und Umgebung, vor allem von der Region rund um den Zaun hatten Teil an dieser Erfahrung zwischen Chaos und Selbstorganisation. Die Volxküchen, die Erfolgserlebnisse beim strategischen zivilen Ungehorsam, die spontane gegenseitige Hilfsbereitschaft, mit der beim ausgefallenen Nahverkehr schon mal eine Hausfrau von wild gekleideten Unbekannten Hilfe beim Tragen der Einkaufstaschen bekam, und die generelle Aufhebung der gewohnheitsmäßigen schweigenden Anonymität in Bahnen und Geschäften: All das winzige Stücke gelebter Utopie, wie sie von selbst entstehen, wenn sich die Hypnose des Kapitalismus und seiner Normalität ein wenig lüftet. Was dann zum Vorschein kommt, ist oft genug spontane und authentische Menschlichkeit. Diese Erfahrung ist es, die viele Menschen anzieht, das ureigenste Wissen: So ist mensch. Eigentlich.

„Kapitalismus hat uns die Illusion vermittelt, dass alles Geld kostet, auch das, was eigentlich kein Geld kostet“, sagte Wangui Mbatia, Anwältin aus Nairobi vom People´s Parliament. Sie erzählt, dass ihr Volk von weniger als einem Dollar am Tag leben muss. „Bis vor kurzem war dies aber kein schlechtes Leben“, betont sie. „Fast alles, was wir brauchten, besorgten wir außerhalb des kapitalistischen Systems, indem wir uns gegenseitig halfen. Aber die Menschen waren sich nicht bewusst darüber, dass dies ein Wert war, sie wollten diese Gemeinschaften verlassen, um in die Städte zu gehen. Dadurch verlieren sie ihre Wurzeln und ihre Nachbarschaften.“

In Kenia haben die Menschen derzeit mit der Privatisierung des Trinkwassers zu kämpfen. Aber auch menschliche Nähe, Zusammensein, Austausch, Wärme, Kontakt gehören zu den Verlusten im Kapitalismus, betont Wangui. Der Kapitalismus hat die Menschen voneinander getrennt, und die Trennung schafft Bedürfnisse, die man nur mit Geld erfüllen kann. Was vorher in gemeinsamer Arbeit getan wurde oder in gegenseitiger Hilfe, ist jetzt eine Dienstleistung und kostet Geld. Geld, das man nicht hat. Kapitalismus hat uns zu dem abgetrennten Einzelwesen gemacht, das jetzt Slums und gediegene Vororte besiedelt, dieses einsame Geschöpf, das irgendwie versucht zu überleben. Wenn sich der westliche Lebensstil der Versingelung weltweit ausbreitet, hat der Kapitalismus seinen umfassendsten Sieg gewonnen.
So gesehen, wird Gemeinschaft zu einem politischen Thema. Wangui: „Bewusste Gemeinschaften und Kommunen, wie sie in Europa entstehen, gibt es in Afrika nicht, wo die Gemeinschaften zerfallen, entstehen sie nicht neu. Aber die Idee gefällt mir, sie wären auch für Afrika Teil der Lösung, aber nur unter der Bedingung, dass sie sich

nicht vom gemeinsamen Widerstand auf eine Insel zurückziehen."

Weltweit arbeiten Gruppen und Projekte an Alternativen: Sie bauen lokale Utopien auf, Friedensdörfer, Ökodörfer, dauerhafte Risse im System des globalen Kapitalismus, in denen mensch lernt und ökologische, technische und soziale Strategien für „eine andere Welt" konkret entwickelt. Ohne die Kraft des Widerstandes bleiben sie ohne Wirkung.
Weltweit gibt es unzählige Gruppen, die gegen die Auswirkungen der Globalisierung kämpfen. Ohne das Angebot von Alternativen gewinnen sie keine Substanz. In ihrer wachsenden Kooperation sehe ich die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegung.
(www.listen-media.org**)**

Christian Felber (attac Österreich):

Sauerstoff für die Polis

Am Bahnhofsplatz sammeln sich Tausende, vielleicht schon Zehntausende, sie fluten aus allen Zügen, werden nach oben gespült, das friedliche Zusammenkommen am Platz ist wie zur Festmesse ein einem Feiertag.
Der Trafikant sagt, er habe die vierfache Menge der „taz" bestellt, die waren nach einer Stunde weg, das Vierzigfache wäre möglich gewesen. In der Süddeutschen werden Demonstrationsverbote im Jojo-Verfahren verhängt und aufgehoben.
Die Schar am Platz ist bunt und heterogen. Vielfalt is our success. Ich treffe globale Bekannte aus der Bewegung, Pia, mit der ich bei der vorletzten WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Cancún ein Zimmer teilte, überfällt und herzt mich, ein bisschen Global-Village-Gefühl.
Dazwischen Gruppen schwarz gekleideter, teils vermummter Menschen. Ein komisches Gefühl in der Magen-Brust-Linie, einige strahlen keine gute Energie aus. Wer ist das?

Die Demo beginnt friedlich und kreativ, und das bleibt sie auch fast bis zum Schluss. 80.000 wälzen sich durch die Straßen Rostocks, tratschend, singend, sakandierend, tanzend: SambaAttac trommelt unermüdlich. Wie schon in andern Städten, erobern wir tanzend die Straßen – und die Herzen der Wohnbevölkerung, sie schauen neugierig von Balkonen und Fenstern, winken uns zu. Musik verbindet. Aus Demos kann man Feste machen.

Alexandra ist ganz vorne mitgegangen, auf halbem Weg erhalte ich ein SMS: „Es gibt Schwierigkeiten. Ruhig bleiben." Klingt noch nicht nach Apokalypse, aber den Wunsch nach einer machtvollen friedlichen Demo gebe ich auf. Wir tanzen unbeirrt weiter. In der Schlussgeraden der Demoroute, schon am Stadthafen, etwas Hektik, Polizisten riegeln die Seitengassen ab und scheuchen DemonstrantInnen in den Strom zurück. Es bleibt aber ruhig. Dann Steine auf dem Boden. Mehr Steinbruch. Jemand hatte Pflasterplatten aus den Gehsteigen gerissen und sie zu wurfgerechter Größe zertrümmert, ein Einkaufswagen ist damit halb gefüllt: Selbstbedienung. (Wieso räumt den die Polizei nicht weg?)
Wir kommen ungehindert zum großen Hafenplatz, auf dem die Hauptbühne steht. SprecherInnen versuchen die Wogen zu glätten. Die Wogen gehorchen nur vorübergehend. Ganz hinten am Ende des Platzes, auf der Hafenstraße flackern die Scharmützel wieder auf. Polizeieinheiten laufen in die Demonstration und werden von Steinen empfangen. Diese Szenen sind örtlich begrenzt und nicht andauernd. Einige hundert Vermummte beteiligen sich daran, aus heutiger Sicht: eine Mischung aus Zivilpolizisten (Provokation is our success), Hooligans (hurra, Straßenschlacht!) und einige hundert internationale Autonome. In Summe. 0,5% der 80.000 DemonstrationsteilnehmerInnen, für einige Medien ausreichend, um von einem „Bürgerkrieg" zu berichten.

Bis heute ist unklar, von wem Provokation und Gewalt ausgingen. Auf Spiegel TV ist ein Video zu sehen, auf dem Polizisten in Zivil einen Demonstranten?, Zivilpolizisten? wegen Verstoß gegen das Vermummungsverbot festnehmen, was Unruhe und erste Polizeieinsätze auslöst. Ein besonders merkwürdiges Video zeigt ein Polizeiauto, das mutterseelenallein auf der Demoroute herumsteht und auf das von einer Handvoll Vermummter eingeprügelt wird, eine Scheibe wird dabei eingedrückt. Null Reaktion seitens der Polizei. Nach der Szene fährt das Auto seelenruhig weg. Dieser „Angriff" auf das Auto wird oft als der Beginn der Eskalation genannt. War das Auto ein „Köder", waren die „Angreifer" echt? Seit Genua halte ich vieles für möglich. Auf der anderen Seite scheinen ein paar hundert Autonome auf die Provokation der Polizei nur gewartet haben, sie entluden sich willig und steinreich. Danke, dass ihr uns provoziert habt.

Ausschlaggebend – in jeder Bedeutung des Wortes – ist, dass die räumlich begrenzten Auseinandersetzungen die Medienaufmerksamkeit monopolisierten. Die Pressekonferenz am Morgen nach der Demo dreht sich ausschließlich um die „Gewalt" – nicht um die Gewalt der Globalisierung, die täglich Tausende Hungertote fordert, die Ökosysteme des Planeten zerstört, Armut und Ungleichheit schafft. Nein, es ging um die Rand-Szenen einer friedlichen Großdemo gegen diese globale Realität. Gewalt schafft es sehr schnell in die Medien, wenn sie sich nicht in politischen Strukturen versteckt, sondern auf der „polis", dem demokratischen Forum, offen zutage tritt. Neben löblichen Differenzierungsversuchen einiger Blätter stürzten sich viele auf die Bürgerkriegsversion. „Österreich" befand sogar: „Deutschland brennt". Eine Woche später, wie um sich selbst zu übertreffen: „Deutschland – ein Flammenmeer". Das deutsche „Flammenmeer" bestand aus einem einsamen Auto. Dieses schicksalhafte Auto schaffte es auf Dutzende Titelseiten und verdrängte das Tanzfest und die inhaltlichen Botschaften der friedlichen Massen. Das durchschnittlich informierte und durchschnittlich (des)interessierte Publikum vor den Bildschirmen zu Hause wurde in ihrem Vorurteil bestätigt: Bei „Antiglobalisierungsdemos" krachts. Wozu mich für die legitimen Anliegen „derer" interessieren, die illegitime Mittel anwenden. So einfach ist die Welt.

Zweites Opfer der Ausschreitungen waren die friedlichen DemonstrantInnen selbst. Der Wasserwerfer fuhr nach den Reibereien rücksichtslos in die Menge, einige berichteten, dass hauptsächlich Unbeteiligte getroffen wurden. Vor allem aber ermöglichten diese Vorfälle ein härteres Vorgehen der Polizei bei den Aktionen der Folgetage. Die Großdemo war ganz zu Beginn, und wenn es da schon kracht, wundert sich niemand mehr und fragt niemand mehr so genau, von wem die Gewalt in den darauf folgenden Tagen ausgeht. Tatsächlich wurden bei den – friedlichen – Sitzblockaden mehrere DemonstrantInnen schwer verletzt. Da zu diesem Zeitpunkt die Polizei schon auf 500 Verletzte in den eigenen Reihen verweisen konnte, fanden diese Menschenrechtsverletzungen kaum Beachtung. Hier der nächste Fake: 433 verletzte Polizisten, dazu 530 auf Seiten DemonstrantInnen, macht zusammen „tausend Verletzte", das klingt fürwahr nach Bürgerkrieg. Erst Tage später erfahren wird, dass von den 433 angeblich verletzten Polizisten nur zwei stationäre behandelt wurden! Einer konnte kurz darauf das Krankenhaus verlassen. Bleibt ein krankenhausreifer Polizist übrig (einer zuviel). Die allermeisten litten unter dem – eigenen – Tränengas, auf dessen Einsatz sehr gut verzichtet werden hätte können. Ich frage mich, wieso es Tage dauerte, bis ein Medium das recherchiert hatte und kaum eines korrigierte.

Der größte Schaden wurde an der Bewegung angerichtet. Schon im Vorfeld sagten

mir Menschen höheren Alters und nichtjugendlicher Konstitution, dass sie sehr gerne hinfahren würden, aber schlicht und ergreifend Angst hätten. Andere haben keine Angst, schließen aber die Teilnahme an demokratischen Kundgebungen kategorisch aus, solange diese auch nur im leisesten nach Gewalt riechen. Einige der Steineschmeißer argumentieren, ohne ihren Wirbel kämen wir gar nicht in die Medien, was letztlich der gesamten Bewegung nütze (also sollten wir „Gewaltfreien" uns solidarisch verhalten). Zumindest in Rostock hatten sie doppelt unrecht: Die Medien waren so präsent wie noch nie: Schon im Sonderzug von Salzburg nach Rostock begleiteten uns vier Kamerateams: RTL, ZDF, ORF und Spiegel TV. Entsprechend mehr waren es vor Ort. Die hätten auch ohne Steinwurfszenen berichtet. Prominente Bilder von tanzenden G8-KritikerInnen, Riesenpuppen und ironischen Clowns würden ein ganz anderes emotionales Feedback in der Bevölkerung auslösen und die globalisierungskritische Alltagsarbeit sowie die Demo-Mobilisierung entscheidend erleichtern. Wenn Demos auf eine Stammklientel reduziert werden, auf ein junges, unerschrockenes Publikum, dann behalten sie den bitteren Beigeschmack eines unpolitischen Generationenkonflikts. „So entsteht keine Bewegung", meinte Daniel, der mit mir vor Ort war.

Die OrganisatorInnen bemühten sich um Gewaltvermeidung, und eine wichtige Innovation gelang ihnen auch: Ein Großteil der Autonomen und Linksradikalen war eingebunden. Gemeinsam hatten 212 Organisationen, von der Interventionistischen Linken über Greenpeace bis Attac vereinbart: Die Großdemo am Samstag bleibt friedlich. Die Vereinbarung hielt auch: Von geschätzten 7000 – 8000 Autonomen blieben mehr als 90 Prozent steinfrei. Einige versuchten sogar, ihre enthemmten Kameraden vom Wickeln mit den Bullen abzuhalten, riefen sie zur Ruhe, bildeten spontan Menschenketten. Die Deeskalationsteams leisteten besonders in den Folgetagen gute Arbeit.

Die Polizei blieb in dieser heiklen Frage deutlich unter ihren Möglichkeiten. Da war zum einen das – bürgerkriegsverdächtige – Aufgebot von 17.000 Polizisten, zum Teil schwarz vermummt und martialisch aufgerüstet. Ich fühlte mich in keinem Moment von den öffentlichen Sicherheitskräften beschützt, obwohl genau das ihre Aufgabe wäre. Die Hausdurchsuchungen im Vorfeld der Demos waren ebenso wenig eine vertrauensbildende Maßnahme wie der Einsatz von Tornado-Jets (zuletzt gegen die Taliban in Afghanistan); die Einschleusung von Zivilpolizisten in die Reihen der DemonstrantInnen ebenso wenig wie das Lancieren der Falschmeldung, die Clowns hätten ihre Spritzpistolen mit Säure geladen. Der Big-brother-Hubschrauber mit seinem Lärm-Terror erniedrigte und behinderte uns in der Ausübung eines demokratischen Grundrechtes. Die Polis wurde durch das Polizeiverhalten zur Arena uminszeniert. Wasserwerfer und Pfefferspray sind keine Deeskalationsmittel. Tränengas und Knüppel schützen keine Menschen.
Die Menschenrechte sind durch die aktuelle Form der Globalisierung in Gefahr und ebenso an den Orten, an denen Menschen darauf aufmerksam machen wollen.
Aus einiger Distanz wirken jene paar hundert Jugendlichen wie in einer Symbiose mit der staatlichen Autorität, an der sie sich abarbeiten und sie dadurch legitimieren – zum Schaden der Polis. Die Steine wirken vielleicht, indem sie Aufmerksamkeit auf die Polis lenken, wie „Sauerstoff für die Demokratie" (Günter Wallraff), aus meiner Sicht aber noch stärker als Stickstoff, weil jede Eskalation Menschen von der Polis fern hält – und auch von genauerem Hinsehen.

Jutta Spengel-Steinert:

Meine politische Einschätzung der Kampagne? Wie geht es weiter?

Ich bin eine von den Menschen, die nach dem G8 - Gipfel in Genua sich entschlossen hat, noch einmal politisch aktiv zu werden, so weit dies meine Berufstätigkeit zulässt und bin Mitglied bei Attac geworden. Damals war meine Intention, nicht tatenlos zuschauen zu wollen, wenn die Kinder meiner Generation sich im politischen Kampf verprügeln lassen müssen und sogar ermordet werden.
Sehr schnell habe ich mich der AG feministAttac angeschlossen, (damals noch Frauennetz Attac).
Doch nun zu den Protesten zum Gipfel in Heiligendamm:
Obwohl ich selbst gar nicht an beteiligt war, war ich selbstverständlich in vielfältiger Weise doch ‚dabei', allein schon deshalb, weil ich zusammen mit meiner Attac - AG unsere Aktivitäten dort vorbereitet habe.
Auffallend war für mich hier in meinem Büro in der Nähe von Hannover, dass nicht über den G8 - Gipfel gesprochen wurde, er war kein Thema unter den KollegInnen. Auch nicht, als es die ersten Bilder und Berichte in den Medien gab. Aber auch nicht, als die extrem hohe Zahl der Verletzten und die ‚Ausschreitungen' kommuniziert wurden. Ein müdes Abwinken, war eine Reaktion: Für beide Shows, weder für die der Politiker noch die der Gipfelkritiker konnte ich lebhaftes Interesse ausmachen. Dann war der Gipfel vorbei. Langsam kehrten auch die zurück, die noch ein paar Tage Urlaub an der Ostesee gemacht hatten.
Der erste Anruf, der mich erreichte, war der einer jungen Frau, die ohne viele Umschweife mich ganz direkt fragte: „Sag mal, stimmt das, Attac will in Zukunft Autonome direkt an die Polizei ausliefern…?" Später wurde ich noch mehrmals mit dieser oder ähnlichen Fragen konfrontiert.
So weit ist es also gekommen mit Attac, dachte ich, dass uns so etwas zugetraut wird! Das kommt dabei heraus, wenn zu sehr versucht wird, es allen recht zu machen, wenn zu sehr auf den ‚Erfolg' geschielt, abgewiegelt wird.
Ich möchte klarstellen, dass auch ich jede Art der Anwendung von Gewalt, von welcher Seite auch immer, ablehne.
Trotzdem:
Warum gelingt es nicht, zu einem Denken zu kommen, das einzelne Schritte und Kämpfe nicht verurteilt, sondern als Reaktion auf Unterdrückung begreift? Den verschiedenen Ausdrucksformen des Widerstands, allen unterschiedlichen Protestformen ist gemeinsam, dass sie Wünsche sind nach Veränderung, nach mehr Gerechtigkeit, Würde, Emanzipation für alle. Das ist nicht Neues…, ich weiß. Auch ich verurteile die Wahl der falschen Mittel - auf beiden Seiten! - ich vermisse aber vor allem eine Verurteilung der Gewalt, wie sie in Rostock während des Gipfels und bereits im Vorfeld vom Staat ausging.
Auch wenn der Gegengipfel und die Demos als Erfolg gefeiert werden, ich bin der Ansicht, dass Attac sich schlecht geschlagen, sich ungünstig präsentiert hat. Spaltungen sind ein Zeichen von Schwäche. Ist Attac nicht gegen Entsolidarisierung angetreten? Auf der Basis von (Ab)Trennungen entwickeln sich neoliberale Projekte. Mich und sicherlich auch andere hat das Auftreten von wortführenden Attacis - und damit von Attac! - enttäuscht . Um nun den Bogen zu meiner Einleitung zu schlagen: Ich möchte nicht heute zuschauen und unkommentiert hinnehmen, wie jetzt die Organisation, in der ich noch einmal politisch aktiv werden wollte, unsere ‚Kinder' denunziert. Das werde ich nicht mittragen.

Peter Wahl

Die Gessler-Kapuze

Anmerkungen zur Gewaltdebatte nach dem G8

„Dem Hut soll gleiche Ehre wie ihm selbst geschehen!“ heißt es im *Wilhelm Tell*. Und wer das Knie vor dem Hut auf der Stange nicht beugte, sah sich aus der Gemeinschaft der Rechtschaffenen ausgegrenzt.
Die Zeiten ändern sich. Verfolgt man die Diskussion bei einigen Sektoren der Linken zu den Gewaltausbrüchen bei der G8-Demonstration am 2. Juni, scheint an die Stelle des Gessler-Huts eine schwarze Kapuze getreten zu sein. „*Schluss mit den Distanzierungen*“ heißt der Titel eines Papiers, das von der Mehrheitsströmung der *Interventionistischen Linken* verfasst wurde. Und auf einer Versammlung im Camp erschallte unter rauschendem Beifall: „*Wer sich distanziert, spaltet die Bewegung!“* Attacies in den Camps schließlich waren Zielscheibe von Aggressionen - es sei denn sie beugten sich dem Konformitätsdruck, der von den Anti-Distanzierern ausging, und distanzierten sich von ihrer „*Führung*“.
Die Kampagne der globalisierungskritischen Bewegung gegen den G8 war ein großer Erfolg. Sie hat beträchtlich dazu beigetragen, dass die G8 bis weit in die Mitte der Gesellschaft delegitimiert ist. Auch in der Debatte um die Grundrechte, die im Mai mit den Razzien des BKA begann und mit der Auseinandersetzung um Polizeigewalt in Rostock und dem Einsatz der Bundeswehr beim Gipfel noch andauert, konnte die Bewegung punkten. In den seriösen Medien gab es mit wenigen Ausnahmen eine faire bis freundliche Berichterstattung.
So manche altbekannten Reflexe jedoch findet man in der internen Kontroverse um die Militanz. Daher muss die Diskussion um Gewalt geführt werden. Nicht zuletzt, weil wir bei vielen jungen Leuten eine erfreuliche Politisierungswelle erleben. Der Umgang mit Gewalt ist nicht irgendein Thema unter anderen, sondern eine Grundfrage emanzipatorischer Politik.

Selbstkritik schafft Vertrauen

Dabei ist der Anlass zugegebenermaßen schmerzhaft. Nach allem was bekannt ist begann die Randale in Rostock eindeutig durch Steinwürfe einer Gruppe aus dem Block „*Make Capitalism History*“ auf ein Fahrzeug der Verkehrspolizei. Nachdem die Scheiben zertrümmert waren, flogen weiter Steine auf die beiden Beamten im Auto. Sie wurden verletzt, konnten dann aber wegfahren. Die ansonsten gern benutzte und häufig wohl auch zutreffende Rechtfertigung mit „*Gegengewalt*“ zieht in diesem Fall also nicht.
Aber Selbstkritik, gar öffentliche, ist bei manchen Linken nach wie vor tabu. Damit wird die Chance vertan, Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei den Menschen zu gewinnen, die man für die eigene Sache überzeugen möchte. Stattdessen verlegt man sich auf den Diskurs von der strukturellen Gewalt, oder auf die These von den Agents Provocateurs, um die Steineschmeißerei mindestens zu relativieren.

Personale - strukturelle Gewalt - ein qualitativer Unterschied

Natürlich gibt es so etwas wie strukturelle Gewalt. Schon Marx sprach von der stummen Gewalt der ökonomischen Verhältnisse und Brecht hat es in eine schöne Metapher gegossen: „*Der reißende Fluss wird gewalttätig genannt. Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig.“* 1971 wurde der Ansatz von dem Friedensforscher Galtung zum Begriff der strukturellen Gewalt weiterentwickelt. Gewalt **auch** als gesellschaftliches Verhältnis zu fassen ist eine sinnvolle Erweiterung des Gewaltbegriffs. Aber wohlgemerkt: Erweiterung, nicht seine Ersetzung.
Der traditionelle Gewaltbegriff hebt auf physische Gewalt ab, die direkt in die körperliche Unversehrtheit eines Individuums eingreift. Der Unterschied zwischen dieser Form von Gewalt und struktureller Gewalt darf nicht eingeebnet werden. Sonst werden in der Nacht eines uferlosen Gewaltbegriffs alle Katzen grau. Es ist und bleibt ein qualitativer Unterschied, ob sich patriarchale Gewalt darin äußert, dass Eltern ihr Kind über ein System aus Belohnungen und nicht-physischen Bestrafungen zu Gehorsam bringen, oder ob sie das mit Prügel erzwingen. Es ist ein qualitativer Unterschied, ob ein Ehemann die traditionelle Rollenteilung lebt, oder ob er seine Frau schlägt oder vergewaltigt. Und es ist ein qualitativer Unterschied, ob ich bei Lidl an der Kasse sitze, unterbezahlt als working poor ausgebeutet werde, oder ob ich mit dem Bajonett im Rücken Zwangsarbeit verrichte.
Auch der Verweis darauf, dass jeden Tag 30.000 Kinder an den Folgen des Kapitalismus sterben, geht hier ins Leere. Als ob von den Steinwürfen in Rostock auch nur ein Kind in Burkina Faso eine Mahlzeit bekäme!
Der auf physischer Gewalt basierende Gewaltbegriff ist darüber hinaus in der Gesellschaft absolut hegemonial. Zurecht, und wir sollten froh sein, wenn dies so bleibt. Daran kann man anknüpfen für die Entwicklung einer emanzipatorische Kultur der Friedfertigkeit. Gewalt ist für fast alle Menschen eine existenzielle Erfahrung. Für die meisten ein Kindheitstrauma. Daher fühlt man sich von Gewalt in besonderem Maße berührt, selbst wenn man sie nur im TV sieht.
Wegen der existentiellen Bedeutung physischer Gewalt stand der Schutz vor dieser Gewalt auch immer an der Spitze der Programmatik emanzipatorischer Bewegungen - und findet sich in allen demokratischen Verfassungen. Die Würde des Menschen besteht zu allererst in der Unverletzlichkeit seiner Person. Von der Erklärung der Menschenrechte der französischen Revolution über die UN-Menschenrechtserklärung bis zum Grundgesetz finden wir das Prinzip: „*Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit*.“ (Art. 2,2 GG)
Ob man die Tobin Steuer gut findet oder nicht, ob man für bedingungsloses Grundeinkommen streitet, Oskar mag oder nicht, all das hat Raum in einem linken Pluralismus. Unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland anno 2007 physische Gewaltanwendung bei einer Demo zu rechtfertigen, verlässt jedoch den emanzipatorischen Grundkonsens. Das ist „*Der Zweck entschuldigt die Mittel*“. Das ist Machiavelli, auch Stalin oder Andreas Baader. Für ein wirklich emanzipatorisches Verständnis der Dialektik von Mittel und Zweck ist das nicht akzeptabel. Die Lektion sollten die Linken eigentlich gelernt haben.

Demokratie in der Bewegung

Gewalt übt eine hochambivalente Faszination aus. Gerade wegen dieser Wirkung ist die Versuchung besonders groß, Gewalt politisch zu instrumentalisieren – auf allen Seiten. Man kann damit auf einen Schlag Ziele erreichen, für die man sich sonst in langer Kleinarbeit abmühen müsste. Mit dem Hineintragen von Militanz – der Begriff hat nicht zufällig die gleiche Wurzel wie *Militär* - in eine soziale Bewegung diktiert man dieser den Charakter der Aktionsformen, ohne sich der Mühe demokratischer Überzeugungsarbeit unterziehen zu müssen.
Zu dieser Leistung sind die Militanten aber keineswegs kraft intellektueller, politischer oder numerischer Stärke in der Lage. So wie beim Judo ein Schmächtiger einen Stärkeren durch die Nutzung von dessen eigener Stärke besiegen kann, so erzielen die Militanten in Wechselwirkung mit dem Polizeiapparat eine Wirkung, die in keinem Verhältnis zu ihrer politischen Bedeutung steht. Weniger nett formuliert, Militanz verhält sich unter den gegenwärtigen Bedingungen parasitär zum staatlichen Ge-

waltmonopol. Anders als im Sport legen die Militanten allerdings nicht jene, die sie für ihren Gegner halten, aufs Kreuz, sondern die Bewegung, unter deren Schutzmantel sie sich bei Beschwörung der „*Einheit*“ nach der Demo dann gerne flüchten.

Und die agents provocateurs?
Natürlich gibt es sie, die agents provocateurs. Der NPD-Vorstand war von einem halben Dutzend Verfassungsschutzagenten unterwandert. Deshalb scheiterte das Verbotsverfahren. Und garantiert gibt es sie auch unter schwarzer Kapuze. Bei den Blockadeaktionen wurde einer enttarnt. Wird damit die Kritik an der Militanz hinfällig? Im Gegenteil. Denn zur Provokation gehören immer zwei. Hätten die Schlapphüte so viel Einfluss auf die Steineschmeißer, müsste man sich erst recht von ihnen distanzieren. Denn die wären dann nicht autonom, sondern nützliche Idioten des Verfassungsschutzes.
In „Freitag“ erschienen

Christine Buchholz

Staatsmacht, Ohnmacht und bürgerliche Medien – Rostock und die Gewaltfrage

Die globalisierungskritische Bewegung feierte mit den Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm einen großen Erfolg. Nie zuvor gelang es, einen G8-Gipfel massenhaft und gewaltfrei zu blockieren. Gleichzeitig tummelten sich unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan und unter den mehr als 2 000 Gästen des parallel zu den Blockaden stattfindenden Alternativgipfels viele Rostockerinnen und Rostocker.
Zum Auftakt am 2. Juni reisten 80.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur größten globalisierungskritischen Demonstration in der Bundesrepublik nach Rostock. Allerdings löste die Straßenschlacht zwischen einigen hundert Autonomen des so genannten „Schwarzen Blocks“ unmittelbar nach der Großdemonstration eine kontroverse Debatte in der Linken aus: Manche beließen es nicht bei einer Kritik der „Steinewerfer“ und distanzierten sich sehr schnell von ihnen. Das war unnötig und hilft nicht bei der politischen Bewältigung der Vorfälle. Sowohl innerhalb des Demonstrationsbündnisses als auch bei attac forderten manche, den „Schwarzen Block“ aus dem Anti-G8-Aktionsbündnis auszuschließen. Viele sprachen nebenbei die Staatsgewalt im Großen und Ganzen frei: Die Polizei trage keine Schuld an der Entstehung der Gewalt, habe sich tadellos verhalten und sei bei dem Konzept der Deeskalation und der Kooperation geblieben.
Ähnlich äußern sich Michael Brie und Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In ihrem Papier „In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele“ (rls standpunkte 9/2007) fordern sie, „Grenzen zu ziehen“ und schlussfolgern: „Eine gemeinsame Demonstration ist nicht mehr möglich.“ Brie und Brangsch fordern nicht nur den „Bruch“ des Aktionsbündnisses mit den Autonomen. Sie sprechen von einem „Sieg der Unvernunft und Inhumanität“ und fragen: „Wo liegt der Unterschied zu dem, wogegen demonstriert wird?“

Michael Brie antwortete am 9. Juni im „Neuen Deutschland“ selbst auf seine polemische Frage, wo der Unterschied zu unseren Gegnern hinter dem Zaun noch liege, wenn aus unseren Reihen Polizisten mit Steinen beworfen würden. Die USA seien zur „Hauptgefahr der internationalen Sicherheit geworden.“ Allein durch den Irakkrieg sind 700.000 Tote und 1,5 Millionen Flüchtlinge zu beklagen. Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, hat Recht, wenn er die Steine von Rostock mit einem Verweis auf das tägliche Massaker des Hungers relativiert.

Auch angesichts einer Welle von Medienempörung über die Steinewerfer aus dem „Schwarzen Block“ dürfen wir nicht den kühlen Kopf verlieren. Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag geht mit gutem Beispiel voran, wenn er in seinem am 5.6. veröffentlichten Papier „Gewaltverhältnisse -Rostock und die Folgen“ fordert: „Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daher kommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt.“ Die Demonstration in Rostock habe das zunächst vorbildlich getan und daran gelte es jetzt anzuknüpfen. Inhuman verhalten sich die Heerscharen von Journalisten, die den Unterschied ausblenden zwischen Unrecht, Gewalt und Kriegen der Herrschenden und der ungeduldigen Empörung darüber.
Peter Strutynski meint über den „Schwarzen Block“: „Manche von ihren streben den sofortigen Erfolg an, die punktuelle Auseinandersetzung mit den Repräsentanten der Staatsmacht und den Hauptverantwortlichen für die ungerechten Gewaltverhältnisse in der Welt.“
Die Steine aus den Reihen des „Schwarzen Blocks“ drücken Wut und Ohnmacht aus. Hier liegt der schwere politische Irrtum der Steinewerfer, wenn sie diese Form des Protestes mit Macht oder Gegenmacht verwechseln.

Aber wir leisten dem Aufbau des Widerstands einen Bärendienst, wenn wir erklären, dass wir den „Schwarzen Block“ aus unseren Bündnissen ausschließen wollen. Denn wer ist der „Schwarze Block“? Die Leute, die Steine geworfen haben, waren nie offizieller Teil des Bündnisses. Sie haben keine Vorsitzenden und keine Geschäftsstelle, wo wir uns beschweren könnten. Die Interventionistische Linke, in deren Block Steinewerfer mitgelaufen sind, ist nicht für jeden einzelnen Fehltritt einer Person, die in ihrem Block gelaufen ist, verantwortlich. Im Gegenteil: Sie hat viele eingebunden in einen großen, bunten, politischen Block und von daher eine weitere Eskalation verhindern geholfen.
Wenn sich die globalisierungskritische Bewegung erst für Steinwürfe verantwortlich machen lässt und dann beansprucht, sie in Zukunft zu verhindern, besteht der einzig sichere Ausweg darin, gar nicht mehr zu demonstrieren. Und genau das ist das Ziel der „eifernden Ordnungspolitiker“ und vieler Kommentatoren in den Massenmedien: Unsere Bewegung zu zerstören.
Über die Stöckchen, die sie uns hinhalten, darf die Protestbewegung nicht springen. Wir kritisieren die Steinewerfer, aber distanzieren uns nicht von ihnen. Ihre Ohnmacht ist auch unsere Ohnmacht. Es liegt an uns, einen anderen Ausweg aus der Inhumanität der herrschenden Verhältnisse zu eröffnen.
Die Hafenarbeiter, die Telekom-Streikenden, die Drucker und Bauarbeiter – die meisten von ihnen fehlten in Rostock obwohl der globale Kapitalismus ihre Zukunft mindestens genauso bedroht wie die von autonomen Jugendlichen. Anders gesagt: Die Ungeduld der Autonomen, ihr Verlangen nach „sofortigem Erfolg“, drückt nicht nur eine falsche politische Strategie aus, sondern auch unsere eigene Schwäche. Noch schwächelt das Bündnis zwischen globalisierungskritischer Bewegung und Gewerkschaften. Dabei brauchen die Gewerkschaften die globalisierungskritische Bewegung, um der Logik der Standortkonkurrenz einen neuen Internationalismus und eine alternative Strategie für die gewerkschaftliche Gegenwehr entgegenzusetzen. Die globalisierungskritische Bewegung braucht die organisierte Arbeiterklasse, weil sie ansonsten – trotz erfolgreicher Blockaden, phantasievoller Proteste und kluger Köpfe – kein Potential hat, Gegenmacht zu entwickeln.
Daran gilt es zu arbeiten und hier kommt gerade der LINKEN eine wichtige Bedeutung zu.
Erinnern wir uns an die Wut der Hafenarbeiter, die in Straßburg gegen das „Port Package II“ demonstrierten und dabei auch Steine warfen. Niemandem kam es ernsthaft in den Sinn, diese Gewalt auf eine

Stufe zu stellen mit der strukturellen, stillen Gewalt der Europäischen Kommission und der Konzerne, die mit ihrem neoliberalen Feldzug Löhne und Arbeitsbedingungen in den europäischen Häfen ruinieren wollten. Der Straßenkampf in Straßburg stellte den Endpunkt eines erfolgreichen europaweiten Streiks in den Wochen zuvor dar. Der einzige Unterschied zwischen den Hafenarbeitern und den Rostocker Steinewerfern bestand darin, dass die Hafenarbeiter die Fähigkeit hatten, mit ihrem Streik realen Druck zu erzeugen.

Inzwischen wurde bekannt, dass Polizeieinheiten in Rostock brutal in die Demonstration intervenierten und Zivilbeamte Eskalationen provozierten. Menschenrechtsorganisationen brachten harte Kritik am Verhalten der Polizei hervor. Die LINKE kritisierte stets die Eskalation von beiden Seiten. Viele Mitglieder von WASG und Linkspartei beteiligten sich aktiv an der Deeskalation der Situation am 2.6. und riskierten dabei ihre Unversehrtheit. Dass Teile der Bewegung sich vorschnell und reflexhaft vom „Schwarzen Block" distanzierten, spiegelt ein zweifelhaftes politisches Kalkül wider, dass darauf setzt, es sich nicht mit den bürgerlichen Medien oder dem Staatsapparat zu verscherzen.

Auf der Eröffnung der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan am Tag nach der Demonstration forderte Oskar Lafontaine eine Demokratisierung der Medien: „Es gibt den gewaltigen Irrtum, in den westlichen Industriestaaten seien die Medien demokratisch. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Sie sind frei von staatlichem Einfluss, jawohl, überwiegend. Sie sind aber in der Hand der Wirtschaft. Und eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein."

Zum Glück ging die Strategie der Regierung und der Medien nicht auf, mit den gewollten Gewaltbildern die Proteste zu diskreditieren, weil die Mehrheit der Protestbewegung besonnen und diszipliniert ihren Protest fortsetzte. Das war die Quelle des Erfolges von Rostock.
Nicht ein „anderer Protest" (Brie/Brangsch) ist nötig, sondern eine Ausweitung der Bündnisse, des Protestes und eine bessere Verzahnung mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Eine bündnisinterne Diskussion wie mit Eskalation und Steinewerfern umzugehen ist nötig und eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit der Unzulänglichkeit autonomer Strategie und Taktik.

Literaturhinweise:

Michael Brie/Lutz Brangsch, In der Sackgasse – oder: Mittel beherrschen Ziele Eine gescheiterte Strategie. rls standpunkte 9/2007, http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_0709.pdf

Christine Buchholz/Wolfgang Gehrcke/Katja Kipping, „G8-Demo großer Erfolg -Gewalt geht von G8 aus", PM vom 3.6.2007,

Oskar Lafontaine, „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen", Rede auf der Anhörung der Linksfraktion in Bad Doberan, http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1304473554

*Christine Buchholz war an der Vorbereitung und Durchführung der G8-Proteste beteiligt. Sie ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE.
christine.buchholz@web.de

Peter Strutynski

Gewaltverhältnisse Rostock, Heiligendamm und die Folgen

Das Szenario der Gewalt bei der ersten großen Anti-G8-Demonstration in Rostock am 2. Juni war programmiert. Seit Wochen war die Öffentlichkeit darauf vorbereitet worden, dass „gewaltbereite Chaoten" aus dem „linksradikalen Spektrum" in die Stadt und in die Camps rund um Rostock und Heiligendamm einfallen würden. Innenminister Schäuble gebührt das zweifelhafte Verdienst, Gewalt herbeigeredet zu haben, die dann tatsächlich auch stattfand. Die Medien, insbesondere auch regionale Blätter in Mecklenburg-Vorpommern warnten die Bevölkerung vor Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Organisatoren des Widerstands hatten dieser konzertierten Propaganda – die es nicht bei Worten beließ, sondern mit einer großangelegten Razzia Anfang Mai bereits einen Vorgeschmack auf das verfügbare Reservoir staatlicher Repression gab – relativ wenig entgegenzusetzen. Globalisierungskritiker, Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen befanden sich in einem Dilemma: Einerseits war ihnen die von der politischen Klasse aufgezwungene Gewaltdiskussion überhaupt nicht recht, lenkte sie doch von den guten Inhalten des Protestes ab. Auf der anderen Seite sorgte dieser Diskurs wenigstens dafür, das zuvor nur sehr zäh ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungene Thema „Heiligendamm" zu einem „Dauerbrenner" in den täglichen Nachrichten der Medien zu machen. Gewünscht hätte man sich viel lieber eine inhaltliche Skandalierung des G8-Gipfels, doch die war ausgeblieben.

Es gibt mindestens zwei Gründe dafür, dass die Gewalt in Rostock nach dem Muster einer self fulfilling prophecy auch eintrat. Erstens musste der gigantische Polizeieinsatz – 30.000 Sicherheitskräfte, die einen vielfachen Millionenbetrag verschlangen – gegenüber der Steuer zahlenden Öffentlichkeit legitimiert werden. Wäre nichts passiert, hätte man sich den ganzen Aufwand auch sparen können. Da man sich den Aufwand aber leistete – weil der Sicherheitsstaat für „alle Fälle" gerüstet sein müsse – musste etwas passieren. Zweitens sollte mit allen Mitteln die inhaltliche Auseinandersetzung um die Agenda des G8-Gipfels vermieden werden, weil die Gipfelverantwortlichen dabei keine gute Figur machen würden. Ob Klimakatastrophe oder Afrikapolitik: Die Herrschenden hatten außer guten Worten nichts anzubieten, was der Menschheit insbesondere in der Dritten Welt von Nutzen wäre. Steinwürfe gegen Polizisten sind ja nicht nur kein Ersatz für die begründeten Alternativen der Gipfelgegner, sie entlasten auch die herrschende Politik, ihre schlechten Argumente und Strategien zu begründen. Wo Steine fliegen, hört jegliche Diskussion auf.

Dennoch hatte die von oben angezettelte Gewaltdiskussion noch einen anderen, von den Urhebern nicht einkalkulierten Effekt. Die erwartete Aufrüstung bei den Sicherheitsvorkehrungen geriet plötzlich in einen so eklatanten Widerspruch zu dem zu erwartenden politischen Ertrag des Gipfels, dass die veröffentlichte Meinung zunehmend den ganzen Sinn der Veranstaltung in Frage zu stellen begann. Und zwar in zwei Richtungen: Einmal fürchteten die liberal gesonnenen Medien – hierin unterstützt von sensibilisierten Intellektuellen – um einen weiteren Abbau ohnehin schon vielfältig durchlöcherter und zerzauster demokratischer Rechte wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Als Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin beim EU-Russland-Gipfel in der Wolgastadt Samara am 17. Mai den russischen Präsidenten Putin dazu aufforderte, seine Gegner vor Ort demonstrieren zu lassen, konterte der gelassen und insoweit völlig korrekt, dass er sich angesichts der massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechts in und um Heiligendamm keine Belehrungen in Sachen Demokratie gefallen lassen müsse. Zum anderen entwickelte sich überraschender Weise eine Kritik am Gipfel-Event, die über Heiligendamm hinaus solche Mammutkonferenzen grundsätzlich in Frage stellen. Und dies nicht nur wegen der hohen Kosten und der falsch gewählten Örtlichkeiten (die G8 ließen sich „sicherer" und vor allem preisgünstiger z.B. auf einem Flugzeugträger unterbringen), sondern auch wegen des immer dünner werdenden politischen Er-

trags. Wenn Franz Müntefering öffentlich darüber sinniert, ob solche Gipfel überhaupt noch „zeitgemäß“ sind (ob sie jemals „zeitgemäß“ waren, fragt er natürlich nicht, wahrscheinlich aus Pietät gegenüber Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der die Gipfel vor mehr als 30 Jahren quasi „erfunden“ hatte), und wenn die ZEIT in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 2007 „Scheinheiligendamm“ zum Aufmacher macht, ist die fundamentale Kritik am Gipfel sozusagen in der Mitte der Gesellschaft und der veröffentlichten Meinung angekommen. Der Aufwand lohnt nicht (mehr), die führenden Staatsmänner mit Dame Merkel tragen nichts zur Lösung der globalen Probleme bei, sondern sind selbst Teil des Problems. Walden Bello hat das auf der Kundgebung in Rostock auf den Punkt gebracht, als er sich dagegen wandte, von den G8 nicht nur Worte, sondern auch Taten zu verlangen. Nein, sagte er, die G8 selbst müssten „aus dem Weg gehen“, um alternativen Entwicklungsmöglichkeiten Platz zu machen.

Dies ist allerdings nur in einem – vermutlich langwierigen – politischen Prozess durchzusetzen. Und es erscheint fraglich, ob sich vor allem jüngere Protestler, die sich in irgendeiner Weise dem sog. „Schwarzen Block“ zugehörig fühlen, mit einer solchen Perspektive zufrieden geben. Manche von ihnen streben den sofortigen Erfolg an, die punktuelle Auseinandersetzung mit den Repräsentanten der Staatsmacht und den Hauptverantwortlichen für die ungerechten Gewaltverhältnisse in der Welt. Und da sich der Gipfel selbst physisch nicht verhindern lässt, richtet sich die Wut dieser Globalisierungsgegner auf die „Handlanger“ der Mächtigen, auf den Polizeiapparat. Jede erfolgreiche Störung des Gipfels würde seinen Preis in die Höhe treiben. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite der Barrikade steht eine Polizeiarmee, deren einzelne Teile in sehr unterschiedlicher Weise, aber immer auch unter dem Einfluss der Gewaltdiskussion auf Rostock und die anderen Events rund um Heiligendamm vorbereitet werden. Presseberichte und meine eigene Wahrnehmung in Rostock lassen den Schluss zu, dass es in Deutschland höchst unterschiedliche Demonstrationsreaktions-„Kulturen“ auf Seiten der Polizei gibt. So gibt es Berichte darüber, dass sich z.B. die für ihre besondere Härte bekannte 21. Einsatzhundertschaft aus Berlin „so sehr hervortat, dass andere Polizeiführer entsetzt intervenierten“ (Neues Deutschland, 4.06.07). Lange Anfahrtswege, Kasernierung, mangelnde Verpflegung, vielleicht auch so manche verbale oder gestische Schmähung von Seiten einiger Protestierer mögen ein übriges getan haben, um die Nerven der Beamten bis aufs äußerste anzuspannen und deren Gewalteinsatzbereitschaft zu erhöhen.

Eine einseitige Schuldzuweisung für die eingetretene Situation in Rostock an die Adresse des nur im äußeren Erscheinungsbild einheitlich wirkenden, in Wirklichkeit aber sehr heterogenen „schwarzen Blocks“ halte ich aus diesen Gründen für verkürzt. Völlig verfehlt war auch die an den Tenor der ersten Medienberichte sich anschließende Erklärung aus der Demonstrationsleitung, wonach die Polizei an der Entstehung der Gewaltsituation keine Schuld trage. Vielmehr hätte sie sich an die vereinbarte Deeskalationsstrategie gehalten. Dem steht doch eine Reihe von Fragen gegenüber, die im weiteren Verlauf der Untersuchungen zu überprüfen wären. In welche Gruppen des schwarzen Blocks waren verdeckt arbeitende Polizisten eingeschleust worden? Immerhin ist mindestens ein Polizeispitzel von Demonstranten enttarnt worden. Unvorstellbar, dass dies der einzige gewesen sein soll. Welche Strategie verfolgten die eingeschleusten Polizisten in Zivil? Lautete ihr Auftrag tatsächlich nur „Informationsbeschaffung“ oder hatten sie auch freie Hand, zur Gewalt aufzustacheln? Liegen der Polizei Erkenntnisse vor, ob sich im schwarzen Block auch eingeschleuste rechtsradikale Gruppen befanden? Wie konnte es passieren, dass ein Polizeiauto auf dem Kundgebungsplatz „zurück gelassen“ wurde? Manche Beobachter sahen in dem tätlichen Angriff auf dieses Auto den entscheidenden Auslöser für das Eingreifen der Polizei. Der ehemalige Münchner Polizeipsychologe Georg Sieber äußerte sich hierzu in einem Interview: „Das empfanden einige Teilnehmer offensichtlich als Herausforderung. Das Fahrzeug wurde attackiert, ein Gruppe von Polizeibeamten versuchte einzugreifen, und danach überstürzten sich die Ereignisse.“ Wozu kreiste ein Polizeihubschrauber immer wieder für längere Zeit direkt über dem Kundgebungsplatz und erzwang auf diese Weise die wiederholte Unterbrechung der Kundgebung? Warum war das vereinzelte Abschießen von Feuerwerkskörpern - bei der Auftaktkundgebung am Bahnhof gleichsam als Beigabe zum karnevalistischen Charakter des Aufzugs noch geduldet – am Rande der Schlusskundgebung Anlass für polizeiliche Übergriffe?

Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nun keineswegs der Versuch gemacht werden, den Spieß einfach umzudrehen und die Randalierer aus dem schwarzen Block zu entschuldigen. Mir geht es vielmehr darum, auf die strukturelle Ähnlichkeit des Verhaltens gewaltbereiter „Protestierer“ und gewaltbereiter „Ordnungskräfte“ hinzuweisen. Zwischen ihnen besteht ein psychisch-mentaler symbiotischer Zusammenhang, der sich – beinahe gesetzmäßig – in einer Spirale der Gewalt entlädt, wenn die äußeren Rahmenbedingungen es zulassen. Und diese Rahmenbedingungen wurden im Vorfeld von Rostock geschaffen. Unnötig zu sagen, wessen politische Geschäfte hierbei erledigt werden.

Unnötig auch zu sagen, dass eine an politischer Aufklärung interessierte globalisierungskritische und Friedensbewegung jegliche Gewalt bei Demonstrationen strikt ablehnen muss. Sie ist darauf nicht angewiesen, weil sie die besseren Argumente hat. Wir wollen aber darüber nicht den Maßstab aus den Augen verlieren, der etwa so lauten könnte: Was sind ein paar Dutzend Steinewerfer gegen die militärische Gewalt, die täglich in Irak oder Afghanistan, in Palästina oder in Somalia, in Kolumbien oder in Sri Lanka, in Tschetschenien oder in Pakistan angewandt wird? Was ist die ohnmächtige und hilflose Gewalt der Pflastersteine gegen die strukturelle Ungerechtigkeit und Gewalt, an der täglich Tausende Menschen in der Dritten Welt krepieren? Diese bittere Wahrheit des täglichen Massenmordes an unschuldigen Kindern, Jugendlichen, Frauen, Kranken, Arbeitslosen und anderen Opfern der neoliberalen Globalisierung sollten die Proteste zum G8-Gipfel zum Ausdruck bringen. Gerade deshalb scheint mir auch, dass den Ästheten der „neuen Beweglichkeit“, der flexiblen Schlachtordnung auf den Getreidefeldern und Wäldern vor Heiligendamm, dass den selbst ernannten „Commanders“, die sich nach Rostock zahlreich zu Wort gemeldet haben (am redseligsten das „junge Welt“-Pseudonym Shree Stardust), gar nicht klar ist, dass sie mit ihrer virtuellen Imitation realer bewaffneter Auseinandersetzungen in anderen Regionen der Welt diese zu spielerischen Freizeitbeschäftigungen verniedlichen. Wo es einen „Commander“ gibt, gibt es auch Befehl und Gehorsam. Politische Aufklärung ist dagegen an der Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit interessiert und muss daher selbst demokratische Prinzipien befolgen.

Die spezielle Kritik der Friedensbewegung am Gipfel, die trotz eines eigenen Aufrufs viel zu kurz kam, richtete sich vor allem gegen den offenkundigen Grundkonsens der beteiligten Großmächte, Krieg und die Androhung von Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren. Damit wird nach einer langen Periode der - zumindest verbalen - Anerkennung der Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten strikten Gewaltverbots (Art. 2,4), die internationale Rechtsordnung schwer beschädigt. Alle acht Gipfelstaaten führen illegale Kriege,

sei's im Rahmen der NATO in Afghanistan und im Persischen Golf sowie vor der ostafrikanischen Küste (im Rahmen von "Enduring Freedom"), sei's im Rahmen der "Koalition der Willigen" im Irak, sei's im Rahmen eines inneren Konflikts in Tschetschenien (Russland).

Deutschland macht da keine Ausnahme. Zwar hatte die Bundesregierung 2003 den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Irak abgelehnt (ihn aber gleichwohl indirekt unterstützt). Sie war aber bereits 1999 am illegalen Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt gewesen und ist es heute an der Operation Enduring Freedom. Berlin betreibt mit Nachdruck sowohl die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee als auch die Militarisierung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (z.B. Aufbau von Battlegroups, Aufrüstungsgebot in der bisher gescheiterten EU-Verfassung). Und wir können sicher sein, dass die Befürworter eines strammen Rechtskurses Rostock zum Anlass nehmen werden, via Grundgesetzänderung den Einsatz der Bundeswehr im Innern möglich zu machen. Der grundgesetzwidrige Tornado-Einsatz in Heiligendamm wird von ihnen bereits als selbstverständlich zulässige „Amtshilfe" bezeichnet.

Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daher kommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt. Die Demonstration in Rostock, aber auch so manche Aktion ziviler und friedlicher Widerständigkeit in und um Heiligendamm und natürlich der Alternativgipfel selbst haben das vorbildlich getan. An diesem Erfolg gilt es anzuknüpfen.

Leicht überarbeiteter und aktualisierter Text, dessen erste Fassung am 5. Juni 2007 auf dieser Seite veröffentlicht wurde.
http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/g8-2007/gewalt.html

Dorothea Härlin
Lasst die Korken knallen!

Im Berliner attaCafé knallten die Sektkorken beim ersten Treffen nach G8. Ja, wir haben allen Grund zum Feiern und können uns allen auf die Schultern klopfen! Mindestens 100 Millionen € und 16 000 Polizisten im Einsatz konnten unser Vordringen bis zum Zaun nicht verhindern zum teuersten Gefängnis, in dem sich diese selbsternannte „Weltregierung" verbarrikadiert hatte. Die Kreativität, die Phantasie, die Entschlossenheit, der Mut und das Durchhaltevermögen von zehntausend Menschen hat ihre neurotischen Sicherheitsvorkehrungen ad absurdum geführt!

Die Clowns Army in vorderster Front, aber auch alle anderen in den Blockaden, im Camp, auf dem Alternativgipfel, in den Kirchengemeinden, auf den Konzerten – alle, die irgendwie und irgendwo dabei waren – sie haben sie lächerlich gemacht! Gegen ihr diplomatisch austariertes, nichtssagendes Geschwätz, geronnen in einer unverbindlichen Abschlusserklärung haben wir eine Vielzahl von Welten schon ein bisschen gelebt und ganz viel debattiert. Oder war es nicht ein anderer Geist zwischen uns, egal wo wir mitmachten, wie ein kurzes Aufreißen grauer Wolken, das für einen kurzen Augenblick den blauen Himmel durchschimmern ließ? Der Blick in diese anderen Welten, von denen wir alle träumen und die in den 5 Tagen embryonal erlebten ,von der solidarischen Küche bis zu teilweise hochkarätig besetzten Podien?
Und nicht zu vergessen , die Begegnung wir mit so vielen Menschen aus der ganzen Welt, mit denen wir Gedanken und Erfahrungen austauschten und Pläne für Zukunft machten, mit denen wir uns beim Abschied in den Armen lagen, getragen vom festen Willen, uns bald wieder zu treffen und etwas von dem wunderbaren Geist in und um Heiligendamm herum nach Hause mitzunehmen , um dort weiterzumachen bis zu unserem nächsten Treffen.
Lasst uns diesen Erfolg nicht klein reden, auch wenn an einzelnen Punkten Kritik und Selbstkritik angesagt ist und auch laut geäußert werden muss., aber bitte immer im Hinblick darauf, dass es das nächste Mal noch besser laufen kann und wir uns nicht auseinander dividieren lassen. Vor allem aber sollten wir uns diesen vielfältigen, größtenteils gewaltlosen Protest durch ein paar Steine nicht kaputtmachen lassen. Wir wollen uns doch von der Gegenseite nicht eine Gewaltdebatte aufdrücken lassen, die all das Andere verschwinden lässt. Ist es nicht gerade im Interesse derer, die so viel Blut an ihren Händen haben - durch ihre Kriege, ihre Wirtschaftspolitik, die täglich mordet, Tausende verhungern und verdursten lässt, ihre Mauern, vor deren Toren Menschen ertrinken -, dass wir uns an dieser Frage spalten uns eine Debatte aufdrücken lassen, die uns unseren vielfältigen Widerstand und unsere Alternativen schon wieder vergessen lässt.
Nicht, dass ich über die Steine am Ende der Samstagsdemonstration glücklich gewesen wäre! Ich halte Clowns gegen die schon allein durch ihre geballte Präsenz provozierende Polizei für eine uns viel mehr angemessene Antwort –sie auslachen finde ich weit besser als sich auf ihr gewalttätiges Niveau zu begeben. Aber wir sollten uns schon auch fragen, warum wir es zulassen, dass wir uns so schockieren lassen von ein paar Steinwürfen. Der inzwischen offiziell nachgerechnete Schaden soll 50 000€ betragen, ½ Prozent des Zaunes! Dass die Medien und die Gegenseite das gerne hoch kochen, ist leicht zu erklären, wie sonst wäre das empörende Verschleudern von Steuergeldern in der ärmsten Region Deutschlands zu rechtfertigen? Davon mussten wir also von vornherein ausgehen und auch, dass Steine fliegen werden, weil es unter uns immer einige gegeben hat und geben wird, die aus vielen mir selten nachvollziehbaren Gründen , dies für das angemessene Mittel gegen die bis an die Zähne bewaffnete Staatsgewalt halten.
Aber, müssen wir uns diese Debatte jetzt so massiv aufdrücken lassen? Entsetzen formulieren, uns für etwas entschuldigen, was wir nicht getan haben? Selbst wer das von uns für nötig halten sollte –auch hier stehe ich zu der Breite unseres Spektrums – warum formulieren wir dann nicht genauso laut unser Entsetzen über die Brutalität einiger Polizeieinsätze, die entwürdigenden Haftbedingungen, z.B. in Käfigen, das eklatante Aushebeln demokratischer Grundrechte, wie. Z.B. das Demonstrationsrecht bei der großen Migrationsdemonstration oder den Einsatz der Bundeswehr ?
Warum nur relativ leises Entsetzen über eine staatliche Panikmache unter der Rostocker Bevölkerung, die uns deshalb am Anfang eine Geisterstadt hinterließ mit verrammelten Schaufenstern?
Ich habe mit vielen Menschen, v.a. auch aus anderen Ländern darüber gesprochen, viele von ihnen waren eher entsetzt über die schnelle Distanzierung so vieler Menschen und Organisatoren. Hier ein paar ihrer Argumente, die mich zum Nachdenken brachten.
Wangui aus Nairobi: Wenn ich als Farbige in dieser Stadt angegriffen werde, dann weiß ich, dass die aus dem sog. Schwarzen Block mich verteidigen, mir helfen würden, im Gegensatz zu vielen „normalen" RostockerInnen. Ich fühle mich mit ihnen sicherer."
Tommaso aus Italien: „Als einige Neonazis das Rostocker Camp angreifen wollten, waren es die Autonomen, die sie schnell vertreiben und uns im Camp schützten."
Christina aus Berlin: „Die Aktionen einiger Autonomer während der Blockaden haben uns den Rücken frei gehalten , vielleicht die friedliche Blockade erst richtig möglich gemacht."
Silvia aus Buenos Aires: „Ich kenne diese Debatte aus Argentinien gut, es ist auch bei uns eine alte Diskussion, die uns spaltet und von Wichtigerem abhält. Das Distanzieren hat bisher die Brutalität der Polizei, bei der es auch Tote gab, bei uns nie verhindert."

Meine eigene vorläufige Meinung, die ich gerne mit vielen diskutieren möchte: Es sind so viele gute Ideen und Aktionen in und um Heiligendamm zusammengekommen, so viele Freundschaften wurden neu geschlossen oder haben sich gefestigt, in unser Netz des Widerstandes sind viele neue Knoten geknüpft worden, lasst uns das weiter knüpfen und uns nicht in einer Diskussion aufreiben, die bei genauem Hinsehen vor allem im Interesse der wirklichen Gewalttäter ist.
Ich denke gern in Bildern, um ihre Beschränktheit wohl wissend, deshalb ein Bild am Ende als Frage: Lohnt es sich über den Bienenstich am Ohr des Löwen aufzuregen, wenn dieser gleichzeitig Menschen reißt?

PS**.: Ergänzung nach einer sehr anregenden, kontroversen und offenen Debatte im attaCafé, die an vielen Stellen hoffentlich weitergeht:**

Unseren Konsens zu formulieren, dass wir das Mittel der Gewalt von uns aus in einer bunten und enorm breiten Demonstration ablehnen, dürfte niemandem schwer fallen. Wie aber einschätzen und umgehen mit Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen das anders sehen und uns in eine Situation brachten, welche die meisten von uns gern vermieden hätten?

Attac hat mit vielen anderen Zusammen einen offenen Raum der vielfältigsten Aktionen im Rahmen der G8-Proteste geschaffen –an der Stelle einen ganz lauten Dank an alle, die in den letzten Monaten und Wochen hart dafür gearbeitet haben, jeder und jede an ihrer Stelle!!!!!
Diese Offenheit und Vielfalt dieser sich ständig neu öffnenden Räume ist und bleibt unsere Stärke trotz aller Widersprüchlichkeiten. Begrenzung dieses Raums, Ausschluss einiger AktivistInnen, unter uns Grenzen aufbauen, wo wir gerade so glücklich waren über eine neu gewonnene Breite, kann nicht die Antwort sein. Gespräche mit allen über alles führen, ist ein wichtiger Schritt. Ein kollektives Nachdenken wie wir in dieser alltäglichen Widersprüchlichkeit leben, in der extrem gewalttätigen Wirklichkeit des real existierenden Kapitalismus, eine Realität, die keine einfachen Lösungen zulässt, kein simples Einteilen in Gute (Gewaltfreie) und Schlechte (Gewaltbereite), das sollten wir jetzt intensivieren und attac als offenen Raum für diese Debatten weiter öffnen.
In Rostock und um Heiligendamm haben unendlich viele positive Formen des friedlichen Protest stattgefunden, sie zusammentragen, weiterentwickeln, in der Öffentlichkeit bekannt machen und gegen die ständig gleichen Bilder der Medien setzen, scheint mir ein weiterer konsensfähiger Schritt für uns alle.
Nach noch mehr Gemeinsamkeiten suchen und mit unserer eigenen Widersprüchlichkeit leben und umgehen lernen würde ich gern als Fazit unserer ersten kurzen Debatte ziehen. „Die Themen dafür liegen vor uns auf der Straße“, so der Kommentar einer Mitdiskutantin.

»Die Welt zu Gast bei Freunden« - Impressionen vom G8-Gipfel in Heiligendamm 2007

Im Juni 2007 dokumentierten Kamerateams eine Woche lang den vielfältigen Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Der Film präsentiert den visuellen Kontrast zwischen der ruhigen mecklenburgischen Landschaft und »dem Zaun« als Symbol der elitären Entfernung der Regierenden vom Volk und dem Globalisierungskampf. Gezeigt werden die verschiedenen Formen des erfolgreichen Protestes und Widerstandes: Demonstrationen, Blockaden, Camps, Gegengipfel, aber auch Polizeiprovokationen und Polizeigewalt. Und natürlich die Clownsarmee, immer in der ersten Linie, mal deeskalierend durch Späße mit der Polizei, mal selbst durch Wasserwerfer weggespült.

Der Film begleitet GipfelgegnerInnen bei ihren Aktionen und wechselt in Parallelmontagen immer wieder den Standort des Geschehens. Neben Statements von GipfelgegnerInnen zum Geschehen kritisieren auch AnwohnerInnen in Interviews das G8-Gipfeltreffen und zeigen auch zum Teil Verständnis für den friedlichen Protest der jungen DemonstrantInnen.

In Interviews beschreiben Werner Rätz von attac und Barbara Kamradt von Greenpeace die Folgen der Globalisierung und die Notwendigkeit von globalen sozialen Rechten.

Der Film dokumentiert den Protest international, jung und friedlich mit viel Kreativität und guter Laune als Mut machendes Zeichen für internationales, solidarisches Bewusstsein, politische Courage und zivilen Ungehorsam.

© 2007, Lauflänge 30 Min.
Der Film kostet als DVD 10,- EUR zzgl. 3,- EUR Versandkosten.
Kontakt und Bestellung: Medienprojekt Wuppertal Hofaue 59, 42103 Wuppertal info@medienprojekt-wuppertal.de

Stellungnahmen von attac Gruppen

Beschluss des Gruppentreffen von attac berlin am 19.Juni 2007

Das Gruppentreffen von attac Berlin hält die auch mit der Beteiligung von attac durchgeführten Aktionen und Proteste in Rostock und Heiligendamm für sehr erfolgreich. Dennoch richten wir an einzelne Mitglieder des Kokreises folgende Kritik:
Attac oder Einzelne dürfen sich nicht dafür hergeben, das breite G8-Bündnis zu spalten.
Die scharfe Distanzierung und Ausgrenzung, die u.a. Peter Wahl am Abend des 2. Juni zum Ausdruck brachte, halten wir nicht für angebracht.
Wir müssen auch mit den Befürworten von Militanz im Gespräch bleiben. Unterschiedliche Auffassungen, z.B. in Fragen der Gewalt, müssen innerhalb der Bewegung diskutiert werden und nicht in den Medien.

---

attac campus bochum

teilt die in Pressemitteilungen und Interviews verbreiteten Einschätzungen prominenter Mitglieder des KO-Kreises und aus dem Bundesbüro (u.a. Sabine Leidig, Peter Wahl, Werner Rätz) bezüglich der Ausschreitungen am Rande der Kundgebung im Rostocker Stadthafen nicht. Wir halten diese Äußerungen für vorschnell, unreflektiert und folgenreich. Die zweifelhafte Rolle der Polizei, insbesondere die gezielten Provokationen und Angriffe auf die Kundgebung im Stadthafen, wurden nicht berücksichtigt.

Wir selbst konnten beobachten, wie auf der Straße "Am Strande" vor dem Stadthafen unvermittelt, jedenfalls ohne für uns ersichtlichen Grund starke Polizeieinheiten aus der Strassenverzweigung "Warnowufer" und "Am Kanonsberg" auf den "Make capitalism History" - Block und dessen Lautiwagen mit Schlagstöcken im Anschlag zuströmten. Wir befürchten, das attac mit den Äußerungen der "Führungsriege" seiner Rolle als BürgerInnenrechtsorganisation nicht gerecht geworden ist und durch einseitige Schuldzuweisungen an "den schwarzen Block" der Polizeiführung Einverständnis für die an den folgenden Tagen zu beobachtenden Willkürmaßnahmen, insbesondere der mit überwiegend an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen begründeten Festnahmen signalisierte. Die AnwältInnen des Legalteams berichteten von Festnahmen, die mit der Mitführung von Edding-Stiften, Mützen, Schals, PET-Flaschen oder Camping-Utensilien wie Taschenmessern gerechtfertigt wurden.

Wir erwarten von der "Attac-Spitze" eine eindeutige Verurteilung dieser polizeilichen Willkürmaßnahmen: Mecklenburg-Vorpommern ist nicht Gran Canaria und Mützen und Schals sind als UV - wie als Kälte- oder Regenschutz der Witterung dieses landschaftlichen einmalig schönen Gebietes ganz einfach angemessen. Sie als Vorbereitung von Straftaten auszulegen ist lächerlich und hinterhältig!

Solidaritätserklärung: Kritik unter Generalverdacht. Wir sind alle 129 A. Wir sind alle potentielle Verdächtige!

Wir, attac campus bochum, erklären uns solidarisch mit den Gefangenen, die während der G8-Proteste in Unterbindungsgewahrsam kamen und zweifelhafte Schnellverfahren, die zu nicht minder zweifelhaften Verurteilungen führten, ausgesetzt waren. Wir erinnern dabei an die Beschwerden der AnwältInnen des Legal-Teams, sie seien in ihrer Arbeit von der Polizei nicht unterstützt bzw. gar gegängelt, drangsaliert und behindert worden. Wir befürchten, das anhand der solchermaßen verhängten Haftstrafen Exempel statuiert werden sollen und diese jede(n) von uns treffen können.

Am Mittwoch, den 6. Juni, wurden sieben Personen im Stundentakt zu Haftstrafen bis zu neun Monaten verurteilt in Folge der Auseinandersetzungen zwischen PolizistInnen und DemonstrantInnen am 2. Juni. Haftstrafen erhielten der Abiturient Andre S. (20) aus Spanien (9 Monate), Raul S. (21) aus Spanien (10 Monate), der Student Tobias K. (23) aus Bochum (9 Monate), der Werftarbeiter Dominque S. (28) aus Polen (6 Monate), Nadja L. (22) aus Neustadt (9 Monate), Robert W. aus Haldensleben (6 Monate auf Bewärung) und Evgeny G. (22) aus Russland (9 Monate).

Wir verurteilen des weiteren die bundesweiten Hausdurchsuchungen und generell die seit Monaten andauernde Stigmatisierung der sozialen Bewegungen und des legitimen Protestes gegen den G8 - Gipfel als "Terrorismus". Die Bedrohung mit der Anwendung des Gummiparagraphen 129 A Strafgesetzbuch, der die Bildung einer "terroristischen Vereinigung" unter Strafe stellt, dient einzig und allein dem Versuch der Bundesanwaltschaft, eine Drohkulisse aufzubauen und jeden Widerstand gegen den G8 - Gipfel in der Öffentlichkeit zu deligitimieren.
Wir jedenfalls können weit und breit in den Reihen der GipfelgegnerInnen keine terroristische Vereinigung ausmachen. Dieser Paragraph dient der Aushebelung unserer Rechte und der Schaffung von Instrumenten zur Ausforschung unserer Bewegung. Mit dem Anfangsverdacht auf Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" wird den Ermittlungsbehörden ein breites Arsenal an Sonderbefugnissen eröffnet. Dazu gehören nachrichtendienstlichen und polizeiliche Überwachungsmöglichkeiten und eingeschränkte Verteidigungsrechte.

Der Paragraph § 129 A ist ein Instrument staatlicher Willkür, das prinzipell alle und insbesonder organisierte AktivistInnen unter einen Generalverdacht stellt. Wir alle sind potentielle Verdächtige.

Wir verstehen die Kriminalisierung der Proteste vor, während und nach dem G8 - Gipfel als einen Versuch, Menschen davon abzuhalten ihr grundgesetzlich garantiertes Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahrzunehmen. Wir hoffen, dass das Gegenteil der Fall sein wird und nun mehr Menschen sich aufgerufen fühlen, für eine sozial gerechte Gesellschaft einzutreten und ihren Protest zum Ausdruck bringen: Couragiert, vielfältig und unter Bedingungen, in denen sich auch gebrechliche, behinderte oder durch die Sondergesetze für "AusländerInnen" in ihren Rechten eingeschränkte Menschen einbringen können.

Erklärung der Attac-Regionalgruppe Trier zum Verlauf der Demonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni in Rostock 13.06.2007

Wir, die Attac-Regionalgruppe Trier, distanzieren uns ausdrücklich von den gewalttätigen Ausschreitungen bei der Demonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni in Rostock und verurteilen diese Ausschreitungen aufs schärfste.
Wir kritisieren, dass die Interventionistische Linke (IL), die für den Block, in dem die Gewalttäter mitgingen, verantwortlich war, in einer in der taz veröffentlichten Erklärung die autonomen Aktionsformen als legitim bezeichnet und somit Gewalt eindeutig als Mittel legitimiert hat. Gewaltfreiheit ist nach unserer Ansicht unerlässlich, um dringend notwendige, positive

politische Veränderungen zu erreichen. Als Teil des Demonstrationsbündnisses hat sich auch die IL bei der Organisation der Proteste zu einem gewaltfreien Vorgehen bekannt. Diese Absprache ist jedoch nicht eingehalten worden. Daher fordern wir, in Zukunft keine weiteren Bündnisse mehr mit der IL einzugehen, da sie sich nicht an getroffene Absprachen hält und diese in ihrer Erklärung sogar überhaupt keine Erwähnung finden. Die Breite eines Bündnisses ist unserer Meinung nach kein Wert an sich. Es sollte uns stattdessen darum gehen, gewaltfreie Bündnisse mit Gruppierungen zu schließen, die sich an getroffene Absprachen halten, also verlässliche Bündnispartner sind.
Wir teilen nachfolgende Ansicht von taz-Journalist Stefan Reinecke: „Diese Linksradikalen sind nicht links und schon gar nicht radikal. Mit ihrer machohaften Rücksichtslosigkeit passen sie bestens in ein System, in dem gewinnt, wer mit den Ellenbogen arbeitet.“ Die sich selbst unzutreffenderweise als linksradikal bezeichnende Gewalttäter haben mit der Welt, die wir uns wünschen und auf die wir hinarbeiten, absolut nichts gemeinsam. Aus diesem Grund macht eine Zusammenarbeit mit ihnen überhaupt keinen Sinn.
Desweiteren kritisieren wir, dass vor Beginn der Demonstration mit Mad Maximom ein Musiker auftrat, der in seinen Texten sexistische und gewaltverherrlichende Aussagen macht. Dies ist für uns komplett unverständlich, da sich Attac als einer der Organisatoren der Demonstration in seinem Selbstverständnis unmissverständlich zur Gewaltfreiheit bekennt. Wir fordern, dass in Zukunft keine Musiker oder Redner im Rahmen von Attac-Veranstaltungen auftreten können, wenn sie die Attac-Grundsätze mit Füßen treten.

Attac Marburg

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen bei der internationalen Großdemonstration in Rostock am 2.6.2007 entbrannte sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter den BündnispartnerInnen eine Debatte über die Vorfälle auf der Demo. Dabei stand besonders Attac im Focus der Medien. Insbesondere Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland, war mit seinen Äußerungen in der Öffentlichkeit sehr präsent:

„Das hat mit uns nichts zu tun. Das ist nicht unsere Politik. Die gehören nicht zu uns und wir müssen das mit aller Klarheit sagen: Wir wollen euch nicht dabeihaben.“ (Tagesschau, 3.6.2007: http://www.tagesschau.de/sendungen/0,,OID6866036_,00.html)

„Insgesamt hat sich die Polizei tadellos verhalten und hat sich an das Konzept der Deeskalation und der Kooperation gehalten. Das wissen wir zu schätzen.“ (Deutschlandfunk Interview, 4.6.2007: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/631983/)

Peter Wahl will, dass man „ im Vorfeld a) politisch noch entschiedener klipp und klar sagt bestimmten Leuten, dass wir sie nicht haben wollen, dass wir sie nicht sehen wollen. Und wir werden zweitens in unseren Demostrukturen dafür sorgen, dass wir die auch fernhalten können, materiell, nicht nur mit Worten da etwas tun, ähnlich wie wir das bei anderen ungebetenen Gästen ja auch tun, von denen wir sagen, die fliegen raus, wenn sie auftreten sollten, etwa Neonazis. Diese konsequente Haltung werden wir auch gegenüber gewaltbereiten Chaoten in Zukunft einnehmen müssen.“ (Deutschlandfunk Interview, 4.6.2007: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/631983/)

„Wenn sie denn auftauchen muss man als Demonstrant eine Gruppe bilden und sagen: Haut ab, keine Gewalt. Man muss auf diese Weise Druck ausüben und denen klipp und klar signalisieren, dass sie vollkommen unerwünscht sind.“ (Tagesthemen, 4.6. 2007: http://www.tagesschau.de/sendungen/0,,OID6872120_,00.html)

Attac Marburg distanziert sich 1. von der Form, in der Peter Wahl in der Öffentlichkeit auftritt und sich zu den Protesten äußert und 2. vom Inhalt seiner Äußerungen.

Zu 1.) Peter Wahl ist ein Sprecher unter mehreren von Attac Deutschland. Weder ist er Attac, noch ist er der Kopf der globalisierungskritischen Bewegung, oder gar der gesamten Protestbewegung, die sich am Samstag, den 2.6., in Rostock versammelt hat.
Dieser Eindruck entsteht aber durchaus, wenn man sich die Berichterstattung seit dem Demo-Samstag ansieht: Dass Peter Wahl am 2., 3. und 4. Juni zur Nachrichten-Hauptsendezeit als Vertreter der Bündnis-Organisationen im ARD hauptsächlich gesendet wird, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Was wir kritisieren, ist die Weise, in der Peter Wahl auftritt: Es wird in keinem Satz deutlich, in welcher Funktion er vor der Kamera steht.
Anstatt seine Position als eine unter mehreren (innerhalb Attacs und erst recht innerhalb des Bündnisses) kenntlich zu machen, beansprucht er für das gesamte Bündnis sprechen zu können. Führt man sich die Vielfalt der Organisationen und Menschen, die an dem Samstag auf der Straße waren, vor Augen, und damit die Vielzahl unterschiedlicher Protestformen und -erfahrungen, die dort vertreten waren, erscheinen Wahls Ratschläge, wie „man“ in Zukunft als Demonstrant mit „den gewaltbereiten Chaoten“ verfahren solle, als inakzeptable Anmaßung.
Durch Peter Wahls Auftreten werden seine Aussagen in der Öffentlichkeit mit der „Position Attacs“ gleichgesetzt. Aber nicht nur dort: Angesichts brennender Attac-Flaggen im Rostocker Camp und der Forderung einiger Linker, sämtliche Mitglieder Attacs aus dem Rostocker Camp auszuschließen, herrscht offenbar auch im linken und linksradikalen Spektrum eine verzerrte oder zumindest sehr einseitige Wahrnehmung davon, „was Attac ist“. Auch wenn man sich sowohl in der Öffentlichkeit und der Presse als auch bei einigen Linken ein höheres Differenzierungsvermögen wünschen könnte, so ist es letztlich die Aufgabe der Basis, der Öffentlichkeit und den BündnisparterInnen klarzumachen, dass Peter Wahl nicht Attac ist und dass er vielmehr selbst nur eine bestimmte Position innerhalb einer Vielzahl verschiedener Positionen vertritt.
Als Teil dieser Basis sagt Attac-Marburg deutlich, dass undemokratische Alleingänge à la Wahl in einer basisdemokratischen Organisation wie Attac und in einem heterogenen Bündnis, wie dem G8-Bündnis, nichts zu suchen haben.

Zu 2.) Nach dem Samstag der internationalen Großdemonstration in Rostock berichteten sämtliche Medien tagelang über Gewaltexzesse. Dabei wurde eine Aufteilung der DemonstrantInnen in die guten („bunten“) und die bösen („schwarzen“) inthronisiert, die seit dem Demo-Samstag durch die Presse geistert.
Indem Peter Wahl der Polizei attestiert sich „tadellos“ verhalten zu haben und den, „die nicht zu uns“ gehören, sagt, „dass wir sie nicht haben wollen, dass wir sie nicht sehen wollen“, forciert er genau dieses Gut-Böse-Schema: Bunt und Grün auf der einen, schwarz auf der anderen Seite. Dieses Bild ist aus verschiedenen gründen problematisch:
1. Eine stereotype Aufteilung in gute und böse ProtestlerInnen ist nicht nur vereinfachend, sondern falsch: Die 80 000 DemonstrantInnen am Samstag kamen aus den unterschiedlichsten politischen Zusammenhängen. In ihnen spiegelt sich eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Protest- und Widerstandsformen und -erfahrungen wider und diese Vielfalt ist für die globalisierungskritische Bewegung konstitutiv. Diese Vielfalt lässt sich nicht in ein Gut-Böse-Schema pressen.
2. Es suggeriert, dass es da eine richtige Protestform gäbe, der man sich nur zu bedienen brauchte, gleichsam eine Formel, wie man die Welt in einer „richtigen“

Weise verändern könnte. Diese Suggestion verschleiert, dass die Adäquatheit von Protestformen immer abhängig ist vom historischen und sozialen Kontext und Protest immer auch ein Suchen und Ringen um angemessenen und wirksamen Protest bedeutet.
In diesem Sinne setzt die Frage, wie mit gewalttätigen Auseinandersetzungen auf Demonstrationen in Zukunft umgegangen werden soll, einen Diskussionsprozess möglichst aller an einer Demonstration Beteiligter voraus. Ein solcher Prozess sollte z.B. die Klärung dessen beinhalten, was unter Gewalt verstanden wird, welche Motive ihr zu Grunde liegen und welche Verfahren man anwenden will und kann, um ihr entgegen zu treten. In einer emanzipatorischen Bewegung sollten diese Fragen Gegenstand eines demokratischen Diskussionsprozesses sein. Als einzelne Person im Alleingang die Öffentlichkeit mit fertigen Antworten zu beschallen, bevor die Fragen überhaupt gestellt wurden, ist für eine basisdemokratische Bewegung nicht hinnehmbar.
3. Es wird so getan, als ginge alle Aggression vom Schwarzen Block aus. Schaut man sich die Gewaltopfer von Rostock an, so sind dies überwiegend Menschen, die Opfer von Polizeigewalt wurden: Der unverhältnismäßige Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken ist eine reale Dimension von Gewalt, die innerhalb der öffentlichen Gewaltdebatte (zumindest aber von Peter Wahl) offenbar als gerechtfertigt angesehen wird. Grundsätzlich ist zu diskutieren, inwiefern Gewalt von Seiten der Polizei in unserer Gesellschaft überhaupt legitim ist.

Attac Marburg verurteilt alle gewalttätigen Auseinandersetzungen, die auf der Demonstration am 2.6. und an den darauf folgenden Tagen ausgetragen wurden, besonders jene, bei denen Menschen verletzt oder sonst wie zu Schaden gekommen sind, sei es durch Steine, Schlagstöcke oder Wasserwerfer.
In diesem Sinne distanzieren wir uns von Aussagen, wie denen Peter Wahls, die pauschalisierend und verfälschend die Schuld an Gewalt bloß einer Seite zuschreiben. Gleichzeitig möchten wir anmahnen, zurückzufinden zu einer anderen Gewaltdebatte, die die strukturelle Gewalt eines auf Profitmaximierung und Unterdrückung basierenden kapitalistischen Herrschaftssystems in den Blick nimmt.

Antwort von Peter Wahl

Liebe Leute von Attac Marburg,

Ihr distanziert Euch "1.von der Form, in der Peter Wahl in der Öffentlichkeit auftritt und sich zu den Protesten äußert und 2. vom Inhalt seiner Äußerungen."

Die Position von Attac zu Gewalttätern in Demonstrationen wurde bereits 2001 sehr klar und im Konsens formuliert: "ATTAC ist der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderungen durch die Köpfe der Menschen gehen müssen. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von ATTAC. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen und zur politischen Isolierung und moralischen Diskreditierung der Bewegung führen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass unsere Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind. Gegenseitige Instrumentalisierungen haben in einer gemeinsamen Bewegung keinen Platz. Akteure, die sich daran nicht halten, begreifen wir nicht als Bündnis- oder GesprächspartnerInnen und werden sie gegebenenfalls - auch öffentlich - entsprechend eindeutig kritisieren."

Das sind klare Worte. Attac - und zwar als Ganzes, nicht nur eine Strömung - nimmt also in der Tat eine Einteilung vor. Zwar nicht in "Gut" und "Böse", wie Ihr schreibt - mit diesem verbalen Pappkameraden soll Differenzierung von vorneherein als ein wenig einfältig diskreditiert werden - sondern in einerseits friedliche und demokratische und andererseits gewalttätige und undemokratische Aktionsformen vor.

Auf der Grundlage dieses Konsenses haben wir dann in Rostock die Pressemitteilung formuliert, die die Gewalttätigkeit aus der Demo heraus scharf verurteilt. Meine Verurteilung der Gewalttäter in den Medien bewegt sich ebenso im Rahmen des Attac-Konsenses. Kann sein, dass Euch dieser Konsens nicht bekannt ist, kann sein dass Ihr ihn nicht teilt. Dann könnt Ihr ja versuchen, ihn zu ändern. Was Ihr aber nicht könnt, ist zu behaupten, jemand, der diesen Konsens öffentlich vertritt, täte dies nicht im Namen von Attac.

Was die Methoden angeht, Gewalttäter aus unseren Demos rauszuhalten, so kritisiert Ihr, dass ich meine Vorschläge nicht als die meinigen kenntlich machen würde. Das belegt Ihr u.a. mit dem Interview im Deutschlandfunk vom 4. Juni. Dabei unterschlagt Ihr die Passsage davor: "Wir werden eine Diskussion führen, eine sehr gründliche. Die ist noch nicht abgeschlossen, aber ich glaube, dass es dort in die Richtung geht, dass man im Vorfeld a) politisch noch entschiedener klipp und klar sagt. " Das ist doch wohl eindeutig. Ihr aber reißt mein Zitat nicht nur aus dem Zusammenhang, sondern sogar mitten aus dem Satz.

Das Verhalten der Polizei

Ein anders Kapitel ist die Bewertung der Polizei. Das Zitat, das Ihr bringt, ist ebenfalls aus dem Zusammenhang gerissen. Unterschlagen wird die Passage davor, in der ich sage: "Und als es dann so weit war, hat die Polizei in einer bestimmten Phase die Spielräume, die es für Deeskalationen gegeben hätte, wohl nicht ausgenutzt. Aber sie hat das dann sehr schnell verstanden und die Truppen einer Berliner Polizeieinheit, die dann ziemlich wahllos in die Demo hineingegangen sind, dann auch wieder zurückgenommen und zurückgerufen. Es gab eine Phase im Polizeieinsatz, wo auch bei der Polizei eine gewisse Desorganisiertheit, ein Mangel an Kommunikation und klaren Strukturen erkennbar war."

Das Interview war am Montag Mittag, also zu einem Zeitpunkt, wo außer der Demo noch keine weiteren Aktionen gelaufen waren. Klar, es passt nicht in das Klischee von der brutalen Repressionsmaschine, dass die Polizei in Rostock an Deeskalation interessiert war. Und erst recht passt es nicht in so manches Weltbild, dass der Krawall eindeutig von der Demo ausging - übrigens die ersten Ansätze schon mehrfach vor den Steinwürfen auf den Wagen der Verkehrspolizei.

Es gibt eine ganze Reihe von bitteren Facts, etwa dass der Wasserwerfereinsatz begann nachdem die Feuerwehr durch Steineschmeißer am Löschen eines brennenden Autos gehindert wurde. Die Wasserwerfer wurden dann auf Intervention der Demoleitung zurückgezogen, als die Gefahr bestand, dass Menschen zum Hafenbecken abgedrängt würden. Oder dass die Öffentlichkeitsabteilung der Kavala ihrer Führung sofort meldete, dass die dpa-Meldung über ein Walden Bello Zitat zum Krieg eine Falschmeldung war u.a.

Im übrigen ist die Polizei nicht unser Feind. Unter den Attac Mitgliedern gibt es Polizisten. Die Polizei "ist nur Instrument der herrschenden Politik, nicht aber Ursache der gesellschaftlichen Probleme. Eine Strategie, die auf Militanz setzt und die Konfrontation mit der Polizei sucht, lehnen wir deshalb ab." So der bereits zitierte Attac-Konsens.

Daher ging die Stoßrichtung meiner Argumentation auch auf die Politik, wie in dem o.g. Interview im Deutschlandfunk: "Wovor ich warne und wovor ich Herrn Beck-

stein auch warnen möchte, ist, nur um eine hundertprozentige Sicherheit zu erzielen, andere rechtsstaatliche Prinzipien derart aufs Spiel zu setzen und das Demonstrationsrecht, die Freiheit der Versammlung und der Meinungsäußerung in einen Rahmen von Sicherheitsdenken hineinzupressen, das das Demonstrationsrecht letztlich pervertiert."

Eingelagert in den G8-Prozess war seit den Razzien im Mai eine innenpolitische Debatte um demokratische Rechte. Dabei gab es im Mainstream zwei Linien. Hardliner um Schäuble auf der einen Seite und eine deeskalative Richtung etwa um den Berliner Innensenator Körting, den rheinland-pfälzischen Innenminister sowie - die Führung der Kavala!

Wenn die deeskalative Linie nach dem Samstag in die Defensive geriet und dann auch von der Kavala nicht mehr konsequent durchgehalten wurde, dann ist dies den Steineschmeißern vom 2. Juni zu verdanken. Dennoch hat der Vertreter der Interventionistischen Linke, Christoph Kleine, noch am Mittwoch der Polizei bescheinigt, dass sie sich um Deeskalation bemüht habe.

Wer spricht für wen

Ihr behauptet: "Es wird in keinem Satz deutlich, in welcher Funktion er vor der Kamera steht."

Ich werde wie jeder andere mit Namen und Funktion angekündigt. Häufig läuft dann noch eine Schriftzeile über den Bildschirm mit den Angaben "Attac-Vertreter", "Attac Sprecher" o.ä. Die konkrete Form bestimmen, unter Berufung auf ihre Pressefreiheit, die Journalisten. Wenn da Attac gesagt oder geschrieben steht, bin ich nicht so bescheuert, dem Publikum noch zu erklären, für wen ich alles nicht spreche. So what? In keinem Falle bin ich in einer Funktion angekündigt worden, die ich nicht habe. Daher kommt mir euer Vorwurf ziemlich bizarr vor.

Im übrigen gilt diese Praxis für alle von uns, die in den Medien auftreten. Und auch für andere Leute aus dem Bündnis. Könnt Ihr mir mal erklären, warum Ihr das derart personalisiert und nur auf mich bezieht?

Darüber hinaus hätte ich noch so manche kritische Anmerkung zu Eurem Text. Etwa dazu, wie ihr die Differenz zwischen struktureller und physischer Gewalt so diffus haltet, oder zu Eurer unkritischen Haltung zu Militanz u.v.a.m. Aus Zeitgründen daher nur der Verweis auf das oben erwähnte Attac-Konsenspapier zur Gewaltfrage sowie einen Artikel von mir im FREITAG (www.freitag.de/2007/25/07251601.php), der dazu manches sagt.

Ciao
Peter Wahl



Weitere Diskussionsbeiträge

john doe:

Ins Schwarze treffen!

Die Randale war das Beste, was die G8-Proteste zu bieten hatten.

Nach dem furiosen Rambazamba in Rostock sitze ich gutgelaunt beim Frühstück, als mir Tim Laumeyer, der Pressesprecher der »Interventionistischen Linken«, durchs Radio in den Morgenkaffee pinkelt. Als Sprecher einer der derzeit wichtigsten linksradikalen Zusammenschlüsse in diesem Land distanziert er sich von den militanten Demonstranten. Später lässt sein Verein wissen, dass diese Erklärung dem Stress und dem Lärm der Polizei-hub-schrauber geschuldet gewesen sei. Doch flirtet Herr Laumeyer offensichtlich mit den Reformisten, dabei stören die Autonomen. Darum lädt er unsereins vom Peacenik-Picknick vor Heiligendamm aus.

Während mich die taktische Distanzierung des linksradikalen Herrn Laumeyer ärgert, amüsieren mich die phantasievollen wie hysterischen Lügengeschichten der Medien über die Ereignisse in Rostock. Dabei muss man nicht einmal dort gewesen sein, es reicht, die Bilder und Berichte genauer zu betrachten, um zu erkennen, dass es sich bei diesen Darstellungen um maßlose, politisch motivierte Übertreibungen handelt. Zugleich zeigt der mediale Hype, dass der Schwarze Block mit dem bisschen Randale ins Schwarze getroffen hat. Nicht trotz, sondern wegen der Straßenkämpfe wurde der 2. Juni 2007 ein Erfolg!

Der Autonome Werbeblock zur Prime Time hat allen anderen die Show gestohlen. Der von der Bild-Zeitung zum »Bürgerkrieg« geadelte Krawall legt sich wie ein Tränengasnebel über die Inhalte der Demonstration. Und das ist auch gut so, denn der staatsfetischistische Quark von Attac und der antiimperialistische Firlefanz aus dem gleichnamigen Block verdienen es, ohne Gehör zu bleiben.

Dabei ist der Schwarze Block im doppelten Sinne aufregend. Er hebt sich nicht nur durch seine ebenso bizarre und unterhaltsame Selbstinszenierung angenehm vom Rest ab. Neben vielen Spinnern, Pyromanen und Verkleidungskünstlern finden sich bei den Autonomen Gruppen und Personen, die mit der Systemkritik aufs Ganze gehen und gegen die Diktatur der Produktion über die Bedürfnisse das Primat der Bedürfnisse über die Produktion fordern.

Der Schwarze Block macht die Radikalität und Kompromisslosigkeit dieser Systemkritik sichtbar. Schon um der Glaubwürdigkeit willen muss das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt werden. Kollektiv wird durch die Straftat »Vermummung« das Demonstrationsrecht gebrochen. Alleine die Formierung eines solchen Blocks ist ein Zeichen von politischem Selbstbewusstsein. Der zur Schau gestellte Unwille, sich von den Knüppelschergen verkloppen zu lassen und gegebenenfalls zurückzuschlagen oder sogar selber anzugreifen, ist Teil einer politischen Strategie. Angriffe auf die Polizei sind Ausdruck einer Staatsfeindlichkeit, die wiederum Folge einer radikalen Gesellschaftskritik ist. Das in dieser symbolischen und trotzdem handfesten Auseinandersetzung dem einen oder anderen mitunter wehgetan wird, liegt in der Natur der Sache. Schön ist das nicht, aber mein Mitleid für Leute, die auf Befehl und für Sold andere Leute mit dem Knüppel bearbeiten, hält sich in Grenzen. Es ist eine politische Entscheidung, sich zum Werkzeug zu machen, wie es eine politische Entscheidung ist, militante Systemkritik zu betreiben.

In eher seltenen Fällen wie bei Castor-Transporten oder Antifa-Aktionen verfolgen militante Aktionen unmittelbare politische Ziele. Doch meistens ist das Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei ein Herumtollen auf einer abgesteckten Spielwiese. Das aber tut der Sache keinen Abbruch. Die propagandistische Simulation einer militanten Bewegung ist nicht mit einer militärischen Auseinandersetzung zu verwechseln. Und die Militanten wissen, dass die Rauferei mit der Staatsmacht nicht die Organisation einer alltäglichen, antikapitalistische Praxis ersetzt. Besser als alle anderen verstehen sie es, sinnlich und nachdrücklich die Wut auf die Zustände zu artikulieren. Die autonomen Straßenkünstler vollführen die Negation jeder Sinnstiftung für Staat, Nation, Kapital und die daraus resultierenden Gewaltverhältnisse. Und spätestens, seitdem sich die deprimierende Erkenntnis durchgesetzt hat, dass sie, sobald sie ernst genommen werden, im Knast landen, nehmen viele Militante ihre Militanz weit weniger ernst, als man von außen annehmen könnte.

Ach, es lässt sich nur schwer abstrakt über Militanz reden. In ein paar Minuten auf der Straße kann man manchmal mehr über die Verhältnisse lernen als beim jahrelangen Sitzen im Lesekreis. Da stellt man etwa schnell fest, dass ein rot-grüner Polizeiknüppel genauso wehtut wie ein schwarz-gelber. Wer nie das erotische Kribbeln beim Flambieren einer Wanne erfahren hat, wird es nie verstehen. Überhaupt, warum soll man angesichts der ungeheuren Gewalttätigkeit der Verhältnisse friedfertig bleiben? Nein, es gilt, auf die Barrikaden zu gehen und den Verhältnissen wenigstens symbolisch den Krieg zu erklären.

http://jungle-world.com/seiten/2007/24/10119.php

Arnd Kempe:

G8 – 2G - Zwei Gedanken eines Teilnehmers der Eröffnungskundgebung in Rostock

G1

Wichtigster Aspekt, um die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung (partiell) beeinflussen zu können, muss der Kampf gegen das Medienmonopol des Großkapitals und des von diesem dirigierten Staatsapparates sein.

Solange es den wichtigsten Medien, nämlich den „öffentlich-rechtlichen" und privaten Fernsehstationen möglich ist, provozierte Gewalttaten als ausreichenden Vorwand zu nehmen, nicht einmal ausschnittsweise die Reden auf der Eröffnungskundgebung mit 80000 Menschen im Rostocker Stadthafen zu übertragen und natürlich in ähnlicher wenn auch geänderter Gewichtung auch weiter das G8-Gesamtereignis darzustellen, ist es schwierig, das öffentliche Bewusstsein tatsächlich zu verändern.

Es muss nach Möglichkeiten gesucht werden, öffentlich reflektierbaren Druck auf die Programmgestalter auszuüben.

Noch besser wäre natürlich die Gründung eines Fernsehsenders, der europaweit ähnlich Arte von Attac, Greenpeace, Transparency International, Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen usw. getragen würde. Keinesfalls dürften politische Parteien bei der Programmgestaltung Mitspracherecht haben.

Spenden wären natürlich auch von Parteien (z.B. die Linke) möglich und Programmbeiträge könnten von allen Seiten eingereicht werden.

G2
Einen großen Erfolg der G8 Kampagne stellten die Blockaden dar.
Historisches Beispiel für erfolgreichen gewaltfreien Widerstand ist die Befreiung Indiens (Mahatma Gandhi).
Warum sollte diese Methode nicht häufiger eingesetzt werden? Blockaden mit mehreren tausend Teilnehmern (zum Beispiel für den endgültigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland) sind meiner Meinung nach ein wirksames Mittel, Forderungen zu manifestieren.
Diese Methode hätte in der Mobilisierungsphase den zusätzlichen Vorteil, dass die Informationen per Email direkt an die „bekannten" Mitglieder und Sympathisanten gehen könnten und somit die Teilnahme fragwürdige Interessen verfolgender Personen erschwert wäre.

Andreas Kosmalla:

Die Souveränität zivilen Handelns

Anstelle falscher Fragen und szenetypische Verdächtigungsrituale lohnt sich ein Blick auf die Perspektiven höchst praktischer Aktionserfahrungen

Es war richtig, den G8-Gipfel nach Deutschland zu holen. Jenseits dessen, was ein exklusiver Club „hinterm Zaun" von Heiligendamm zu Stande bringen würde oder auch nicht, bot sich doch "vor dem Zaun" die einmalige Gelegenheit, die möglicherweise „weltbesten" Inhalte, Organisatoren und Aktionsformen zivilen sozialen Protestes kennen zu lernen.

Paranoia im Szenelager
So denke ich jedenfalls, als ich mich per Internet in Helferlisten eintrage und am Tag vor der Auftaktdemo nach Rostock fahre. Der Erstkontakt im Protestzentrum verläuft erwartungsgemäß herzlich, unprätentiös und arbeitsam. Bald stellen sich jedoch Irritationen ein: Äußert man beispielsweise im Gespräch seine Präferenz für gewaltfreien Protest, wird man misstrauisch beäugt. Wer kein Problem damit hat, bei Kontrollen seinen Namen zu sagen oder den Ausweis zu zeigen („ich weigere mich, so zu tun als täten wir hier was Verbotenes"), erntet Skepsis bis Feindschaft. Es gehört zum guten Ton, überall verdeckte Polizeiüberwachung zu vermuten und ständig clevere Tipps zu deren Täuschung auszutauschen. Und weil die Mehrheit der Aktiven dazu schweigt, dominiert eine starke Minderheit auf diese Weise die Atmosphäre.
Später lese ich nach, dass JournalistInnen aller Couleur ähnliche Beobachtungen machten, besonders hinsichtlich der „alternativen" Medienberichterstattung: Transparenz, Gegenrecherche, Namen, Quellenangaben, Impressum - alles Fehlanzeige. Wer sich die abendliche Tageszusammenfassung von „G8-TV" ansieht, bekommt teils informative, teils witzige Videoclips in einer seltsam statisch und bemüht anmutenden Umrahmung durch ein anonymes ModeratorInnenpaar serviert, nebenher illustriert von einem im Hintergrund sichtbaren Studiomitabeiter mit schwarzer Sturmmaske. Das also sind Normen und Outfit des „weltbesten unabhängigen Journalismus"?
Es bleiben beileibe nicht die einzigen Eindrücke von den Aktionstagen, aber das Bild des „Protestzentrums" prägt sich ein als Selbstinszenierung einer tradierten deutschen Oppositionskultur aus den 80er Jahren,, meist allerdings ohne den Humor und die Selbstironie von damals.

Die falsche Frage nach dem ersten Stein
Als ich am Samstagnachmittag gerade einen Arbeitsauftrag erledigen will, gerate ich mitten in die allererste Eskalation zwischen Polizei und Steinewerfern. Ich helfe beim Deeskalieren mit und erlebe etwas ganz andere als das später von allen Seiten seltsam gleichförmig reproduzierte Erzählmuster von der „unaufhaltsam eskalierenden Gewalt":
Mindestens eine halbe Stunde lang ist es nämlich immer wieder möglich, die Situationen nach kurzen Eruptionen der Gewalt nochmals zu beruhigen. Polizeitrupps verhalten sich passiv und gehen ein Stück zurück, Steinewerfer legen Wurfgeschosse aus der Hand, Verletzte können versorgt werden, ein Krankenwagen fährt ungehindert auf den Platz und wieder herunter. Nicht überall gelingt das, aber zunächst immer wieder. Erst nach hartnäckigem „Dranbleiben" am „Angebot" der Straßenschlacht schaffen es Steinewerfer und Polizei, die zivilen Deeskalierer zu vertreiben oder zum Aufgeben zu bringen.
Im Nachgang bestimmen hitzige Erörterungen über „den ersten Stein" die Debatte, und neben einzelnen handfesten Recherchen treiben nicht nur die Stereotype der Boulevardpresse, sondern auch Verdächtigungs- und Kampflogik der Protestszene in ihren „unabhängigen" Medien tolle Blüten. Neue Erkenntnis erwächst daraus meistens nicht, nur reichlich viel Bestätigung eigener Vorurteile und Feindbilder.
Ich würde statt dessen fragen: Wer hat - in der Zeit *nach* dem Austausch erster Provokationen - seitens der Steinewerfer und der Polizei dieses lange, harte und rücksichtslose „Dranbleiben am Angebot der Straßenschlacht" zu verantworten? Und wer will uns hier eigentlich einreden, dass mehrere tausend DemonstrantInnen angeblich keine Chance hatten, die Absichten der anfangs geschätzt 300 Steinewerfer und vielleicht 2-3 auf dem Platz befindlichen Polizei-Hundertschaften mit friedlichen Mitteln zu durchkreuzen?

Erfolge zeichenhaften Handelns
Ohne eine Klärung und Konsens-Sicherung darüber, auf welche „erwünschten Wirkungen" gemeinsamen „Widerstands" kommende Aktionen praktisch-konkret hinauslaufen sollen, werden breit angelegte Protestaktionen immer wieder der Okkupation durch gewaltbereite Minderheiten zum Opfer fallen.
Bei dieser Klärung hat der Protestbewegung eine 12 Millionen Euro teure Gipfel-Investition zunächst entscheidend geholfen: Die schiere Existenz der so genannten „technischen Sperre" nebst ihrer ausgedehnten Lage in Wald und Flur hebelte innerstädtische Straßenkampf-Rituale aus und produzierte unmittelbar einleuchtende Handlungsmaximen: „Nicht auf die Polizei konzentrieren sondern auf die Blockadeziele!" lautete eines der Hauptrezepte der gewaltfreien BlockadetrainerInnen. Genau dies hat dann auch prompt funktioniert und den Protesten doch noch zu öffentlich anerkanntem Erfolg verholfen.
Freilich werden Staat und Polizei nicht immer so spendabel sein und uns anhand eines hoch symbolischen Bauwerkes die Wirkung zeichenhaften Handelns so unmittelbar-eindrucksvoll demonstrieren. Dass „konkreter Widerstand" in Form verletzter Polizisten und demolierter Kampftechnik die bessere Alternative gewesen wäre, hat auf den mecklenburgischen Feldern jedenfalls keiner mehr ernsthaft behauptet. Nun braucht es aber die Klärung, was investiert werden muss, um dieser Erfahrung auch dauernde Wirksamkeit zu verleihen.

Souveränität als Ziel und Aufgabe
Der G8-Protest scheint per Saldo mehr Klarheiten beseitigt als geschaffen zu haben. Vielstimmige Botschaften „für und gegen alles außer G8" haben mehr als erwartet hoch widersprüchliche Annahmen über den Sinnzusammenhang des eigenen Handelns überdeckt. Genutzt hat das zunächst nur jenen, die sich im Zweifelsfall nicht um Solidarität geschert, sie aber im Vor- und Nachhinein umso energischer von anderen eingefordert haben.
Das Gegenbild dazu wäre ein Bündnis, das sich seiner offenen Aktionsformen sicher ist und diese souverän und zielsicher einsetzt. Dazu gehört die Erkenntnis, dass zeichenhaftes Handeln und asymmetrischer Systemkrieg unvereinbare Alternativen sind - nebst einer klaren Entscheidung für das Erstere. Eine solche Entscheidung wird dann mit einem aktiven Gegenkonzept zur Militanz gewaltbereiter Straßenkämpfer jeglicher Provenienz zu verbinden sein. Ebenso massenhaft wie die Choreographie gewaltfreien Blockaden lässt sich auch

koordiniertes Deeskalationshandeln entwickeln und trainieren, die vielen Zivilcourage-Trainings landauf und landab sind beispielsweise ein guter Ausgangspunkt dafür. Erst wenn dies erreicht ist, wird der zivile Protest auch dem ureigenen Anspruch eigenverantwortlichen Handelns widerspruchsfrei gerecht. Bisher wurde die Verantwortung für die Gewaltfrage aus Angst vor konfliktträchtigen Klärungsprozessen in fremden, ungeeigneten Händen belassen - nicht ohne anschließend reichlich Lamentos, Paranoia und fruchtlose Anklagen zu ventilieren. Die Rückgewinnung der vollen Souveränität über den eigenen zivilen Protest wird uns sicher die Sympathien einiger rücksichtsloser Militanter kosten - aber es ist immer Gewalt, die spaltet (übrigens im Zweifelsfall auch die Sicherheitskräfte), und Gewaltlosigkeit, die vereint (übrigens im Zweifelsfall auch Protestler und Polizei).

Andreas Kosmalla, 44, Jugendbildungsreferent, war vom 1. bis 3. Juni 2007 als attac-Helfer in Rostock tätig
mail@kossi.org

---

jochen stay:
Die Faust öffnen!

Die Militanten verdienen keine Solidarität. Ein Plädoyer für den gewaltfreien Widerstand.

Ist es politisch zielführend, aus einer Bündnisdemonstration heraus Verkehrspolizisten anzugreifen, ein Mittelklasse-Auto abzufackeln, sich dann hinter Familien mit Kindern zu verstecken und aus der 23. Reihe Flaschen und Gehwegplatten so zu werfen, dass mehr Demonstranten durch »friendly fire« verletzt werden als gut gepolsterte Beamte? Michael Kronawitter von der Antifaschistischen Linken Berlin konnte sich in der jungen Welt vom 4. Juni darüber freuen, »Berliner Polizisten auch mal rennen zu sehen«, auch weil angeblich »in den letzten Jahren die Polizei den Ablauf von Protesten bestimmt« habe. Aber was ist daran politisch? Was ist daran solidarisch? Und wieso meinen Leute, die sich auf einer Demonstration so verhalten, hinterher müssten alle mit ihnen solidarisch sein?

Ich gebe zu: Mich macht das auch deshalb so ärgerlich, weil mir diese Erfahrungen nicht neu sind. Ich fand es schon in Wackersdorf unerträglich, dass mir, während ich am Zaun sägte, von hinten mit der Zwille Stahlkugeln um die Ohren geschossen und Leute neben mir von Mollis getroffen wurden. Und das Lachen mancher über die ach so militanten Oberpfälzer Bauern blieb dann doch im Halse stecken, als man erfuhr, dass die auch ganz selbstverständlich zu Hause ihre Frauen schlugen.

Massenmilitanz ist zu dynamisch, als dass sie kontrollierbar wäre. Das gilt genauso für Aktionen Einzelner, siehe den Mord an zwei Polizisten an der Startbahn West 1987. Leider sind diese Desaster anscheinend schon zu lange her, um heute noch eine Rolle zu spielen.

In der in den Anti-G8-Camps geführten Debatte um die Gewaltfrage kamen viele der Anhänger von Militanz mit Argumenten, die stark an diejenigen erinnern, mit denen früher für die Prügelstrafe in der Kindererziehung geworben wurde. Wer sich aber die bessere Welt mit der Verbreitung von Angst und Schrecken schaffen will, der muss wahrscheinlich lange auf sie warten. Revolutionen werden meist dadurch gewonnen, dass die Regierungstruppen zur Opposition überlaufen, weil sie deren Argumente nachvollziehen können, und nicht, weil sie Angst vor ihr haben.

Glücklicherweise wurde die Diskussion nach dem Rostocker 2. Juni auf überzeugende Weise mit den Blockadeaktionen am 6. Juni abgeschlossen. Kronawitter hatte noch kurz davor spekuliert: »Militanz heißt, nicht noch die andere Wange hinzuhalten, sondern auch mal zurückzuschlagen. Das wird in den kommenden Tagen sicher passieren.« Da hat er sich gründlich getäuscht.

Gelernt haben also viele was in den Tagen rund um Heiligendamm, einerseits über die politisch vernichtende Wirkung von Massenmilitanz – hatten wir doch vor der Rostocker Demonstration die Auseinandersetzung um den Gipfel quasi schon gewonnen. Und andererseits über die politisch erfolgreiche Wirkung offensiver gewaltfreier Aktion – hatten wir die Sache nach der Demonstration doch quasi schon verloren. Eine Rostocker Zeitung schrieb: »6 000 gelangten am Mittwoch nahezu ungehindert am Kontrollpunkt Galopprennbahn an den Zaun. Ein Durchbruch bis in den Tagungsort wäre kein Problem gewesen. Es ist vor allem den Demonstranten zu verdanken, dass es keinen Angriff gab, der vermutlich in einer Katastrophe geendet hätte.« Diesen Ablauf hat nicht die Polizei bestimmt, sondern wir selbst, und das macht uns stark.

Viele haben beim Training der Kampagne »Block G8« in den vergangenen Monaten gelernt, wie ein entspannterer Umgang mit der Polizei nicht weniger, sondern mehr Erfolg ermöglicht. Die Gipfel-Blockaden und die zum dort Ankommen angewandte flexible »Fünf-Finger-Methode«, mit der man Polizeiketten auseinanderzieht, haben es gezeigt.

Gewaltfreies Handeln wird häufig falsch verstanden als passives Stillhalten. Das Gegenteil ist der Fall: Gewaltfreies Handeln ist ein aktives Prinzip, das ermutigt und befähigt, Unrecht und Gewalt gezielt entgegenzutreten. Gewaltfreie Aktion kann also durchaus als Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol verstanden werden. Viele gewaltfreie Aktivistinnen und Aktivisten gestehen dem Staat nämlich gerade nicht zu, Gewalt auszuüben. Sie sehen aber auch nicht ein, nur weil der Staat Gewalt anwendet, dies auch machen zu müssen, sondern suchen intelligentere Wege – die dann manchmal bis nach Heiligendamm führen.

http://jungle-world.com/seiten/2007/24/10118.php
Der Autor ist aktiv bei X-tausendmal quer, der Gruppe, die das Fünf-Finger-System in die Kampagne »Block G8« eingebracht hat.

Carl Wassmuth:
Auseinandersetzung mit den bisherigen Sprachregelungen zu Gewalt.

Vorweg: Unsere Gipfelproteste halte ich für erfolgreich. Über 10.000 friedliche AktivistInnen, die es schaffen, alle Straßen nach Heiligendamm zu blockieren - das gab es bei uns noch nicht. Zusätzlich waren sicher 9.000 zum ersten Mal dabei - und werden diese Protestform in ihre Zusammenhänge weitertragen. Auch unsere Inhalte konnten wir rüberbringen. Kaum eine Zeitung hat den versuchten Mediencoup (Klima gerettet! Milliarden für Afrika!) übernommen. Und die kritischen Stimmen in der Presse und der Öffentlichkeit nehmen noch zu. Auch was die generelle Legitimität des Gipfels betrifft, so wird sie in breiten Kreisen angezweifelt. Nur die Gemäßigten stellen "nur" die Frage zum Verhältnis von Aufwand und Ertrag.

Manche Stellungnahme zu den Steinewürfen vom Samstag in Rostock finde ich allerdings problematisch. Zwar können im Vorfeld viele Relativierungen vorgenommen werden. Zusammenfassend kann unstrittig festgestellt werden, daß die Darstellung der ausgeübten Gewalt der Demonstranten von der Presse stark überhöht wurde, bis hin zu expliziten Falschmeldungen u.a. von dpa. Das alles müssen wir heftig kritisieren und auch weiter den echten Zahlen auf der Spur bleiben.

Jedoch auch bei korrigierten Verletzten-Zahlen bleibt die Tatsache bestehen, dass aus einer Demonstration von Globalisierungskritikern heraus Gewalt ausgeübt wurde und dadurch Menschen verletzt wurden. Zu dieser Frage werden wir eine Debatte führen müssen, wenn wir die hohe Glaubwürdigkeit, die wir bisher genossen haben, nicht verlieren wollen.

Zwei Argumente in diesem Zusammenhang (häufig bezeichnet als Sprachregelungen), die in den vergangenen Jahren und auch wieder in den vergangenen Tagen angeführt wurden, halte ich für fragwürdig:

1. "Sprachregelung": Fragen nach Gewalttätern oder dem Verhältnis zur Gewalt von Globalisierungskritikern müssen nicht beantwortet werden, da sie auf eine Spaltung der Bewegung abzielen.
Das ist eine klare Tabuisierung: Man darf nicht darüber reden. Ich bin der Auffassung, dass man über alles reden kann, ohne dass das zwangsläufig zu einer Trennung derer führen muss, die da miteinander reden, vorausgesetzt man gibt sich wirklich Mühe. Nimmt man umgekehrt das Argument ernst, bedeutet es sogar, dass ein Aussprache zwangsläufig zu einer Trennung von sich als autonom oder als militant bezeichnenden Gruppen führen müsste. Wenn man das aber weiß und die Debatte dennoch nicht führt, so bedeutet das, dass man die Militanz dieser Gruppen zumindest stillschweigend toleriert, sich aber im Diskurs weiterhin selbst als gewaltfrei bezeichnen möchte. Das wäre dann ein klarer Fall von Doppelmoral.

2. Das zweite Argument, das ich problematisch finde, ist der Verweis auf die im Verhältnis ungleich größere Gewalt der anderen (des Wirtschaftssystems, der imperialistischen Kriege, der Polizei), über die zuerst zu reden wäre. Auch wenn es unbestreitbar Tendenzen und Interessengruppen gibt, die uns in bestimmte Diskurse zwingen möchte: Mit dieser Relativierung ist der erste Schritt zur Rechtfertigung von Gewalt getan. Es ist aber nicht das Ausmaß von Gewalt, weswegen diese abzulehnen ist. Sie ist an sich abzulehnen. Gewaltfreiheit ist ein Wert an sich. Wenig Gewalt ist das Ergebnis der Bemühungen um Gewaltfreiheit. "Ein wenig Gewalt" zu tolerieren, verbal oder dadurch, dass wir Gewalttätern auf einer Demonstration für die Ausübung ihrer Gewalt Schutz bieten, unterhöhlt unsere Forderungen nach Gewaltverzicht, hier und im internationalen Raum.

Ich denke, wir haben uns seit Genua mit diesen Fragen und auch mit den Gruppen, für die "Militanz" ein Wert darstellt, viel zu wenig auseinandergesetzt.

Gewalt zu verurteilen bedeutet nicht, Gewalttäter zu verurteilen. Wir sind nicht der Staat und auch keine Richter. Wir können und sollten mit Menschen sprechen, die Steine geworfen haben oder das gutheißen. Wir sollten sie weiterhin als politische Akteure ernstnehmen und sie nicht wie die Medien als Randalierer abstempeln.Gleichzeitig sollten wir auch darüber nachdenken, wann und unter welchen Umständen Gewalt in globalisierungskritischen Aktionen und Demonstrationen ausbricht und wie dem vorgebeugt werden kann. Der weitaus größere Teil des schwarzen Blocks war nach Berichten, die ich gehört habe, über den Gewaltausbruch am Samstag in Rostock alles andere als glücklich und hat sich bemüht, die Gewalt einzudämmen. Und zwar jenseits einem durchaus vorhandenen Bekenntnis zu Gewalt in anderen Situationen.

Den wichtigsten Hinweis, wie es weitergehen könnte, haben uns die Organisatoren und Teilnehmer der Blockaden gezeigt. Gewaltfreiheit war der zentrale Konsens für alle Aktionen. Das war über anderthalb Jahre hinweg ausgearbeitet und kommuniziert worden. Wer an den Blockaden teilnahm, akzeptierte die Verabredung, auch wenn er vielleicht andernorts Gewalt für sinnvoll hielt. Die Eindämmung aufbrandender Agressionen konnten die Aktivisten selbst übernehmen, ohne Hilfe der Polizei, oder besser - trotz aller Versuche von Polizei und Presse, die Situationen zu eskalieren.
Wir müssen viele solche Bündnisse schliessen und die selbsternannten Großen überall blockieren. Und wir können das tun, auch wenn wir vorher über unterschiedliche Auffassungen zu Gewalt reden. Nicht miteinander zu reden ist die eigentliche Spaltung.
www.cf-wassmuth.de

Attac - Sommerakademien

Österreich:

SommerATTACademie von 11.-15. Juli 2007 in Schwaz/Tirol

„Crash statt Cash – Traum und Wirklichkeit der globalen Finanzmärkte“

Diesmal werden wir uns in Schwaz in Tirol mit dem Thema der globalen Finanzmärkte auseinandersetzen. Neben Podiumsdiskussionen und vielen interessanten, animierenden und kreativen Workshops, soll jedoch auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm sowie spannende inhaltliche Diskussionen und Vorträge sollen die Sommerakademie auch dieses Jahr zu einem att(ac)raktiven Ereignis machen.
Eingeladen sind Alle an dem Thema interessierten bzw. die Attac näher kennenlernen möchten.
http://www.attac.at/soak07

Deutschland:

Sommerakademie und Ratschlag vom 1. bis zum 5. August in Fulda

Das besondere Konzept: Sommerakademie plus Ratschlag, damit das Wissen Folgen hat. Wir wollen nicht nur von- und miteinander lernen, sondern analysieren, schlussfolgern und neue Orientierungen hervorbringen.

G8 wird Folgen haben: Aber welche und was gab es sonst noch? Der Gipfel liegt hinter uns, wenn die Sommerakademie beginnt. Zeit für Erfahrungsaustausch und Positionsbestimmungen.

Basiswissen und Fachdebatte: Wer noch viel wissen möchte, darf gern viel zuhören und fragen. Wer schon viel weiß, muss mehr reden und antworten.

Die Machtfrage ist eindeutig: Jede und Jeder kann mitmachen.
Nur was wir selbst machen passiert, also machen wir es zusammen.
http://www.attac.de/sommerakademie2007/

Schweiz:

Sommerakademie 7. -9. September in Biel

Vom 7. bis 9. September wird das Thema "Medien - Medienmacht" diskutiert, das in Zeiten des Neoliberalismus unseren Alltag so sehr prägt.
Wie konnte die US-amerikanische Bevölkerung davon überzeugt werden, dass in Irak Massenvernichtungswaffen vorhanden waren?
Weshalb war es so einfach, die Einheitskrankenkasse, über die kürzlich abgestimmt wurde, medial abzuschiessen?
Die Medien stehen im Zentrum der Frage nach Demokratie und Macht. Privatisierung und Konzentration im Medienbereich, Meinungsäußerungsfreiheit und Zensur, alternative Medien...
http://www.schweiz.attac.org/-Sommerakademie-und,201-